



Veränderung.

Mut.

Fortschritt.

Was wirklich zählt.

**Wahlprogramm der Freien Demokraten für
die Kommunalwahl am 14. März 2021**

Wiesbaden. Stadt der Alleen, Bäume und des Historismus.

Ehemalige Weltkurstadt und heutige Landeshauptstadt. Wiesbaden hat eine stolze Vergangenheit und lebt leider hauptsächlich von den Erfolgen und Leistungen von gestern.

Unser Auftrag: Wir gestalten Wiesbaden, um es für die Zukunft vorzubereiten. Wir glauben, dass sich vieles verändern muss, damit wir weiterhin in einer prosperierenden und lebenswerten Stadt leben können.

Die Alterung der Gesellschaft, der Klimawandel, Digitalisierung und der Strukturwandel in Industrie und Handel werden unser Leben, Arbeit und Gewohnheiten in diesem Jahrzehnt grundlegend verändern und erfordern neues Denken.

Diese Herausforderungen sehen wir als Auftrag und nicht als Belastung.

Es ist eine Chance, Wiesbaden zu einer Stadt des Fortschritts zu entwickeln. Im Herzen der europäischen Metropolregion RheinMain soll Wiesbaden zur Brutstätte fortschrittlicher Ideen und zum Vorbild für andere Städte werden:

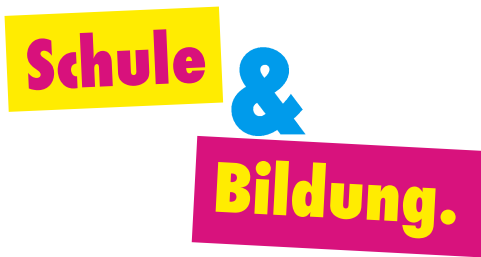
In digitaler Bildung – in sauberer & moderner Mobilität - beim Umgang mit Steuergeld - als wachsender Standort in der Wissensgesellschaft – mit einer Innenstadt der Zukunft - bei Sauberkeit & Sicherheit – als klimaangepasste moderne Großstadt.

Wir wollen eine Stadt, in der Bildung ebenso selbstverständlich im Netz stattfindet, wie in Schule & KiTa. In der Gigabit und Altbauwohnung keine Gegensätze mehr sind. In der der Bus mit Strom und die Fabrik mit Wasserstoff angetrieben wird. In der wir alle Menschen in unserer Stadt willkommen heißen und den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern Raum zum Arbeiten und Leben geben.

Veränderung ist keine Zumutung, sondern Auftrag. Wir warten nicht ab, sondern setzen uns an die Spitze des Fortschritts. Wir sind ehrgeizig. Nicht für uns, sondern für unsere Stadt. Wer auf Wiesbaden schaut, erkennt nicht länger eine angepasste Beamten- und Versicherungsstadt. Wiesbaden wird vom Nachzügler zum Vorbild. Zukunft sehen wir nicht mehr in anderen Städten, sondern setzen sie bei uns um.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel	Seite
Schule & Bildung	4
Verkehr	10
Stadtentwicklung	19
Partnerschaften	25
Innenstadt	26
Wirtschaft	29
Finanzen, Konzern Stadt	37
Digitale Verwaltung	43
Familie & Kinder	48
Jugend	51
Soziales	52
Integration	55
Gesundheit	57
Gesellschaft und Ehrenamt	59
Sport und Freizeit	61
Sicherheit und Sauberkeit	64
Umwelt und Energie	67
Kultur	71
Stadtteile	74



Unser Ziel ist die beste Bildung für die Wiesbadener und Wiesbadenerinnen, denn ein gutes Schul- und Bildungssystem ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, in dem jeder sein Potential entfalten kann. Frühkindliche Bildung beginnt im Kindergarten und mündet in lebenslangem Lernen – auch an städtischen Einrichtungen wie der Volkshochschule. Uns ist bewusst, dass der Lehrplan für die Schulen auf Landesebene entsteht. Gleichzeitig kann in Wiesbaden jedoch mehr für gute Bildung getan werden als man denkt, angefangen bei einer ansprechenden Lernumgebung, einer guten Ausstattung der Schulen bis hin zu pädagogisch durchdachten Konzepten in Kindertagesstätten und vielfältigen Angeboten für (Weiter-)bildung bis ins hohe Alter.

Wiesbaden verfügt über eine vielfältige Bildungslandschaft, die nicht nur von öffentlichen, sondern auch von zahlreichen privaten Trägern gestaltet wird. Die FDP will diese Vielfalt erhalten und ausbauen. Wir treten für ein Schulwesen ein, das die freie Wahl der Schulformen entsprechend der Begabung und der Leistungsfähigkeit ermöglicht, die Rahmenbedingungen für alle Schulen optimiert und über Betreuungsangebote jungen Familien hilft, das Eltern-Sein mit der Berufsausübung zu verbinden.

Bildung ist ein Thema, das ganzheitlich gedacht werden muss. Wir sprechen uns daher dafür aus, die Zuständigkeiten für Schule und Bildung inklusive Themen wie Kitas, Schulsozialarbeit und Erwachsenenbildung in einem Dezernat zu bündeln.

Schulbau

Eine motivierende Lernatmosphäre ist zentral für den Bildungserfolg der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler. Nur wer sich in seiner Schule wohlfühlt, wird dort gerne lernen und lehren. Wir wollen daher im städtischen Haushalt eine besondere Priorität auf Schulbau, Schulsanierung und die Ausstattung inklusive einer zeitgemäßen Hygieneausstattung legen.

Der bestehende Sanierungsstau muss weiter zügig abgearbeitet werden. Zur Finanzierung kann über den Verkauf nicht genutzter städtischer Grundstücke sowie über Modelle in Verbindung mit privaten oder städtischen Baurägern (sogenannte PPP- oder ÖPP-Projekte) nachgedacht werden.

Die Realisierung der Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen über das Mietmodell ist für die Freien Demokraten ein Erfolgsmodell. Es ermöglicht nicht nur eine zügige Umsetzung der Maßnahmen, sondern zudem wird über die langjährigen Mietverträge sichergestellt, dass die notwendigen Instandhaltungen in den Gebäuden - ungeachtet politischer Opportunität - vorgenommen werden. Das sogenannte "Abwohnen" eines Gebäudes durch über Jahrzehnte verschleppte Investitionen, wie es in den vergangenen Jahrzehnten zu häufig der Fall war, wird so vermieden. Das Mietmodell ist zuletzt auf steuerrechtliche Hürden gestoßen. Wir wollen uns ein Beispiel an anderen hessischen Kommunen nehmen, die diese Probleme bereits gelöst haben und seit Jahren ihre gesamte Schulbaumaßnahmen derartig abwickeln.

Um einen weiteren Aufbau von Sanierungsstau zu vermeiden und Instandhaltungsthemen frühzeitig anzugehen, bevor sie zu einem Sanierungsproblem werden, setzen wir uns für eine stetige Fortschreibung der sogenannten Schulbauliste ein, um so Prioritäten bei der weiteren Sanierung

entwickeln und festsetzen zu können. Die Nutzung des Computer Aided Facility Management (CAFM) kann dabei eine wertvolle Hilfe sein, um schnell und unbürokratisch Lösungen zu entwickeln und die Schulen weiter zu modernisieren. Wir wollen, dass jede Schule ein ausreichendes Budget erhält, um kleinere Instandhaltungsmaßnahmen von bis zu 10.000 EUR pro Haushaltsjahr eigenverantwortlich und kurzfristig umsetzen zu können. Die Budgetierung für die einzelnen Schulen muss einen Mix aus Maßnahmen vorsehen, damit vor Ort und speziell auf die einzelnen Schulen zugeschnitten der Betrieb der Schule ohne allzu bürokratischen Aufwand und am individuellen Bedarf orientiert immer aufrechterhalten werden kann. Nicht verausgabte Mittel können auf das nächste Jahr übertragen werden.

Sofern möglich sollen leerstehende Räume für temporäre Einzel- und Gruppenförderung und als Rückzugszone genutzt werden. Beim Neubau von Schulen wollen wir die Einrichtung solcher Räume zum Standard machen. Beim Ausbau von Ganztagskapazitäten sind auch Leseräume und Schulbibliotheken mitzudenken. Das Raumprogramm für Schulen muss sich deswegen an den neuen Gegebenheiten orientieren und auch für Lehrkräfte qualitativ hochwertige Arbeitsplätze vorsehen. Außerdem sollten die Themen Nachhaltigkeit und gutes Raumklima bei Neubauten immer berücksichtigt werden. Die Erderwärmung macht auch vor den bestehenden Schulen nicht halt. Hier bedarf es geeigneter Maßnahmen, um auch im Sommer angenehme Temperaturen in den Klassenzimmern zu erreichen.

Bei Ausweis von Neubaugebieten ist auch der Neubau von Schulen – insbesondere von Grundschulen – eine Notwendigkeit. Jedoch kann aufgrund von steigendem Bedarf auch in bestehenden Stadtteilen eine neue Schule notwendig werden. Perspektivisch brauchen wir eine weitere innerstädtische Grundschule und eine weitere Grundschule in Dotzheim, vorzugsweise im Kohlheck, da es hier aufgrund von Neubaugebieten zukünftig den größten Bedarf gibt. Außerdem begrüßen wir den Neubau eines Gymnasiums an der Rheinschiene ausdrücklich.

Die Freien Demokraten setzen sich für einen Abriss des “Alten Arbeitsamtes” ein und fordern an dieser Stelle einen Neubau für die Elly-Heuss-Schule. Unseres Erachtens kann nur in einem Neubau ein moderner Grundriss entstehen, der allen potentiellen Nutzern gerecht wird. Hier sollte auch die Idee eines Sportinternates Einfluss finden.

Schulbetrieb

Die Freien Demokraten wollen die Grenzen zwischen äußerer Schulträgerschaft (Kommune) und innerer Schulträgerschaft (Land) zu Gunsten der selbstständigen Schule weiter abbauen. Die Schulen selbst kennen ihren Bedarf am genauesten und sollen möglichst viele Freiheiten in der Eigenverwaltung und Verantwortung für ihr eigenes Budget erhalten. Dies heißt jedoch nicht, dass wir die Schulen mit ihren Themen allein lassen wollen. Vom Land und von den Kommunen müssen weiterhin Unterstützungsangebote (personeller, ideeller und materieller Natur) zur Verfügung gestellt werden. Von diesen darf die Schulleitung aber abweichen, wenn es aufgrund lokaler Besonderheiten geboten ist. Kommunale Mittel und Landesmittel sollen dabei bei den Schulen wechselseitig deckungsfähig sein. Zur selbstständigen Schule gehören nicht nur die Schulleitung und die Lehrkräfte, sondern auch die Schüler und Schülerinnen selbst sowie ihre Eltern. Wir wollen daher den offenen und konstruktiven Dialog mit dem Stadtelternbeirat und dem Stadtschüler/Innenrat fortsetzen.

Bessere IT-Ausstattung an Schulen

Neben der baulichen Substanz wird gerade die IT-Ausstattung an Schulen ein immer wichtigerer Faktor für den Bildungserfolg. Das Medienzentrum leistet hier bereits wertvolle Arbeit, die wir weiter fördern und ausbauen wollen. Für Schulen muss es bei IT-Problemen, Ausstattungsfragen und

weiteren Themen zentrale Ansprechpartner geben, bei größeren Schulen auch Verantwortliche vor Ort ("IT-Hausmeister"), sodass Lehrer und Lehrerinnen sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können und nicht nebenbei zum Systemadministrator werden müssen. Der Bund hat im Rahmen des zweiten Annexes zum Digitalpakt hier entsprechende Mittel zur Professionalisierung des IT-Supports angekündigt. Wiesbaden muss daher schnellstmöglich ein Konzept für Schulen in ihrer Trägerschaft erarbeiten, wie ein professioneller IT-Support ohne zusätzliche Einbindung der Lehrkräfte ausgestaltet werden kann. Dabei geht es unter anderem um den Support der Endgeräte von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften, die Einrichtung, den Ausbau und Support einer Lehr- und Lernplattform, die Auswahl von Software und Lernmaterialien und Schulungen für Lehrkräfte.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass nicht nur Schulen, sondern auch Schülerinnen und Schüler über eine gute IT-Ausstattung verfügen müssen. Das Tablet ist das Schulbuch des beginnenden 21. Jahrhunderts. Das darf jedoch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen es daher den Schülern und Schülerinnen freistellen, ob sie sich für ein Tablet über das Ausleihsystem des Medienzentrums oder ihr eigenes Endgerät entscheiden. Grundsätzlich soll allen Schülerinnen und Schülern, die dies wünschen, ein digitales Endgerät seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Da ein Tablet ohne eine entsprechende Verbindung zum Internet nichts nützt, setzen wir uns darüber hinaus für die Ausleihe von SIM-Karten-Modems an die Schüler ein, die zu Hause über keine ausreichende Internetverbindung verfügen. Mit der zeitgemäßen Ausstattung der Schulen rücken auch neue, digitale Lehr- und Lernformen in den Fokus. Dazu können auch "Serious Games" (Lernspiele) gehören, für deren Lizenzerwerb durch das Wiesbadener Medienzentrum wir uns einsetzen.

Vielfalt der Schulformen erhalten

Wir setzen uns für die Vielfalt der Schulformen ein, in der jedes Kind eine individuell passende Lernumgebung finden kann und wollen daher keine Schulform einseitig bevorzugen. Wir begrüßen die Entwicklung von verbundenen Haupt- und Realschulen zu Mittelstufenschulen als eine weitere Möglichkeit, den Schülerinnen und Schülern einen leichteren Übergang zwischen den einzelnen Schulformen zu gewährleisten. Wir unterstützen die weiterführenden Schulen darin, ihr eigenständiges Profil weiter herauszubilden; sowohl finanziell als auch durch Unterstützung bei der Gewinnung von Fördermitteln von höheren Ebenen. Zu einem individuellen Profil gehört auch der Aufbau von Beziehungen zu Schulen im Ausland und damit verbundene internationale Schüleraustausche, die wir sehr begrüßen und fördern.

Wir möchten die Wiesbadener Bildungsangebote nach Möglichkeit auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Umland öffnen und gleichzeitig auch Wiesbadener Schülern umgekehrt die Möglichkeit eröffnen, außerhalb von Wiesbaden zur Schule zu gehen, wenn sie das denn wollen.

Qualitätsoffensive an Grundschulen

Die Freien Demokraten Wiesbaden wollen eine Qualitätsoffensive in der Grundschule, weil diese Lebensphase für die Persönlichkeitsentwicklung besonders wichtig ist. Leider haben sich die politischen Prioritäten auf Betreuungsangebote und die weiterführenden Schulen fokussiert. Die Freien Demokraten in Wiesbaden setzen sich für einen Ausbau individueller und differenzierter Bildungsangebote im Primarschulbereich ein. Hierbei steht insbesondere die Qualität des Lehrkollegiums im Fokus, das an einer Grundschule noch einmal in ganz anderen Bereichen gefordert ist als an weiterführenden Schulen. Wichtige Schwerpunkte sind dabei die gleichwertige Betrachtung aller Begabungen, Gewaltprävention und Schulen als sicheres und geborgenes Umfeld für Kinder. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen als limitierenden Faktor für die Eltern bei der

Grundschulwahl ein. Dabei soll es aber weiterhin eine klare Priorisierung der Schülerinnen und Schüler, die in ihrem eigenen Schulbezirk zur Grundschule gehen wollen, geben.

Mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch ab 2025 wollen wir den Ausbau des Ganztagesangebots an Grundschulen vorantreiben. Wir werden dabei darauf achten, dass die Kinder so betreut werden, dass sie sich in dieser Zeit persönlich weiter entfalten können. Die Betreuungssituation am Nachmittag ist für immer mehr Eltern ein entscheidender Faktor bei der Wahl der Grundschule. Bereits bei der Anmeldung an der Grundschule soll für die Eltern klar sein, ob für das Kind auch ein entsprechender Ganztagsplatz verfügbar ist. Dabei heißt Ganztagsbetreuung für uns nicht, dass nur eine Betreuung bis 14 Uhr, sondern tatsächlich über den gesamten Nachmittag stattfindet, und berufstätige Eltern hier nicht im Regen stehen gelassen werden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die finanziellen Mittel des Landes Hessen im Rahmen des „Paktes für den Nachmittag“ und fordern, dass mit kommunalen Mitteln eine einheitliche Verlängerung der Betreuung bis 17 Uhr sichergestellt wird.

Das stadtweite Konzept zur körperlichen Bewegung an Schulen soll weiter intensiviert werden. Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen muss daher – gerade in der Ganztagesbetreuung – weiter gefördert und verstärkt werden. Auch Kooperationen mit anderen Vereinen, die bspw. Kindern die Natur näherbringen, können wir uns vorstellen. Für das Schulschwimmen müssen ausreichend Wasserflächen in Schwimmbädern zur Verfügung stehen, damit jedes Grundschulkind am Ende der dritten Klasse schwimmen kann.

Inklusion und Schulsozialarbeit

Die inklusive Bildung wird von der FDP unterstützt. Diese ergibt aber nur dann für alle Beteiligten einen echten Mehrwert, wenn eine angemessene Betreuung durch Sonderpädagogen von Seiten des Landes Hessen sichergestellt werden kann. Aus diesem Grund wollen wir die Förderschulen als Option neben der inklusiven Beschulung in Regelschulen aufrechterhalten.

Die Schulsozialarbeit ist für die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler und zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderungen von problematischen Entwicklungen essentiell. Wir streben eine Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulformen an. Dabei denken wir, dass eine alleinige Ausrichtung an einem wohnortbasierten Sozialindex zur Verteilung der Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen keine Lösung sein kann. Vielmehr muss von den Bedürfnissen der individuellen Schulgemeinschaft ausgegangen werden.

Berufliche Schulen

Die betriebliche Berufsausbildung ist über die Grenzen Deutschlands hinaus angesehen und stellt eine gleichwertige Alternative zum Studium dar. Viele Unternehmen in Wiesbaden bieten Berufsausbildungen an und auch die Stadt bildet in vielen Bereichen aus. Leider bleiben gleichzeitig Stellen unbesetzt und Bewerberinnen und Bewerber unversorgt: Das ist ein großes Problem. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen ein, damit Schülerinnen und Schüler bessere Einblicke und eine erste Hilfe zur Berufsorientierung erreichen.

Ist ein passender Ausbildungsplatz erst einmal gefunden, muss die Politik in den beruflichen Schulen die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Abschluss der Ausbildung schaffen. In den beruflichen Schulen müssen daher vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in den ausbildenden Unternehmen vorhanden sein, damit die Fachkräfte von morgen für das digitale Zeitalter gerüstet sind. Bei der IT- und Fachraumausstattung müssen berufliche Schulen daher besonders berücksichtigt werden. Eine reine Abdeckung im Rahmen des Schulausbudgets reicht hier nicht aus. Wir wollen an einer der Wiesbadener Berufsschulen eine Fachkraft ansiedeln, die die Wiesbadener

Schülerfirmen an allen Schulformen unterstützt. Über Schülerfirmen können Schüler bereits im jungen Alter an die Selbständigkeit herangeführt werden und erhalten ein tieferes unternehmerisches und wirtschaftliches Verständnis.

Verweis: Zu günstigem Wohnraum für Azubis siehe Abschnitt "Wohnen in Wiesbaden"

Hochschule

Mit der Hochschule RheinMain, der Hochschule Fresenius und der EBS Universität für Wirtschaft und Recht hat sich Wiesbaden in den letzten Jahren immer mehr zu einer Hochschulstadt entwickelt. Alle diese Hochschulen tragen nachhaltig zum Zuzug junger Menschen bei, sind Impulsgeber für die lokale Wirtschaft und Ansprechpartner für regionale Unternehmen. Die Studentinnen und Studenten können Stadtteile nachhaltig prägen und Motor der städtebaulichen Entwicklung sein. Diese Dynamiken wollen wir politisch so fördern, dass auch nach Abschluss von Studium und Ausbildung eine große Bereitschaft junger Menschen an der Schwelle zum Berufseinstieg oder zur Selbstständigkeit vorhanden ist, sich langfristig in Wiesbaden niederzulassen.

Wir unterstützen die Autonomie und Gestaltungsfreiheit der Hochschulen. Um diese für die Zukunft noch attraktiver zu machen, unterstützen wir die Forderung nach einem zentralen Campus für die Hochschule RheinMain am Kurt-Schumacher-Ring. Für Studenten und Studentinnen ist außerdem die Erreichbarkeit ihrer Hochschule – gerade mit dem ÖPNV - sowie das Wohnraum- und Freizeitangebot ein wichtiger Faktor bei der Wahl ihres Studienortes.

Verweis: Zu studentischem Wohnraum siehe Abschnitt "Wohnen in Wiesbaden"

Kitas

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Entwicklungsstand aller Kinder zu Beginn des vierten und fünften Lebensjahres auf kognitive und motorische sowie soziale und vor allem sprachliche Kenntnisse überprüft wird. Stellt sich dabei heraus, dass diese Fähigkeiten nicht gegeben oder extrem eingeschränkt sind, so muss den Eltern in einem Beratungsgespräch aufgezeigt werden, welche Vorteile der Besuch einer Kindertagesstätte für ihr Kind hat.

Um bei hochqualifizierten ausländischen Fachkräften im Standortwettbewerb zu bestehen, braucht es auch im Kitabereich ein bilinguales Angebot, das derzeit hauptsächlich von privaten Trägern abgedeckt wird. Wir wollen dieses Angebot auch im städtischen Bereich weiter fördern und ausbauen.

Das Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Fragestellungen kann bereits im frühen Alter spielerisch geweckt und gefördert werden. Kinder sollten daher bereits in der Kita hochwertige Kontakte zu Themen der Naturwissenschaften haben (Beispiel: Sammeln, Bestimmen und Ordnen im Rahmen eines Waldspaziergangs, Robotik-Bastelstunden) und wir setzen uns dafür ein, dass dieser Weg auch in Grundschulen weitergeführt wird. Hierzu fordern wir entsprechende Fortbildungen für die Erzieherinnen und Erzieher sowie eine entsprechende Berücksichtigung in den Fachstandards der Kinderbetreuung in Wiesbaden.

Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Kitas im Rahmen eines freien Budgets auch Kooperationen beispielsweise mit Musikschulen oder anderen Vereinen eingehen können, um so dem Thema frühkindliche Bildung noch besser gerecht zu werden.

Die Freien Demokraten Wiesbaden fordern, auf überregionaler Ebene und in Abstimmung mit den Kultusbehörden die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu reformieren und quantitativ sowie qualitativ auszubauen. Hierbei ist insbesondere ein Augenmerk auf die Straffung und Verkürzung der

Ausbildung für Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen zu legen. Zudem muss von der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Konzept erarbeitet werden, das die Wiesbadener Fachkräfte langfristig an unsere Stadt bindet. Außerdem sollte ein Qualifizierungsangebot für Wiedereinsteiger und Wiedereinsteigerinnen geschaffen werden. Die praxisintegrierte Ausbildung ist auszuweiten.

Lebenslanges Lernen

Die Volkshochschule (VHS) und die damit verbundene Akademie für Ältere bildet als eine der größten Weiterbildungsinstitutionen der Stadt die Basis für lebenslanges Lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass ihr Bildungsauftrag gestärkt wird, sodass insbesondere durch Schulabschlüsse, Deutsch- und Fremdsprachenkurse und Kurse zur beruflichen und persönlichen Qualifikation immer mehr Menschen in einer komplexen Umwelt selbstbestimmt ihren Weg gehen können. Wir wollen die VHS beim Ausbau und der Realisierung von digitalen Angeboten weiter stärken. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Aufbau von Alternativformaten ist. Auch können so mobilitätseingeschränkte Menschen oder Menschen, die aufgrund ihrer Arbeitszeiten an den Präsenzkursen nur schwer teilnehmen können, die Angebote der VHS nutzen.

Wir möchten die Stadt(teil)büchereien zu digitalen Bildungszentren weiterentwickeln. Die Evolution der Stadtbibliothek zur Mauritius-Mediathek ist dabei ein richtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Stadtteilbibliotheken mittelfristig einen Gigabit-Anschluss erhalten und mit einer angemessenen Anzahl stationärer, digitaler und zeitgemäßer Endgeräte sowie einem öffentlich zugänglichen WiFi-Netz ausgestattet werden. Bibliotheken sollen verstärkt Multifunktionsflächen erhalten, die Veranstaltungen und/oder einen Café-Betrieb ermöglichen. An mindestens einem Bibliotheksstandort wollen wir zudem ein FabLab - eine offene Werkstatt in der neue Technologien der digitalen Fabrikation ausprobiert werden können - realisieren.

Darüber hinaus wollen wir ein stadtweites Konzept zu außerschulischen Lernorten in Natur, Kultur und öffentlichem Leben entwickeln.

Verkehr

Stadt der schnellen Wege

Die urbane Mobilität zu verbessern, sehen wir als eine der wichtigsten kommunalpolitischen Herausforderungen an. Diese muss in einer sich kontinuierlich verändernden Umwelt mit Rücksicht auf alle Verkehrsteilnehmer innovationsfördernd angegangen werden. Wir ergreifen nicht für ein Verkehrsmittel Partei, sondern wollen in Wiesbaden eine umfassende Mobilität möglich machen. Dabei leitet uns der Gedanke, einen Mix aus allen Verkehrsträgern zu ermöglichen, der ein faires Nebeneinander schafft.

Ein Großteil der Wiesbadener Verkehrsprobleme entsteht dadurch, dass viele Menschen täglich aus den umliegenden Städten und Gemeinden nach Wiesbaden einpendeln bzw. Bürgerinnen und Bürger aus Wiesbaden heraus pendeln. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die nicht über Verbote agiert, sondern den öffentlichen Nahverkehr und insbesondere die Verbindungen in das restliche Rhein-Main-Gebiet so attraktiv gestaltet, dass die Menschen gerne auf Bus und Bahn umsteigen.

Ein umfassendes und datenbasiertes Verkehrskonzept

Um eine bedarfsgerechte und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Mobilität gewährleisten zu können, ist zunächst eine grundlegende und umfassende Analyse der Mobilitätsbedürfnisse in Wiesbaden notwendig. Eine solche Analyse, die beispielsweise die innerstädtischen Verkehrszellen und die jeweils stattfindenden Verkehrsbewegungen begutachtet, liegt nicht vor und wurde auch nicht im Rahmen des Mobilitätsleitbildes durchgeführt. Auf Grundlage dieser Analyse muss eine entsprechende Verkehrsplanung stattfinden, die Stau vermeidet und dafür sorgt, dass alle Verkehrsteilnehmer möglichst schnell von A nach B kommen. In diesem Zusammenhang kann DIGI-V – das Digitalisierungsprojekt für die Verkehrssteuerung in Wiesbaden - einen Beitrag leisten. Soweit sich aus dieser Analyse ergibt, dass die bisher getroffenen Maßnahmen (wie etwa Umweltsperren oder weitere Umgestaltungen des Straßenraums) für einen besseren Verkehrsfluss, weniger Stau und damit verbunden weniger Luftbelastung kontraproduktiv sind, müssen diese wieder rückgängig gemacht werden.

Vergleichbares ist auch im ÖPNV notwendig. Gerade in den Stoßzeiten beklagen sich viele über die zu hohe Auslastung des Bussystems in Wiesbaden. Dabei ist es so, dass in der Regel nicht die jeweils gesamte Linie überlastet ist, sondern nur einzelne Abschnitte. So wollen etwa viele Menschen vom Bahnhof zur Wilhelmstraße bzw. dem Dern'schen Gelände und zurück. Diese besonders belasteten Abschnitte müssen identifiziert werden, um dann an einer Lösung zur Entlastung zu arbeiten. So könnten wir uns vorstellen, in den entsprechenden Stoßzeiten einen Pendelverkehr auf den besonders belasteten Abschnitten im ÖPNV einzurichten, um den Auslastungsgrad der Busse dort zu senken. Dies führt dann auch zu einer effektiveren Nutzung der (neu) eingerichteten Busspuren. Gleichzeitig ist es notwendig festzustellen, wie hoch die generelle Umsteigebereitschaft auf den ÖPNV ist und warum der Umstieg ggf. abgelehnt wird. Nur dann kann die Stadt passgenau und effektiv an einem besseren ÖPNV arbeiten.

So kann ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept entstehen, das die verschiedenen Verkehrsträger bedarfsgerecht in Ausgleich bringt. Zur Stauvermeidung ist ein solches Gesamtkonzept die unbedingt

notwendige Grundlage. Die plumpe Verdrängung bestimmter Verkehrsträger, wie sie von CDU, SPD und Grünen in den vergangenen fünf Jahren betrieben wurde, lehnen wir ab.

Ausbau des schienengebundenen ÖPNV

In Richtung Frankfurt, den Flughafen und Darmstadt ist dabei für uns der Bau der Wallauer Spange besonders wichtig, die die Fahrzeit zum Flughafen auf 15 Minuten und die Fahrzeit zum Frankfurter Hauptbahnhof auf 25 Minuten (Darmstadt 35 Minuten) verkürzt – ein unschlagbarer Vorteil gegenüber dem PKW. Durch den Haltepunkt in Wallau müssen darüber hinaus die Bewohnerinnen und Bewohner der östlichen Vororte keinen Umweg mehr über die Wiesbadener Innenstadt in Kauf nehmen.

Die Freien-Demokraten lehnen die verkürzte Streckenführung der S9 aus Frankfurt ab. Statt sie in Rüsselsheim enden zu lassen, muss die Anbindung der AKK-Stadtteile durch eine weitere Haltestelle in Mainz-Kostheim verbessert werden. Die S-Bahn-Linien S1, S8 und S9 stellen gerade für die mittelgroßen Ortschaften und Städte zwischen Wiesbaden und Frankfurt ein wichtiges Standbein des ÖPNV dar und führen zu einer hohen Taktfrequenz auch außerhalb der klassischen Pendlerzeiten bis in die Nachtstunden.

In Richtung des Rheingaus leistet die private VIAS-Linie schon heute einen bedeutenden Beitrag zur Anbindung der an der Strecke liegenden Gemeinden. Wir werden uns in den Gremien des RMV dafür einsetzen, dass die Einstiegshürden für private Bahnunternehmen gesenkt werden, um das Streckenangebot weiter ausbauen zu können. Die Ländchesbahn über die östlichen Vororte in Richtung Idstein sollte eine höhere Taktung bekommen, um Pendler aus diesen Orten besser anzubinden.

Die Freien Demokraten Wiesbaden fordern eine ergebnisoffene Prüfung des Vorschlags des Rheingau-Taunus Kreises zur Entwicklung einer sogenannten Aar-Taunus-Ringbahn, deren Linienführung vom rheinland-pfälzischen Diez bis nach Wiesbaden auf der ehemaligen Aartalbahn erfolgen soll. Unter Einbindung der Ländchesbahn und bei Schaffung einer Anbindung an die Regionalbahn 20 nach Idstein kann eine Ringlinie entstehen, bei der Wiesbaden als Umsteigebahnhof fungiert. Auch eine Anbindung nach Mainz oder über die Wallauer Spange nach Frankfurt kann je nach Streckenkapazität eine Möglichkeit darstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass nach erfolgreicher Prüfung zusammen mit dem Land Hessen beim Bund Mittel aus den verfügbaren Fördertöpfen beantragt werden sollen. Dabei kommen je nach Abwägung der gewählten Technologie (Elektrifizierung, Wasserstoff etc.) sowohl das Sonderprogramm „Deutschlandtakt“ als auch weitere Programme in Frage. Die Prüfung des Vorschlags der Aar-Taunus-Ringbahn schließt selbstverständlich auch die Aktualisierung der Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Aartalbahn vom Wiesbadener Hauptbahnhof bis nach Diez ein.

Ein weiterer Anlauf für eine Straßenbahn von Bad Schwalbach nach Mainz ist mir der Forderung nach einer umfassenden Reaktivierung der Aartalbahntrasse nicht kompatibel. Aus diesem und vielen anderen Gründen lehnen die Freien Demokraten die Bestrebungen einen weiteren Versuch zum Straßenbahnbau in Wiesbaden nach Ablauf der Bindungsfrist des Bürgerentscheids zu starten, entschieden ab. Gleiches gilt auch für Versuche die Bindungswirkung des Bürgerentscheids durch eine andere Streckenführung, als die der bisher geplanten Straßenbahntrasse, zu umgehen. Mit den Freien Demokraten wird es auch weiterhin keine Straßenbahn in Wiesbaden geben.

Verweis: Zur Nutzung von Wasserstofftechnologie bei der Aartalbahn siehe Kapitel "Neue Technologien"

Um die Nutzung des ÖPNV für mehr Menschen attraktiv zu machen, wollen wir beim RMV darauf hinwirken, dass auch kleinere Betriebe ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein Job-Ticket anbieten können. Dies sorgt darüber hinaus dafür, dass der bisherige Wettbewerbsvorteil größerer Unternehmen beim Werben um Mitarbeiter ausgeglichen wird. Weiterhin wollen wir den Wiesbadener ÖPNV mit WLAN ausstatten und die digitale Buchung von Tickets weiter verbessern, um die Nutzung des ÖPNV möglichst einfach und komfortabel zu gestalten. Auch für bestimmte Bedürfnisse (wie z.B. das Pendeln von der Innenstadt zu weiter entfernten Parkhäusern oder P+R Plätzen) und spezielle Nutzergruppen sollen passgenaue Tarife, ggf. unterstützt durch digitale Assistenten, angeboten werden. Wir werden uns bei den übergeordneten Verkehrsverbänden dafür einsetzen, diese Tarife nicht nur auf Wiesbaden zu beschränken.

Das Busnetz weiter verbessern

Das Wiesbadener Busnetz wird von den Bürgerinnen und Bürger der Stadt gut angenommen. Über den Ausbau von Busspuren und die Prüfung der Linienführung bestehender Buslinien hinaus, wollen wir das Stadtgebiet verkehrlich noch besser und effektiver abdecken als bisher. Die Verbindung der Vororte untereinander wollen wir nach einer Prüfung der bestehenden Nachfrage über eine Ringbuslinie sicherstellen. Um die umliegenden Gemeinden besser in das Wiesbadener Bussystem einzubinden, ist zu prüfen, ob man die direkt angrenzenden Gemeinden in das Tarifgebiet 65 aufnehmen kann. Eine Jahreskarte aus den direkt an Wiesbaden angrenzenden Gemeinden, wie Niedernhausen oder Schlangenbad, aus denen viele Menschen täglich nach Wiesbaden pendeln, kostet derzeit fast doppelt so viel wie ein Wiesbadener Jahresticket und schreckt vom Umstieg auf den ÖPNV ab, zumal im ländlichen Raum aufgrund der wenig entwickelten Infrastruktur ein eigenes Auto jedenfalls unterhalten werden muss.

Wir wollen die Busse von ESWE Verkehr mit kompakten Fahrkartenautomaten in den Multifunktionsflächen ausstatten und den direkten Ticketkauf beim Fahrer einstellen. Das erhöht nicht nur die Pünktlichkeit der Busse deutlich, sondern entlastet auch die Busfahrerinnen und Busfahrer merklich. Bei Neuanschaffung von Bussen ist auf ausreichend große Multifunktionsflächen zu achten.

In den vergangenen Jahren sind die Defizite von ESWE Verkehr explodiert und belasten den Stadthaushalt absehbar mit bis zu 80 Mio. Euro jährlich. Diesen Kostensteigerungen stehen keine entsprechenden Verbesserungen im Angebot gegenüber. Es ist dringend notwendig, das Kostenbewusstsein von ESWE Verkehr zu steigern, um so ausufernde Verkehrsverluste zu vermeiden, da ansonsten eine Ausdünnung des Busnetzes oder des Fahrplans drohen. Strecken, die nicht von der ESWE Verkehr betrieben werden und die nicht durch die Innenstadt führen, sollen – sofern rechtlich möglich - auch für private Anbieter geöffnet werden. Hier kann beispielsweise über Minibusse bzw. "ÖPNV on-demand" eine Abdeckung der Gebiete stattfinden, in denen das Personenaufkommen bisher nicht so hoch ist.

Mehr Sicherheit durch die Trennung von Verkehrsteilnehmern

Alle Verkehrsträger auf einer Straße unterbringen zu wollen, führt oft zu ungewollter Konkurrenz, zu engen Spuren und erhöhter Unfallgefahr. Wir setzen uns daher dafür ein, bei parallel verlaufenden Straßen gezielt unterschiedliche Nutzungskonzepte zu verfolgen. So könnten wir uns z.B. vorstellen, die Adolfsallee als Fahrradstraße auszubauen und so die Busspur in der Oranienstraße ausschließlich Bussen zur Verfügung zu stellen. Auch am Beispiel der Parkstraße und der Sonnenberger Straße zeigt sich, dass die Nutzung von Alternativstraßen statt der zwangsweisen Einziehung von Radwegespuren auf großen Straßen häufig mehr Sinn ergibt.

Verweis: zur Verkehrsberuhigung Bergkirchenviertel siehe Abschnitt „Stadtentwicklung“

Wir setzen uns dafür ein, Wiesbaden besser an das hessische Radschnellwegenetz anzubinden, um die Stadt aus den umliegenden Kommunen besser erreichbar zu machen.

Mehr moderne Mobilitätsangebote

Der Ausbau von ESWE Verkehr zum umfassenden Mobilitätsdienstleister hat nicht nur zu einer Explosion des Defizits, sondern auch dazu geführt, dass die ESWE Verkehr Aufgaben übernimmt, die andere private Anbieter ebenso leisten können. Das beste Beispiel hierfür ist der Fahrradverleih, der viel Geld kostet, aber schlecht angenommen wird. Das liegt unseres Erachtens nicht daran, dass die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener keinen Bedarf an Leihfahrrädern haben, sondern mehr daran, dass es bereits Angebote anderer Anbieter (Deutsche Bahn, Nextbike) gibt, die ohne persönliche Registrierung in einer Mobilitätszentrale nutzbar sind. Die vom Stadtparlament auf Antrag der FDP beschlossene Fahrrad-Flatrate muss von ESWE Verkehr umgehend umgesetzt werden. Sollte sich auch nach einem Jahr keine deutliche Verbesserung der Nutzungszahlen oder des Betriebsergebnisses einstellen, muss meinRad eingestellt werden. An die Stelle von ESWE kann dann ein privater Anbieter treten, der von der Stadt Zuschüsse pro Rad und Station erhält. Andere Kommunen, wie z.B. Leverkusen und Freiburg zeigen, dass so eine bessere Nutzung und ein besseres Serviceerlebnis bei deutlich geringeren Kosten für die Stadt erreicht werden kann. Auch die weiteren Projekte der ESWE Verkehr müssen auf den Prüfstand, um so möglichst viele Mittel für einen zielgerichteten Ausbau des ÖPNV freizugeben. Als langfristiges Ziel wollen wir als Stadt Mobilität als ein Serviceangebot (Mobility as a Service) unabhängig vom konkreten Verkehrsmittel bereitstellen. Dies kann - wo sinnvoll – auch über die Integration privater Anbieter geschehen. Hier kann die ESWE Verkehr aus unserer Sicht eine Koordinationsfunktion wahrnehmen, ohne selbst Anbieter zu sein.

Sollte ein privater Betreiber Interesse an einem ortsungebundenen Carsharingangebot (free floating) besitzen, wollen wir mit diesem faire Konditionen, die die Interessen aller berücksichtigen, aushandeln. Wir sind darüber hinaus bereit, das stationäre Carsharing mit Plätzen in städtischen Parkhäusern und im öffentlichen Raum zu unterstützen.

Elektroroller können das Mobilitätsangebot der Stadt gerade auf kurzen Strecken sinnvoll ergänzen. Hier ist es wichtig, dass Fußgängerinnen und Fußgängern keine Wege versperrt werden und die Roller ordnungsgemäß abgestellt sind. Nachts wollen wir die Fußgängerzone für Elektroscooter analog zu Fahrrädern freigeben, um die Fahrt durch die Innenstadt noch schneller zu machen. So wollen wir den Trend hin zu einem elektrifizierten Individualverkehr in Innenstädten unterstützen, der mit den E-Scootern seinen Anfang genommen hat.

Fußgängerinnen und Fußgänger sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer, gleichzeitig hat Wiesbaden im Vergleich zu anderen Städten besonders viele von ihnen. Insbesondere Eltern mit kleinen Kindern und ältere Menschen haben zum Teil Probleme bei der Fortbewegung in unserer Stadt und sind auf die Rücksichtnahme anderer Verkehrsteilnehmer angewiesen. Bei allen neuen Mobilitätsentwicklungen sollen die Bedürfnisse von Menschen zu Fuß daher besonders berücksichtigt werden. Hierzu gehört auch, dass Ampelschaltungen so optimiert werden, dass Fußgängerinnen und Fußgänger nicht auf kleinen Verkehrsinseln auf großen Straßen warten müssen, auf denen kaum Platz genug ist für Kinderwagen, Menschen zu Fuß und auf dem Fahrrad.

Wiesbaden soll sich als Stadt mittel- bis langfristig für Entwicklungen in der Mobilität, wie zum Beispiel autonomen Kleinfahrzeuge, fahrerlosem ÖPNV oder sogenannte Flugtaxen, öffnen. Die Stadt sollte sich aktiv um Teilnahme an Bundesprogrammen (bspw. @City) bewerben, um Modellstadt für zukunftssträchtige Lösungen zu werden.

Individuelle Mobilität und Taxi

Mit dem Aufkommen privater Mobilitätsdienstleister hat der Wettbewerb in der Personenbeförderung erfreulicherweise zugenommen. Davon profitieren die Nutzer insbesondere durch einen besseren Service. So bieten die Mobilitätsdienstleister bereits seit Beginn bargeldloses Bezahlen und transparente Fahrtrouten und -kosten an. Eine Einschränkung dieses Wettbewerbs lehnen wir daher ab.

Die städtische Taxenordnung und die Taxitarifverordnung müssen zeitnah an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, möglichst direkt nach der zu erwartenden Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes. Die Taxistände sollen weiterhin allein den Taxiunternehmen vorbehalten bleiben. Im Gegenzug werden wir ab 2024 nur noch lokal emissionsfreie Taxen neu zulassen. Mit den Mietwagenanbietern wollen wir auf freiwilliger Grundlage ebenfalls einen Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge vereinbaren.

Mit dem Projekt DIGI-S will ESWE Verkehr in den Taximarkt einsteigen. Dabei ist das Geschäftsmodell nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt. Mit Steuergeld soll hier ein konkurrenzloser Taxiersatz für die östlichen Vororte etabliert werden, der den Taxen das Wasser abgraben wird. DIGI-S werden wir in dieser Form deswegen nicht unterstützen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass für Heimfahrten innerhalb des Stadtgebietes der Ausbau von Nachtlinien vorangetrieben wird.

Verweis: zur Luftqualität und Schadstoffbelastung siehe Umwelt

Neue Antriebstechnologien

Wiesbaden darf sich modernen Verkehrstechnologien nicht länger verschließen. Sie können die Luftqualität und die Verkehrssituation wirksamer verbessern als die Zurückdrängung des Autoverkehrs.

Der Autoverkehr in Wiesbaden wird sich in den nächsten Jahren immer mehr elektrifizieren. Diese Entwicklung wollen wir von städtischer Seite aus mit allen Kräften unterstützen. Elektrofahrzeuge sind lokal emissionsfrei unterwegs und senken den innerstädtischen Schadstoffausstoß somit immens. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und Innovationen bei der Energiespeicherung lassen sich individuelle Mobilität und Klimaschutz verbinden.

Diesen Innovationen darf sich die Stadt nicht entziehen. Heute fahren noch zu viele städtische Fahrzeuge mit veralteten und damit zu schmutzigen Verbrennungsmotoren. Die Stadt muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und ihren Fuhrpark so schnell wie möglich und wirtschaftlich vertretbar auf emissionsfreie Antriebe umstellen. Insbesondere im Schwerverkehr (z.B. bei der Abfallentsorgung) bietet sich dabei ein Umstieg auf Wasserstofftechnologien an. Zudem sollen alle größeren städtischen Fahrzeuge zukünftig mit Abbiegeassistenten ausgestattet werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Trotz der hohen Kosten befürworten wir die schnellstmögliche Umrüstung der gesamten städtischen Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantriebe. Diese bewegen sich nicht nur geräuscharm, sondern fahren auch schadstofffrei durch Wiesbaden.

Ladesäuleninfrastruktur auf skandinavisches Niveau bringen

Die Elektromobilität und der lokal emissionsfreie Verkehr benötigen eine ausreichend vorhandene Ladeinfrastruktur. Leider kann der Ausbau der Ladesäulen nicht mit dem steigenden Marktanteil der Hybrid- und Elektrofahrzeuge mithalten. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 hat die

Bundesregierung deshalb festgelegt, dass bis zum Jahr 2030 eine Million öffentlich-zugänglicher Ladepunkte in ganz Deutschland geschaffen werden sollen. Die skandinavischen Länder zeigen, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur den Umstieg vom Verbrennungsmotor beschleunigt. Deswegen wollen wir bis 2026 in Wiesbaden 1500 öffentlich zugängliche Ladesäulen schaffen. Dabei setzen wir zuvorderst auf privatwirtschaftliches Engagement, z.B. durch Einzelhandelsketten, Energieversorger und die Automobilindustrie. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Abkehr von Monatsgebühren für ESWE-Ladekarten. Auch die Stadt kann jedoch ihren Beitrag leisten: In städtischen Parkhäusern sollen Ladesäulen die Regel werden, zudem können die Straßenlaternen als "Smart Poles" neben den E-Mobility-Hubs (Elektroinfrastruktur in Parkhäusern) Rückgrat für den elektrifizierten Verkehr werden.

Wasserstoffvorbild Wiesbaden

Nach dem Scheitern des Citybahn-Projekts ist der Weg für zukunftsweisenden Schienenverkehr in Wiesbaden und dem Taunus frei. Unser Ziel ist eine Reaktivierung der Aartalbahn und ihr Betrieb mit Wasserstoffzügen. So erspart sich die öffentliche Hand die kostenintensive Elektrifizierung der brachliegenden Strecke. Auch auf der Ländchesbahn sollen zukünftig Wasserstoffzüge anstatt der bisherigen Dieselloks fahren. Wiesbaden erhält damit einen leistungsfähigen und weitestgehend emissionsfreien schienengebunden Pendelverkehr, der Unter- und Vordertaunus sowie die östlichen Vororte schnell und komfortabel anbindet und gleichzeitig Modellregion für moderne Mobilität werden.

Smartes Bauen ohne Stau

Ein kluges Baustellenmanagement verhindert monatelange Staus und schafft mehr Akzeptanz bei Verkehrsteilnehmern und Verkehrsteilnehmerinnen sowie Anwohnerinnen und Anwohnern. Die Bauzeiten sind daher maßgeblich in aufkommensschwache Zeiten, wie z.B. die Schulferien, zu legen. Anlieger sollen zukünftig früher und nicht erst wenige Tage vor Beginn der Baumaßnahme informiert werden. Dort, wo es unter Beachtung der Lärmschutzgrenzen und des Arbeitsrechts möglich und aufgrund des täglichen Verkehrsaufkommens geboten ist, wollen wir Nacht- und Feiertagsbaustellen realisieren, um die Belastungen für Verkehr, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber so gering wie möglich zu halten. Innerhalb des Rahmens des geltenden Vergaberechts wollen wir auch Bonuszahlungen für Auftragnehmer vorsehen, die Baumaßnahmen zügiger als vorgesehen abschließen. Mithilfe des digitalen Verkehrssteuerungssystems DIGI-V sollen Autofahrerinnen und Autofahrer zudem bereits weit vor Beginn der Baustelle weiträumig umgeleitet werden.

Viele Straßen und Gehwege in Wiesbaden befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Davon sind alle Verkehrsteilnehmer betroffen. Autofahrerinnen und Autofahrer, Radfahrerinnen und Radfahrer und ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer ärgern sich gleichermaßen über Schlaglöcher und Buckelpisten. Leider wurde in den letzten Jahren immer weniger finanzielle Mittel in den Erhalt von Straßen, Tunneln und Brücken investiert. Damit schiebt Wiesbaden einen großen Sanierungsbedarf vor sich her. Mit jedem Jahr werden die verschobenen Baumaßnahmen zudem teurer. Wir wollen daher den städtischen Haushaltsansatz für die Sanierung von Straßen und Ingenieurbauwerken deutlich erhöhen, um den Verkehr in Zukunft besser fließen zu lassen und Totalschäden wie an der Schiersteiner Brücke zu vermeiden. Dazu wollen wir auch KI-Anwendungen einsetzen, die den Straßenzustand mithilfe von Kameras regelmäßig erfassen, analysieren und drohende Schäden schon im Vorfeld erkennen. Pilotprojekte hierzu sind bereits in einigen Kommunen erfolgreich umgesetzt worden.

Mit dem Bau der Wallauer Spange erhalten die östlichen Vororte endlich ihre lang erwartete Anbindung an das S-Bahn-Netz und Frankfurt. Um einen Verkehrskollaps in Delkenheim zu vermeiden, muss bereits jetzt eine beidseitige Erschließung des zukünftigen Bahnhofs über die L3017 und die L3028 geplant werden.

Einen weiteren Ausbau der A66 zwischen Schiersteiner und Wiesbadener Kreuz (wie er auch im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringlicher Bedarf vorgesehen ist) werden wir weiterhin unterstützen und darauf achten, dass auch entsprechende Investitionen in den passiven Lärmschutz vorgenommen werden. Perspektivisch müssen weitere Lösungen gefunden werden, wie der Verkehr zwischen Wiesbadener Kreuz und dem Rheingau verträglich abgewickelt werden kann.

Die Planung und den Bau von Umgehungsstraßen aus dem Taunus an Wiesbaden vorbei auf die A3 und/oder A66 werden wir weiterhin unterstützen.

Bei baulichen Maßnahmen ist insbesondere auf eine flüssige Verkehrsführung zu achten. Hier ließe sich beispielsweise der Bau von Kreisverkehren statt Ampeln prüfen, wenn sich daraus ein Vorteil für den Verkehrsfluss ergibt. Außerdem soll die Straßenführung unnötige Umwege vermeiden, um die Wegezeiten und damit den Schadstoffausstoß möglichst gering zu halten. Das Abbiegechaos auf dem ersten Ring (Biebricher Allee, Ringkirche etc.) zeigt, wie es nicht geht.

Verweis: zur Rheinbrücke siehe Stadtentwicklung

Parkplatz ohne Suchen

Gerade in der Wiesbadener Innenstadt sind Parkplätze rar gesät. Dies betrifft nicht nur die Menschen, die zum Einkaufen in die Stadt wollen, sondern gerade und ganz besonders diejenigen, die in der Innenstadt wohnen. In den letzten Jahren sind hier durch die Umverteilung des Straßenraums hunderte Parkplätze weggefallen. Während es für Kurzzeitparkerinnen und -parker eine Vielzahl an Parkhäusern unmittelbar in der Innenstadt gibt (Karstadt Parkhaus, Parkhaus am Markt, Coulinstraße, City I etc.) erweist es sich für die Bewohner und Bewohnerinnen der Innenstadt häufig schwierig bis unmöglich in die Parkhäuser auszuweichen, weil Dauerparkplätze kaum angeboten werden. Das wollen wir ändern und in den städtischen Parkhäusern mehr Dauerparkplätze schaffen. Mit den privaten Betreibern wollen wir in einen Dialog eintreten, um auch hier für mehr Dauerparkplätze zu sorgen. Wir wollen außerdem Unternehmen und Supermärkte mit Parkplätzen bzw. Parkhäusern ansprechen, ihre Stellplätze außerhalb der Geschäftszeiten für die Allgemeinheit freizugeben. Im Ergebnis trägt ein deutlich reduzierter Parksuchverkehr auch zu einer besseren Luftqualität in Wiesbaden bei.

Sofern nicht genügend Dauerparkplätze über die bestehenden Parkhäuser bereitgestellt werden können, setzen wir uns für die Schaffung weiterer Parkflächen in der Innenstadt ein. Hier könnten wir uns auch unterirdische Flächen in innenstadtnahen Gebieten (Sonnenberg/Nordost) oder die Umwandlung von Leerständen in moderne begrünte Parkhäuser vorstellen.

Verweis: zu Elsässer Platz siehe Kapitel Stadtentwicklung

Für die Menschen, die nach Wiesbaden zum Einkaufen fahren, spielen die Höhe der Parkgebühren eine zentrale Rolle bei der Entscheidung, hier oder doch an anderen Orten wie dem Main-Taunus-Zentrum oder online, einzukaufen. Im Sinne der Wirtschaftsförderung sollten gerade in den städtischen Parkhäusern die Parkgebühren nicht weiter erhöht werden. Mehr Parkhauskapazitäten entlasten darüber hinaus den öffentlichen Straßenraum. Auch die kulturellen Einrichtungen profitieren davon, wenn günstige Parkplätze in den Abendstunden verfügbar sind. Wir wollen deshalb

mit den privaten Parkhausbetreibern über eine sogenannte Nachtpauschale verhandeln. Über das Projekt DIGI-P wollen wir das Auffinden eines freien Parkplatzes deutlich beschleunigen.

Ein Ziel der Freien Demokraten Wiesbaden ist der Ausbau der P+R Parkplätze, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler aus dem Untertaunus. So kann weiterer Verkehrsdruck von der Wiesbadener Innenstadt genommen werden. Dies funktioniert aber nur, wenn genügend Parkplätze mit einer attraktiven Anbindung an den ÖPNV vorhanden sind. Wir wollen daher in den nächsten fünf Jahren 2000 neue Parkplätze bauen. Mit Realisierung der Wallauer Spange setzen wir uns begleitend für die Einrichtung eines P+R Parkplatzes für Delkenheim /Wallau ein.

Auch für Fahrräder werden geeignete Abstellmöglichkeiten an Knotenpunkten immer wichtiger. Wir setzen uns daher für eine Fahrradgarage am Wiesbadener Hauptbahnhof sowie für die Ausweisung von mehr Fahrradstellplätze (auch für Lastenfahrräder) am Rande der Fußgängerzone bzw. in der Schwalbacher Straße ein, damit die Bürgerinnen und Bürger auch zum Einkaufen mit dem Fahrrad kommen können (Park & Walk).

Wir wollen das Modell des Handwerkerparkausweises weiterführen, um den hiesigen Handwerksbetrieben die Arbeit zu erleichtern. Auch andere Berufsgruppen wie Pflegedienste oder Ärzte und Ärztinnen im Rahmen der medizinischen Notversorgung sowie die Belieferung durch Apotheken, sollen hier eingeschlossen werden. Dazu setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Wiesbaden haben, einen Anwohnerparkausweis beantragen können. Zur besseren Verteilung der finanziellen Lasten wären dafür geringfügig höhere Kosten für Personen mit einem Zweitwohnsitz denkbar, da die Steuerzahlungen dieser Personen in der Hauptsache anderen Kommunen zugutekommen, sie aber ebenso wie bei einem Erstwohnsitz auf geeignete Parkplätze angewiesen sind.

Überwachung und Digitalisierung des Verkehrs

Wir fordern, dass die Standorte für Blitzer ausschließlich nach Verkehrssicherheitsgesichtspunkten ausgewählt werden und dementsprechend nur an Unfallschwerpunkten sowie an Stellen mit besonderer Gefährdung wie beispielsweise Kitas, Schulen, Spielplätze, Krankenhäuser und Pflegeheime aufgestellt werden. Wir unterstützen die Initiative der Landespolizei, die Messstellen vorab zu veröffentlichen und fordern die Wiesbadener Stadtpolizei auf, hier entsprechend nachzuziehen.

Um die Luftqualität zu schützen und den Sanierungsbedarf der Straßen zu senken, setzen wir uns für einen neuen Anlauf für das LKW-Durchfahrtsverbot im gesamten Stadtgebiet ein. So kann verhindert werden, dass LKWs zur Umgehung von Mautstrecken durch die Stadt fahren.

Digitalisierung des Verkehrs

Wir begrüßen das Projekt DIGI-L, mit dem die Steuerung des Anlieferverkehrs digitalisiert werden soll. Dazu gehört beispielsweise die Einrichtung von mit Sensortechnik ausgerüsteten intelligenten Lieferzonen, die Förderung von Lastenfahrrädern oder die Einrichtung von Mikro-Hubs als Paketumschlagzentren. Auch das Projekt DIGI-P zur Digitalisierung der Parkströme stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Mit dem vom Bund geförderten Projekt DIGI-V nimmt Wiesbaden eine echte Vorreiterrolle der digitalen Verkehrssteuerung ein. Verkehrsströme können digital abgebildet und damit auch prognostiziert werden. Staus können so in Zukunft bereits verhindert werden, bevor sie entstehen. Wir wollen das System DIGI-V nach vollständiger Inbetriebnahme daher auch in Zukunft stets aktuell und leistungsfähig halten. Wir treten auch weiterhin dafür ein, dass sämtliche Verkehrsdaten nicht

personenbezogen erhoben werden. So schaffen wir das Vertrauen in der Bevölkerung, dass die erhobenen Daten ohne Datenschutzbedenken über eine offene Schnittstelle und einer offenen Lizenz zur Verfügung gestellt werden können.

Stadtentwicklung

Wiesbaden ist mit seiner historischen Architektur, den einladenden Grünflächen, der Lage am Rhein und Main sowie der Einbettung in das wirtschaftliche starke Rhein-Main Gebiet eine sehr attraktive Stadt. Deshalb möchten viele Menschen hier leben und wohnen. Es freut uns sehr, dass Menschen mit unterschiedlichsten Biographien und Lebenswegen hier ihr Glück finden. Mit einer Stadtfläche von 204 km² stößt Wiesbaden aber im wahrsten Sinne des Wortes an seine Grenzen.

Für uns ist eine kluge Stadtplanungspolitik das wesentliche Instrument, um das Ziel mehr Wohnraum zu schaffen mit dem berechtigten Wunsch nach Freiräumen, Park- und Grünanlagen, Stadtwald, ländlichen Fluren und einem nachhaltigen, angenehmen und gesunden Klima in unserer Stadt, in Einklang zu bringen. Diese Interessen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern miteinander zu verbinden, entscheidet darüber, ob Wiesbaden weiterhin so lebenswert bleibt und wir die Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt weiterhin gewährleisten können.

Wesentliche Entwicklungspotentiale unserer Stadt sehen wir im Bereich des Wohnbaus, Entwicklung von Gewerbegebieten und einer Wieder-Attraktivierung der Innenstadt. Wir wollen, dass Wiesbaden eine Stadt ist, in der Menschen jeder Einkommensklasse Wohnraum finden können. Auf dem Wohnungsmarkt verzeichnen wir eine das Angebot übersteigende Nachfrage, der wir nicht mit Verboten, Gängelungen und Vorschriften, sondern mit einem verbesserten Wohnraumangebot begegnen wollen. Im Hinblick auf die Natur im Allgemeinen und unser Stadtklima im Besonderen sollten Grünflächen jedoch nur mit äußerster Vorsicht verbraucht werden. Die städtischen Grün- und Naturräume tragen erheblich zur Lebensqualität und Erholung der Menschen in Wiesbaden bei. Daher wollen wir neben den bekannten Neubauprojekten eine besondere Priorität auf qualitatives Wohnraumwachstum durch Umwandlung sowie Weiterentwicklung von bestehenden, bereits versiegelten Flächen legen.

Die Verbindung nach Rheinland-Pfalz soll mit einer neuen Rheinbrücke weiter gestärkt werden.

Bauprojekte klug und klimabewusst steuern

Nichts ist ärgerlicher als Dauerbaustellen an städtebaulich relevanten Orten. Hier soll die Stadt entsprechende Vereinbarungen mit den Bauträgern treffen, die einen schnellen Baubeginn und einen zügigen Baufortschritt sicherstellt (Baustellenmanagement). So können wir auch verhindern, dass wir uns gegenüber Änderungswünschen des Bauträgers, die mit Baustopp drohen, erpressbar machen. Darüber hinaus setzen wir uns – sofern es die verkehrlichen Bedingungen zulassen - für eine stärkere Synchronisierung der Bauaktivitäten an einem Ort ein, damit die Gesamtbauzeit verkürzt werden kann.

Bei allen Bauprojekten soll das Stadtklima Teil der Überlegungen sein. Deshalb setzen wir uns für eine Begrünung der Dächer bei Neubauten ein, um so eine Verbesserung des Mikroklimas zu erreichen. Eine Dachbegrünung kann mit der Installation einer Photovoltaikanlage kombiniert werden, da die Vegetationsschicht der notwendigen Auflast der Photovoltaikmodule dienen kann. Die Vorteile dieser Kombination sind die Einsparung von Energiekosten, und daraus resultierend weniger CO₂, die Bindung von CO₂ und Staub sowie geringere Schmutzwassergebühren. Auch in anderen Städten wie bspw. München erfolgreich implementierte Fernkältenetze können ein Teil der Überlegungen sein. Beim Bau selbst haben andere Kommunen bereits erfolgreich vorgemacht, wie über einen hohen

Energiestandard sowie über eine CO₂-Sparende Bauweise (Kreislaufwirtschaftsnutzung von recyceltem bereits vorhandenem Material) ein entscheidender Unterschied gemacht werden kann.

Wiesbadens Plätze und Ortsteile weiterentwickeln

Die Stadtentwicklung ist kein Thema nur für die Innenstadt: wir möchten alle Ortszentren so attraktiv halten und gestalten, dass den Menschen nicht nur ihre Grundversorgung möglichst nah an ihren Wohnorten ermöglicht, sondern gerade in den größeren Vororten lebendige Zentren schaffen und erhalten, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gerne aufhalten.

Die Stadt Wiesbaden soll diese Entwicklung durch die kluge Gestaltung von Bebauungsplänen sowie die Förderung von Nahversorgungsverbänden (Zusammenschluss von mehreren Gewerbetreibenden) unterstützen. Auch bei der Unterstützung von Gewerbetreibenden bestehen, z.B. über die Zurverfügungstellung von Außenflächen oder der Einrichtung von Weinständen in den Vororten, Möglichkeiten der niederschweligen Förderung.

In diesem Zusammenhang müssen wir die Umwandlung von Wohn- in Gewerbeflächen und umgekehrt erleichtern, um flexibel auf die Situation vor Ort eingehen zu können.

Wir wollen den Bewohnern und Bewohnerinnen mehr Verantwortung für die Entwicklung ihres Quartiers übertragen. Wenn sich Eigentümerinnen und Eigentümer einer kleinen räumlichen Einheit, sei es ein Straßenzug oder ein komplettes Quartier zusammenschließen und Investitionen in ihrem Quartier tätigen wollen, dann wollen wir sie über das Konzept des Business Improvement Districts (BID) unterstützen. So kann privates Kapital sinnvoll in der Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Aufwertung des Rheinufers

Wiesbaden muss sich seines Vorteils der Lage an Main und Rhein endlich bewusst werden und das lange Rheinufer besser nutzen. Daher unterstützen wir eine (fast) durchgängige Rheinufersperrade, die mit attraktiver Gastronomie bestückt ist, damit sich Menschen dort gerne aufhalten. Wir halten es für sinnvoll, den Anleger in Biebrich für große Touristenschiffe zu ertüchtigen, um Flusskreuzfahrtschiffe wieder direkt nach Wiesbaden zu holen, statt sie nach Mainz zu verlieren. Auch Anleger für Tagestouristen auf ihren Privatbooten wollen wir ermöglichen.

Zur Aufwertung des Rheinufers gehört für uns auch die Rheingaustraße zwischen Biebricher Schloss und dem alten Zollspeicher. Wir setzen uns dafür ein zu prüfen, ob dieser Straßenabschnitt zeitweise, beispielsweise am Wochenende oder an Feiertagen, verkehrsberuhigt werden kann. Das würde auch das bestehende Poserproblem lösen.

Verweis: zu den Rheinwiesen siehe Kapitel Umwelt

Mehr Leben auf Straßen und Plätzen in der Innenstadt

Die Adolfsallee leidet derzeit unter einem zu dichten Baumbestand, unter dem nichts mehr wächst. Um den Alleecharakter zu erhalten, aber gleichzeitig die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, wollen wir den Baumbestand behutsam lichten, um mehr Bepflanzungen am Boden zu ermöglichen. Außerdem wollen wir die Anzahl an Sitzbänken erhöhen, um die Menschen zum Verweilen einzuladen.

Verweis: zum Thema Verkehr in der Adolfsallee siehe Kapitel Verkehr

Die als Versuch gestartete Fußgängerzone in der Wellritzstraße wird von der Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner sowie Gewerbetreibenden gut angenommen. Insbesondere in dem dicht besiedelten inneren Westend bietet diese Fläche den Bewohnerinnen und Bewohnern Platz für

einen Aufenthalt im Freien. Wir plädieren dafür, die Fußgängerzone beizubehalten und diese entsprechend als Fußgängerzone weiter auszugestalten, beispielsweise über eine andere Bepflasterung und entsprechende Begrünung.

Der Kranzplatz ist aus stadtplanerischer Sicht derzeit nicht optimal gestaltet. Um die Sichtachsen zu verbessern und den Platz ansprechend zu gestalten, setzen wir uns dafür ein den Platz angelehnt an den historischen Zustand mit Wandelhalle und bunt gestalteten Grünanlagen zu restaurieren. Auch der Spielplatz soll in diesem Zusammenhang eine moderne kinderfreundliche Überarbeitung mit weniger Beton und mehr Grün erfahren. Zur Finanzierung könnte man an diesem historischen Ort in Wiesbaden auch über eine Bürgerstiftung sowie eine Beteiligung des Landes Hessen nachdenken. Das Beispiel der historischen Altstadt in Frankfurt zeigt, wie positiv sich ein solches Projekt auf die Stadt auswirken kann.

Der Elsässer Platz wird derzeit vor allem als Parkplatz genutzt. Wir sehen, dass der Parkdruck in den angrenzenden Vierteln aufgrund der dichten Besiedelung sehr hoch ist und auch trotz des neuen Parkhauses an der Horst-Bundschuh-Halle bleiben wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, an dieser Stelle ein mehrgeschossiges Parkhaus als Quartiersgarage zu errichten, in die in den oberen Stockwerken zusätzliche Multifunktionsflächen (bspw. Kita, Jugendzentrum etc.) integriert werden. Teil dieser Quartiersgarage kann auch eine Fahrradgarage sowie ein E-Mobility-Hub sein, um im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Mobilität zukunftsfest zu sein. Da ein Parkhaus nicht die gleiche Grundfläche wie ein Parkplatz benötigt, kann auf der weiteren Fläche eine Grünfläche zur allgemeinen Quartiersnutzung oder eine Wohnbebauung entstehen.

Verweis: Zur weiteren Entwicklung im historischen Fünfeck siehe Kapitel Innenstadt

Stadteingänge

Die Stadteingänge sind ein repräsentatives Aushängeschild der Stadt für Gäste, die nach Wiesbaden kommen. Wir wollen diese Eingänge architektonisch ansprechend gestalten, um einen einladenden und unserer Stadt gerecht werdenden ersten Eindruck zu bieten. Das dazu erarbeitete Konzept aus dem Jahr 2012 muss auf den neuesten Stand gebracht und dann zügig sowie vollständig umgesetzt werden.

Neue Baugebiete

Neue Wohnflächen entstehen zuvorderst durch die Ausweisung neuer Baugebiete. Hierbei ist jedoch immer zu beachten, dass die Ausweisung von neuen Baugebieten Flächen versiegelt und Naturraum zurückdrängt. Daher wollen wir eine besondere Priorität auf qualitatives Wachstum durch Umwandlung sowie Weiterentwicklung von bestehenden, bereits versiegelten Flächen legen.

Wiesbaden kann dem wachsenden Wohndruck aber nicht ohne die Ausweisung neuer Baugebiete begegnen. Der allgemeine Anstieg der Mietpreise kann nur durch die Schaffung zusätzlichen Wohnraums gestoppt werden. Die Freien Demokraten setzen sich daher für eine schnelle Ausweisung der noch in Wiesbaden bestehenden Potentialflächen als Baugebiete ein. Bei der Bauleitplanung ist der Flächenmangel zu berücksichtigen. Neue Baugebiete sollen deswegen möglichst intensiv bebaut werden. Dass dies auch architektonisch wertvoll funktioniert, zeigt die dicht bebaute und hochnachgefragte Innenstadt. Insbesondere das Projekt Ostfeld, aber auch die Neubaugebiete in Nordenstadt, Dotzheim oder Bierstadt sind für uns ein zentraler Bestandteil der Weiterentwicklung der Stadt.

Konzeptvergaben stärker nutzen

Wir fordern, Grundstücke verstärkt nicht an den höchstbietenden Investor zu verkaufen, sondern an denjenigen mit dem besten ganzheitlichen Konzept. Dabei muss nicht nur die Menge des neu geschaffenen Wohnraums, sondern die Entwicklung eines lebendigen urbanen Lebensraumes stärker gewichtet werden. Bei Neubauprojekten wollen wir die Schaffung von Tiefgaragen weiter forcieren. Diese schaffen zusätzlichen Parkraum, der nicht zu Lasten anderer Flächen geht. Die Berücksichtigung von alternativen Mobilitätskonzepten (bspw. Carsharing) soll sich dabei positiv im Rahmen der Konzeptvergabe auswirken.

Auch bei neuen Baugebieten ist auf eine ausgewogene soziale Durchmischung zu achten. Deswegen soll an diesen Stellen auch sozial geförderter Wohnraum umgesetzt werden. Um die soziale Durchmischung zu erhalten lehnen wir auch die Aufstellung von Bebauungsplänen, die alle Wohnflächen für den sozialen Wohnungsbau vorsehen, ab. Mit städtischen Vorkaufsrechten muss zurückhaltend umgegangen werden, denn auch der Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht als Garant für schnelles und kostengünstiges Bauen erwiesen.

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete muss sowohl die soziale Infrastruktur als auch der soziale Wohnungsbau immer parallel mitgedacht werden. Private Investoren sollen im Wohnungsbau grundsätzlich Vorrang vor den städtischen Gesellschaften SEG, GWW und GeWeGe erhalten. Beim Bau neuer Wohngebiete wollen wir darüber hinaus möglichst viele mittelständische und kleine Investoren (Baugemeinschaften) berücksichtigen, sofern sie seriöse Finanzierungen vorlegen können. Im Interesse aller Beteiligten müssen die Planungsprozesse dabei möglichst transparent sein.

Ostfeld als Chance

Die Freien Demokraten Wiesbaden sehen im Projekt Ostfeld eine große Chance, neuen lebendigen und urbanen Wohn- und Lebensraum zu schaffen. Der Stadtteil soll dabei als Modellgebiet für modernen, klimafreundlichen Bau mit einem hohen Grünflächenanteil bspw. durch intelligente Baubegrünung dienen. In diesem Zusammenhang ist für uns wichtig, dass die Eingriffe in die bestehende Natur möglichst gering bleiben. Auch moderne Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser können hier realisiert werden und bringen die Zukunft des Städtebaus nach Wiesbaden.

Wir wollen weiterhin sicherstellen, dass das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden bleibt. Das geht nur mit einem neuen zentralen Campus im Ostfeld. Die Zusammenführung der verschiedenen BKA-Standorte bietet die Chance, dass die bisher genutzten Standorte im Wiesbadener Stadtgebiet anders und besser genutzt werden können. Die verschiedenen Verkehrsströme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA können besser gebündelt werden und so den Verkehr in der Stadt grundsätzlich entlasten. Zusätzlich stehen im Ostfeld noch weitere Gewerbeflächen zur Verfügung, auf denen Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zur Realisierung des Ostfelds sehen wir das Instrument der städtebaulichen Entwicklungssatzung jedoch nur als letztes Mittel an. Aus Sicht der Freien Demokraten wäre es notwendig gewesen mit den momentanen Eigentümerinnen und Eigentümern im Ostfeld zunächst intensiv über einen Ankauf der benötigten Flächen zu verhandeln - und zwar bevor eine Entwicklungssatzung, die auch Enteignungen möglich macht, beschlossen wird. Enteignungen können immer nur das letzte Mittel zur Verwirklichung städtischer Projekte sein. Die FDP Wiesbaden ist gegen Enteignungen. CDU, SPD und Grüne sind leider einen anderen Weg gegangen.

Verweis: Zum Thema klimafreundliches Bauen siehe Kapitel Umwelt und Energie

Mehr Wohnraum in Wiesbaden

Wir werden stadtteilbezogen prüfen, inwieweit in Wiesbaden Nachverdichtungen des Wohnraums möglich sind. Dabei untersuchen wir auch, inwieweit stadtplanerisch eine Aufstockung von bestehenden Gebäuden möglich sein kann. Um die Kosten für die Bauverantwortlichen beherrschbar zu machen und statische Probleme zu umgehen, sollen Bauverantwortliche animiert werden, auch Aufstockungen aus Holz als echte Alternative zu einer Bauweise aus Stein zu prüfen und umzusetzen. Holz ist ein moderner Baustoff, der alle Anforderungen an eine zeitgemäße Bauweise erfüllt und viele Vorteile gegenüber der konventionalen Bauweise bietet. Dies gilt auch für andere Baustoffe. Die FDP wird dafür sorgen, dass die vielen, teilweise wenig bekannten Förderprogramme für Bauen, Modernisieren und Renovieren der Stadt, des Landes, des Bundes und der Förderbanken breiter öffentlich bekannt gemacht werden und Bauherrinnen und Bauherren sich hierzu umfassend beraten lassen können.

Die Stadtverwaltung soll bei Bauprojekten Partner und nicht Bürokrat sein. Genehmigungsverfahren sollen schnellstmöglich digitalisiert und dadurch beschleunigt werden. Wir wollen privaten Bauverantwortlichen eine Garantie geben, eine Vollständigkeitsprüfung aller eingereichten Unterlagen innerhalb von vier Wochen durchzuführen.

Verweis: Zum Thema schnellere Baugenehmigungen siehe auch Kapitel Wirtschaft

Wir möchten nicht, dass sich nach der Freude über eine gefundene Wohnung schnell die Ernüchterung über mangelnde Anschlüsse breit macht. Die städtischen Wohnbaugesellschaften sollen daher die Glasfaseranschlüsse nicht nur bis zum Grundstücksanschlusspunkt, sondern direkt bis in die Keller legen, sodass seitens der Mieterinnen und Mieter die technische Infrastruktur auch zügig genutzt werden kann, ohne dass weitere Bauarbeiten notwendig sind.

Wiesbaden ist mit der Hochschule Rhein-Main, der Hochschule Fresenius und der EBS Universität für Wirtschaft und Recht eine Stadt mit ca. 14 000 Studentinnen und Studenten. Dazu kommen mehrere tausend Azubis, die jedes Jahr bei Wiesbadener Unternehmen ihre Ausbildung beginnen. Für diese jungen Menschen ist bezahlbarer Wohnraum in Wiesbaden jedoch rar gesät. Die Zurverfügungstellung von Wohnraum für diese Zielgruppen (klassische Studentenwohnheime, aber auch neue Wohnformen) mit oft sehr geringen Platzanforderungen pro Wohnung ist eine Aufgabe, die von städtischen Gesellschaften übernommen werden kann. So wird auch der Wohnungsmarkt in der Stadt selbst entlastet.

Die Freien Demokraten wollen sich für die Schaffung einer digitalen Wohnbörse, in der Plätze in Studentenwohnheimen angeboten werden einsetzen. Auf Wunsch können dort selbstverständlich auch private Vermieterinnen und Vermieter inserieren. Die Entwicklung könnte über ein gemeinsames Projekt der Stadt, digitalen Start-Ups sowie der Hochschulen gestemmt werden.

Wir wollen den Wegzug junger Familien, die in Wiesbaden keinen passenden und bezahlbaren Wohnraum finden, vermeiden. Deshalb wollen wir durch den Abbau von politischen und bürokratischen Auflagen das Bauen und damit auch den Erwerb von Eigentum und die Mieten kostengünstig halten. Wir wollen die Stellplatzsatzung novellieren, um die direkten Baukosten zu senken. Gerade im innerstädtischen Bereich sorgt diese dort wo aus Platzgründen keine Parkplätze mehr geschaffen werden können für eine Verteuerung der Baukosten. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Ablösezahlungen im Garagenfonds nicht zur Schaffung von Parkplätzen, sondern für andere politische Projekte verwendet wurden. Dort wo sich der Bau von Tiefgaragen lohnt, haben die Bauherren aufgrund von exzellenten Verkaufs- bzw. Vermietungsaussichten unabhängig von städtischen Vorgaben einen Anreiz zu bauen. Darüber hinaus wollen wir ein fünfjähriges Moratorium

für städtische Gebühren wie bspw. Abfall oder Entsorgungsgebühren, um den Anstieg der “zweiten Miete” zu begrenzen. Diese Gebühren sollen nur im Rahmen der allgemeinen Inflation steigen dürfen.

Verweis: zu den Wohnraum betreffenden Steuern wie Grundsteuer B siehe Abschnitt Finanzen

Auch in den Altbauvierteln der Innenstadt ist architektonisch verträgliches Nachverdichten möglich. Hier können zum Beispiel über den Ausbau von Dachgeschossen neue Wohnflächen geschaffen werden. Bei niedrigen Gewerbegebäuden (z.B. Supermärkte und Discounter) kann durch Aufstockung ein Flächenupcycling entstehen.

Wir unterstützen den Verkauf von Wohnungen der städtischen Wohnbaugesellschaften an ihre Mieter, um es mehr Menschen zu ermöglichen, Eigentum zu erwerben. Zur Verhinderung von Wertspekulationen wollen wir aber der Stadt ein Rückkaufrecht sichern, sofern der Mieter die Immobilie innerhalb von 10 Jahren weiterveräußern möchte.

Vorgaben, die den Wohnungsbestand einfrieren und gegen Veränderungen schützen sollen sind aus unserer Sicht nicht zielführend, um mehr Menschen bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. Sowohl die Mietpreisbremse als auch Milieuschutzsatzungen lehnen wir ab. Insbesondere notwendige Investitionen in die bestehende Baumasse und energetische Sanierungsmaßnahmen werden durch diese Regelungen verhindert. Wir sehen derzeit keinen Anlass, Regelungen für die kurzfristige Vermietung von Wohnraum über Plattformen wie Air B'n'B aufzustellen. Die Praxis zeigt, dass hier dem Wohnungsmarkt derzeit nahezu keine Wohnungen entzogen werden und eine getrennte Regelung daher nicht notwendig ist.

Sozialer Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau ist eine wichtige Säule, um Menschen mit geringem Einkommen eine bezahlbare Wohnung in der Stadt zu ermöglichen. Neben der bestehenden Zielgröße von 22% für den sozialen Wohnungsbau bei größeren Neubauprojekten sind hier besonders die städtischen Gesellschaften (GWW und GeWeGe) gefragt, für die bereits eine verpflichtende Quote von 30 % gilt. Genossenschaften und Baugemeinschaften sind darüber hinaus für den sozialen Wohnungsbau besonders geeignet.

Der Ankauf von Belegungsrechten ist für uns zur flexiblen Reaktion auf einen temporären Engpass an sozialem Wohnungsbau ein probates Mittel, sollte aber nicht flächendeckend eingesetzt werden. Da das Land den Kommunen keine Wahl bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe lässt, werden wir dafür sorgen, dass der Großteil der Einnahmen durch die Abgabe direkt wieder in die betroffenen Stadtteile fließt.

Partnerschaften

Wiesbaden als Teil des Rhein-Main-Gebiets und Europas

Die Corona-Pandemie hat auch den Austausch zwischen den Städtepartnern und den Partnerschaftsvereinen erschwert. Wir setzen uns daher für eine verstärkte Förderung der Partnerschaftsvereine ein. Wir machen uns dafür stark, dass die Stadt Wiesbaden sich ständig darum bemüht weltweit mit geeigneten Städten in Kontakt zu treten, um sie für neue Partnerschaften zu gewinnen. Das Band zwischen Wiesbaden und unseren Partnerstädten soll insbesondere durch Schüleraustausche gestärkt werden. So können SchülerInnen an die europäische Einigung herangeführt werden. Im besten Fall können so neue Engagierte für die Partnerschaftsvereine gefunden werden. Unsere Partnerstädte stehen in vielen Politikfeldern vor ähnlichen Herausforderungen. Klimawandel, Mobilität und Wohnraum sind auch in einigen unserer Partnerstädte ein Dauerthema. Wir streben daher auch einen verstärkten Austausch auf Politik- und Verwaltungsebene an und können uns auch den zeitweiligen Austausch von Verwaltungsbediensteten vorstellen, um von anderen Städten und Verwaltungen zu lernen.

Bereits zu Beginn der Wahlperiode werden wir den Beitritt Wiesbadens zum Regionalverband FrankfurtRheinMain prüfen. Es war ein historischer Fehler, keinen Platz an dem Tisch einzufordern, der über die Zukunft des Rhein-Main-Gebietes entscheidet. Diesen Fehler wollen wir revidieren. Die Herausforderungen der Metropolregion können wir nur gemeinsam lösen. Ohne einen Beitritt zum Regionalverband drohen die anderen Städte und Gemeinden in Fragen wie Mobilität oder Raumplanung über unsere Köpfe hinwegzuentscheiden. Wiesbaden muss daher in der Regionalpolitik sichtbarer werden und gemeinsam mit den anderen Kommunen des Rhein-Main-Gebietes eine Zukunftsstrategie für die Herausforderungen der Region entwickeln. Wir möchten die Arbeit der EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH insbesondere bei der Entwicklung von Wohnbauflächen weiter ausbauen und fördern, um uns insbesondere mit den umliegenden Kreisen und Regionen abzustimmen.

Die Freien Demokraten setzen sich seit vielen Jahren für die Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet ein. Ziel dieser Bauausstellung soll es sein, Architekten und Architektinnen sowie Stadtplanerinnen und Stadtplanern die Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen von dichtem, nachhaltigem und klimaangepasstem Bauen zu demonstrieren. Wiesbaden sollte für diese Vorstellungen bei den anderen Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet und beim Land Hessen werben.

Die Amerikanischen Gaststreitkräfte sind ein Teil der Wiesbadener Stadtgesellschaft und mit ihren knapp 20.000 Angehörigen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir begrüßen das kontinuierliche Engagement der USA in Wiesbaden. Mit dem Umzug von AFRICOM wird der Army-Standort zudem gestärkt. Wir werden uns weiterhin für eine gute Zusammenarbeit einsetzen. Dazu gehört eine möglichst lärmarme Nutzung des Erbenheimer Airfields.

Mit dem Zuwachs an Stellen in der Europäischen Zentralbank stellt sich langfristig auch die Frage nach einer zusätzlichen Europäischen Schule bzw. einer "Anerkannten Europäischen Schule" im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden sollte aktiv um die Ansiedlung einer solchen Schule werben, die neben dem europäischen Gedanken auch den Bildungs- und Wirtschaftsstandort stärkt.

Innenstadt

Verkaufsoffene Sonntage

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage in Wiesbaden ein. Dabei setzen wir uns für die Ausschöpfung der landesgesetzlichen Regelungen ein. Damit würde nach derzeitigem Stand mindestens ein verkaufsoffener Sonntag hinzukommen.

Einfache Erreichbarkeit mit ÖPNV, Rad und Auto

Die Verkehrspolitik des Magistrats hat in den letzten Jahren den Wiesbadener Einzelhandel belastet und war gleichzeitig ein Konjunkturpaket für Amazon und die Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Die Freien Demokraten sind sich bewusst, dass sich der stationäre Einzelhandel im Wettbewerb mit den Versandhändlern, Onlineshops und großen Einkaufszentren wie dem Main-Taunus-Zentrum befindet. Wir wollen deswegen die Erreichbarkeit der Innenstadt verbessern, indem wir die Parkgebühren in den städtischen Parkhäusern stabil halten, die Anzahl der Fahrradstellplätze am Rande der Innenstadt deutlich erhöhen und die Aufenthaltsqualität an den Bushaltestellen verbessern.

Unterstützung der Gastronomie

Die Corona-Pandemie hat die Wiesbadener Gastronomie ganz besonders hart getroffen. Obwohl viele Betriebe erheblich in Hygienekonzepte investiert hatten, wurden diese bundesweit wieder geschlossen. Um ein Aussterben der Gastronomie zu verhindern, setzen wir auf eine Entlastung der Gastronomen. Wir wollen die Außengastronomie für die gesamten Jahre 2021 und 2022 von Sondernutzungszahlungen befreien. Für die Zukunft soll als Sondernutzungsgebühr nur noch der reine Verwaltungsaufwand für die Ausstellung und Prüfung der Sondernutzung erhoben werden. Gaststätten, die bisher keine Möglichkeit hatten, Außengastronomie anzubieten, sollen, sofern dies realisierbar ist die Möglichkeit erhalten, über sogenannte Parklets Parkflächen vor der Gaststätte für die Außengastronomie zu nutzen. Ein Heizpilzverbot in den Wintermonaten lehnen wir weiterhin ab. Auch eine generelle Sperrstunde wird es mit uns nicht geben.

Sauberkeit der Fußgängerzone

Viele BesucherInnen der Wiesbadener Innenstadt beschwerten sich über die dort herrschende Verschmutzung. Die Stadt steht deswegen in der Pflicht, für mehr Sauberkeit zu sorgen. Dies wollen wir u.a. durch eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Mülleimer in der gesamten Fußgängerzone sicherstellen. Mit den Einzelhändlern und Gastronomen in der Fußgängerzone wollen wir ein rechtssicheres Modell entwickeln, dass eine häufigere Reinigung der neuralgischen Stellen, ohne massive Kostensteigerungen für die Anlieger, ermöglicht.

Leerstand kreativ nutzen

Bereits heute ist der Leerstand in der Innenstadt deutlich sichtbar. Leere Ladengeschäfte und zugeklebte Schaufensterscheiben lassen das Flair der Innenstadt leiden. Die Wirtschaftsförderung soll über ein professionelles Leerstandsmanagement Abhilfe schaffen. Konkret soll mit den Eigentümern leerer Einzelhandelsflächen über Zwischennutzungen beispielsweise über Pop-Up Stores oder andere kurzfristige Vermietungen gesprochen werden. Start-Ups, Kulturinitiativen und Direktvermarktern soll die Möglichkeit gegeben werden, leerstehende Flächen zu vergünstigten Mietzahlungen bei kurzen Kündigungsfristen zu nutzen.

Zukunft der ehemaligen Citypassage

Nachdem bereits die ursprünglichen Planungen zu Abriss und Umnutzung der ehemaligen City-Passage im Sande verlaufen sind, droht auch der zweite Anlauf zu scheitern. Die City-Passage im Herzen der Fußgängerzone steht seit mehr als fünf Jahren leer. Die mit der Entwicklung beauftragte Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) muss hier zügig handeln. Entweder muss das derzeitige, gelungene Konzept mit einem Partner umgesetzt oder eine Alternativlösung gefunden werden. Da sich die genutzte Einzelhandelsfläche in den nächsten Jahren wahrscheinlich reduzieren wird, darf dann auch ein Abriss mit anschließender Wohnbebauung nicht ausgeschlossen werden, zumal so der Wohnraummangel in der Innenstadt gelindert werden könnte.

Schützenhofplatz

Nach zahlreichen Mieterwechseln in den vergangenen Jahren ist nun auch die Sportartikelkette "Karstadt Sports" aus dem ehemaligen Sportarena/Kaufland-Gebäude ausgezogen. Hier bietet sich die einmalige Gelegenheit, Stadtreparatur zu betreiben, zumal eine derart große Einzelhandelsfläche nur noch schwer vermarktbar ist. Zusammen mit dem Eigentümer soll die Stadt über eine Zukunft der Liegenschaft beraten. Wir wünschen uns eine schmale Randbebauung, während die übrige Fläche als Platz zwischen Schützenhofquelle und Altstadt gestaltet wird.

Wasserflächen und Trinkbrunnen in der Wiesbadener Innenstadt

Wasserflächen in der Innenstadt sehen schön aus, laden zum Verweilen ein und tragen im Rahmen der Klimaanpassung zur Abkühlung bei. Daher wollen wir in der Innenstadt, die unter dem ehemaligen FDP-Dezernenten Prof. Dr. Joachim Pös begonnene Schaffung von Wasserflächen durch Nutzung der unterirdisch bereits vorhandenen Quellen forcieren und bestehende Wasserstrukturen erweitern, so z.B. auf dem Kranzplatz oder dem Schlossplatz. Zudem wollen wir an mehreren Orten in der Fußgängerzone Trinkwasserbrunnen aufstellen.

Digitale Möglichkeiten insbesondere zu Pandemiezeiten nutzen

Viele Menschen fühlen sich unter den derzeitigen Bedingungen unwohl, in eine prall gefüllte Fußgängerzone zu gehen. Schon heute ist es möglich, die Anzahl der Besucher der Innenstadt stundengenau und vollkommen anonym zu ermitteln. Diese Mittel sollte die Stadt nutzen, um auf www.wiesbaden.de anzuzeigen, wie viele Menschen sich aktuell in der Stadt befinden. Wertet man die Daten über einen längeren Zeitpunkt aus, können so auch weitere Komfortverbesserungen umgesetzt werden, wie z.B. eine kürzere Taktung von Bussen zu bestimmten Uhrzeiten.

Stärkung des City-Managers

In den Haushaltsberatungen konnten die Freien Demokraten die Schaffung der Stelle eines City-Managers durchsetzen. Durch die Einbindung in die starre Struktur der Wirtschaftsförderung geht jedoch der Charakter des Interessensvertreters der Innenstadt verloren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der City-Manager als Stabsstelle innerhalb der Stadtverwaltung fungiert und ein eigenes Budget zur direkten und unbürokratischen Umsetzung von Fördermaßnahmen erhält.

Zufahrtsbeschränkungen für die Fußgängerzone

Obwohl europaweit schon lange etabliert, verfügt Wiesbaden über keine physischen Zufahrtsbeschränkungen für die Fußgängerzone. Die ursprünglich angekündigten sogenannten Terrorpoller lassen weiterhin auf sich warten, werden bisher nur an einer Stelle am Hauptbahnhof getestet und sind sehr kostenintensiv. Stattdessen werden lieblos gestaltete Betonquader an den Eingängen der Fußgängerzone aufgestellt. Wir setzen uns weiterhin für Poller ein, die außerhalb der

Lieferzeiten die Ein- und Ausfahrt verhindern. Krankenwagen, Polizeifahrzeuge, Taxis etc. erhalten Transponder zum Absenken der Poller. Zusammen mit fest installierten und ansprechend gestalteten Betonvorrichtungen kann so ein günstigeres und sicheres System geschaffen werden.

Feste und Events in der Fußgängerzone

Das Stadtfest hat sich in Wiesbaden etabliert, ohne jedoch ein eigenes Profil zu entwickeln oder sich in der Stadtgesellschaft zu verankern. Die Stadt bezuschusst das Stadtfest als Organisator mit mehreren hunderttausend Euro jährlich, obwohl der Nutzen umstritten ist. Wir wollen daher eine Evaluierung des Stadtfestes vornehmen und gegebenenfalls gemeinsam mit dem City-Manager, der Gastronomie und dem Einzelhandel, über Möglichkeiten zur Neuausrichtung beraten. Die weiteren größeren Feste in der Stadt (Bspw. Rheingauer Weinwoche, Kranzplatzfest, Theatrium, Taunusstraßenfest, Schiersteiner Hafenfest etc.) wollen wir unbürokratisch unterstützen.

Die Winterstubb wird von den Wiesbadenern gut angenommen und sollte daher fortgeführt werden. Die Idee, ein ähnliches Konzept auch in der warmen Jahreszeit umzusetzen, haben wir von Anfang an unterstützt. Die bisherigen Resultate der Planungen überzeugen jedoch nicht und bleiben weit hinter den Versprechungen einer nachhaltigen Belebung des Mauritiusplatzes durch ein attraktives gastronomisches Angebot zurück. Durch die weitgehende Verbauung des Platzes gefährden die Pläne darüber hinaus die bereits am Platz bestehenden Gastronomie- und Einzelhandelsangebote. Wir treten daher für eine Neuausschreibung und eine transparentere Entscheidungsfindung ein, auch wenn dies eine Verzögerung der Umsetzung bedeuten sollte.

Nachtleben

Viele Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger beklagen den Niedergang des Wiesbadener Nachtlebens über die letzten Jahrzehnte. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: Neben dem veränderten Ausgehverhalten haben auch die zahlreichen Konflikte zwischen Gastronomen und Anwohnern zur Schließung zahlreicher Lokale und Nachtclubs geführt. Um Konflikte schon in einer frühen Phase zu lösen, fordern wir die schnelle Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, einen sogenannten Nachtbürgermeister einzusetzen, der an der Schnittstelle zwischen Kultur und Nachtleben sowie Anwohnern wirkt. Bis auf weiteres soll der Nachtbürgermeister ehrenamtlich tätig sein, aber eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten.

Die FDP bemüht sich um einen quartalsweisen Austausch mit den Kulturschaffenden, dem Jugendparlament und den Clubbetreibern. Gemeinsam werden Lösungsansätze gesucht, um den Trend einer des aussterbenden Nachtlebens in Wiesbaden zu stoppen.

Hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen - Vorfahrt für Arbeit

Trotz des Wirtschaftsbooms der letzten Jahre hatte Wiesbaden schon vor der Corona-Pandemie eine im Rhein-Main-Vergleich hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Nur Offenbach schneidet in dieser Statistik noch schlechter ab als die Stadt Wiesbaden. Unsere Nachbarstadt Mainz steht dagegen deutlich besser da. Durch den Strukturwandel drohen weitere Arbeitsplätze in Einzelhandel und Industrie verloren zu gehen. Wiesbaden muss daher für die Ansiedlung neuer Unternehmen aktiv werben und darf den bestehenden Arbeitgebern bei ihrem Weg in die Zukunft keine Knüppel zwischen die Beine werfen.

Dem Fachkräftemangel entgegenreten

Berufliche Bildung stärken

Der Fachkräftemangel stellt Unternehmen in ganz Deutschland vor große Herausforderungen. Um Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir die duale Bildung, um die uns weite Teile der Welt beneiden, weiter stärken. Leider haben weder Ausstattung noch Lehrinhalte in den beruflichen Schulen mit den Entwicklungen in den Unternehmen schritthalten können. Von kommunaler Seite muss zuvorderst die digitale Ausstattung der Berufsschulen auf Vordermann gebracht werden. Unternehmen müssen erwarten können, dass ihre Auszubildenden in den Schulen auf einem vergleichbaren technischen Standard arbeiten wie in den Ausbildungsbetrieben selbst. Neben den von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mitteln aus dem Digitalpakt werden wir weiter in die Digitalisierung der Schulen investieren und wollen neben modernen Ausbildungsgeräten mittelfristig alle Schüler mit eigenen digitalen Endgeräten ausstatten.

Beim städtischen Ausbildungsbetrieb WJW werden wir darauf achten, dass zukünftig insbesondere in Mangelberufen ausgebildet wird.

Lebenslanges Lernen ersetzt lebenslange Jobs

Digitalisierung, Automatisierung und Robotik werden in den nächsten Jahrzehnten viele Jobs überflüssig machen, während gleichzeitig neue Berufsbilder entstehen. Gemeinsam mit dem Land Hessen wollen wir die Kapazitäten zur Weiterbildung, Umschulung und Höherqualifizierung insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im mittleren Alter erhöhen.

Schwarmstadt für junge Menschen werden – und Absolventinnen und Absolventen halten

Vor dem Hintergrund, den Standort für qualifizierte Nachwuchskräfte weiterhin attraktiv zu gestalten, wollen wir eine Verbesserung der Infrastruktur und der Umfeldbedingungen für junge Menschen, z.B. durch die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Wir begrüßen Kooperationen und eine verstärkte Interaktion mit der Hochschule RheinMain, den anderen in Wiesbaden ansässigen Hochschulen sowie privaten Bildungsträgern, initiiert durch die Stadt. Studentinnen und Studenten sollten mehr in das Stadtleben integriert werden, z. B. durch Prämierungen und mehr Raum für Ausstellungen von Abschlussarbeiten sowie die Gründung eines Forums für High-Potentials.

Insgesamt soll sich Wiesbaden aktiv als hochklassiger Bildungsstandort mit ausgezeichneten Ausbildungsbetrieben und einer ebenso vielfältigen wie hochklassigen Hochschullandschaft positionieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen

Mit dem Ausbau der Betreuungsplätze wollen wir sicherstellen, dass Eltern ohne langjährige Unterbrechungen in ihren Beruf zurückkehren können. Der Ausbau der Betreuungsplätze in Krippen, Kitas und Grundschulen ist deswegen auch ein Beitrag zum attraktiven Wirtschaftsstandort. Unternehmen, die als Teil ihrer Personalstrategie eigene Betriebskindergärten gründen und betreiben wollen, unterstützen wir dabei gerne. Gleichzeitig wollen wir auch kleinere Unternehmen dabei unterstützen, die Hilfe greifen, gemeinsam mit anderen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) überbetriebliche Kitas zu schaffen.

Verweis: Zum Ausbau der Betreuung und der Betreuungszeiten siehe Kapitel Familie und Bildung

Ansiedlungspolitik und Standortmarketing

Wiesbaden muss zukünftig wieder aktiv um Investoren und ansiedlungswillige Unternehmen werben. Dazu werden wir eine aktive Investorenleitstelle einrichten, die ansiedlungswillige Unternehmen gemeinsam mit dem Liegenschaftsamt und dem Bauaufsichtsamt vom ersten Kontakt bis zur Betriebsaufnahme begleitet.

Der Wirtschaftsstandort Wiesbaden muss sich als eigene Marke begreifen, die für ein wachstumsfreundliches Klima im Herzen der Metropolregion FrankfurtRheinMain mit hervorragender Anbindung an den Finanzstandort Frankfurt sowie den bedeutendsten deutschen Flughafen steht und mit gut ausgebildeten Fachkräften und einer ausgezeichneten Lebensqualität wirbt.

Gemeinsames Vorgehen in RheinMain

Wir setzen uns für ein gemeinsames Standortmarketing für die Metropolregion FrankfurtRheinMain ein. In den letzten Jahren hat der Standort schwere Rückschläge erlitten. Die meisten vom Brexit betroffenen multinationalen Unternehmen haben sich gegen Frankfurt am Main als neues europäisches Hauptquartier entschieden, was auch am mangelnden Engagement der Landesregierung und des Wirtschaftsministers lag. Die unbedachten Äußerungen des Frankfurter Oberbürgermeisters haben zum Wegzug der Internationalen Automobil-Ausstellung beigetragen. Die Wiesbadener Stadtpolitik muss verstehen, dass der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt maßgeblich vom Wohlergehen der gesamten Rhein-Main-Region abhängt und sich dementsprechend auch in regionale Debatten einmischen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Wirtschaft und Verkehr, aber auch die Raumplanung in der Metropolregion. Deswegen wollen wir einen Beitritt zum Regionalverband FrankfurtRheinMain prüfen.

Gründungshauptstadt Wiesbaden – Hotbed für Innovation und Wertschöpfung

One-Stop-Shop für Gründerinnen und Gründer

“In den USA geht man zum Gründen in die Garage, in Deutschland geht man aufs Amt.” Dieser Ausspruch zeigt, dass die Existenzgründung auch in Wiesbaden deutlich vereinfacht werden muss. Gründerinnen und Gründer sollen in der Stadtverwaltung einen One-Stop-Shop vorfinden, der sie durch alle Phasen der Gründung leitet und ihnen bei Bedarf Hilfe vermittelt, z.B. bei der städtischen Wirtschaftsförderung, bei Exina oder der Industrie- und Handelskammer. Dort wo andere öffentliche Stellen zuständig sind, z.B. Berufsgenossenschaften oder das Registergericht, soll die Wirtschaftsförderung aktiv auf diese zugehen und Prozesse entwickeln, die einen schnellen und reibungslosen Gründungsservice ermöglichen.

Technologietransfer

Mit der Hochschule RheinMain, der Hochschule Fresenius sowie der EBS Universität für Wirtschaft und Recht verfügt die Landeshauptstadt Wiesbaden über einen Think Tank aus mehreren tausend jungen, dynamischen und kreativen Köpfen. Dieses Potential sollte im Interesse der Studentinnen und Studenten sowie der Stadt gefördert werden. Die FDP fordert den Ausbau des Wissenschaftsstandorts Wiesbaden und des Wissens- und Technologietransfers aus der Uni heraus. Mithilfe der Industrie- und Handelskammer sowie den Wiesbadener Hochschulen wollen wir die Existenzgründung aus der Uni bzw. der Hochschulen heraus stärken. Das ist gelebter Technologietransfer und hält kluge Köpfe am Wirtschaftsstandort Wiesbaden. Diese Kooperationen sollen nicht nur von öffentlicher Hand gefördert werden, auch die Kooperation mit privaten Unternehmen in Wiesbaden stellt hier eine essentielle Säule dar.

Wiesbaden Valley

Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung eines innovativen Forschungs- und Technologiezentrums in Wiesbaden ein. Mit dem sogenannten Wiesbaden Valley wollen wir jungen, engagierten und hochinnovativen Unternehmen die Möglichkeit geben, zu günstigen Mietpreisen Technologieflächen wie Labore und/oder spezielle Werkflächen zu nutzen. Um einen besonders hohen Nutzen für Stadt, Wissenschaft und Gründungswillige zu erzielen, wollen wir in das Projekt auch überregionale Forschungseinrichtungen und private Investoren einbinden. Zudem soll am Technologiezentrum eine Koordinierungsstelle für die Einwerbung von Wagniskapital und Business Angels angedockt werden.

Gründungsstipendium

Das von den Freien Demokraten durchgesetzte Gründungsstipendium muss endlich umgesetzt werden. Wir wollen, dass die Stadt pro Jahr sechs GründerInnen bei der Umsetzung ihrer Ideen finanziell unterstützt. Die von einer Jury ausgewählten GründerInnen erhalten über 12 Monate ein Stipendium von 1500 Euro monatlich, damit sie sich völlig auf die Umsetzung ihrer Idee konzentrieren können.

Regulatory Sandboxes

Mit neuen Technologien und dem Vormarsch der Sharing Economy stellen sich auch neue Herausforderungen für die städtische Verwaltung. Leider reagiert die staatliche Verwaltung auf allen Ebenen zu häufig abwehrend gegenüber neuen Geschäftsmodellen. Anstatt neue Ansätze kaputtzuregulieren, setzen wir uns auch auf städtischer Ebene für kluge Lösungen ein. Regulierung soll sich – dort wo sie überhaupt notwendig ist – mit den Geschäftsmodellen flexibel entwickeln können. Ein Positivbeispiel hierfür ist die gemeinsame Entwicklung von Regelungen mit den E-Scooter-Anbietern in Wiesbaden. Wir wollen diesen Ansatz auch auf andere, neue Geschäftsmodelle anwenden und die Anbieter dabei insbesondere zur Verfügungstellung von nicht-personenbezogenen Daten für die Stadtverwaltung ermutigen.

Die Wirtschaft im Stich machen lassen

Gewerbesteuerbelastung

Die hohen Wiesbadener Gewerbesteuerhebesätze schrecken viele Unternehmen ab und stellen neben den knappen Gewerbeflächen einen signifikanten Nachteil für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden dar. Daher wollen wir den Gewerbesteuerhebesatz wieder auf den bis 2016 gültigen Satz von 440 Punkten senken. Beim Land Hessen werden wir nachdrücklich einfordern, dass sich eine Senkung des Hebesatzes nicht negativ auf die Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich auswirken darf.

Der beste Weg zur Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen ist für uns eine effektive Standortpolitik, die neue Unternehmen in der Stadt ansiedelt, bestehende Betriebe in ihrem Wachstum unterstützt und durch niedrige steuerliche und bürokratische Belastung eine prosperierende Wirtschaftslandschaft ermöglicht.

Bürokratieabbau

Indem wir den analogen Behördengang durch digitale Prozesse ersetzen, wollen wir Unternehmen und Selbständigen viel Zeit ersparen. Gleichzeitig wollen wir durch ein Refit-Programm alle städtischen Kontaktpunkte zwischen Stadt und Unternehmen überprüfen, um schnelle und einfache Prozesse umzusetzen. Digitalisierung bedeutet für uns dabei nicht, ineffiziente analoge Prozesse digital nachzubilden, sondern diese Prozesse komplett zu überdenken und sie so zu verschlanken, zu automatisieren und transparenter zu gestalten.

Transparente Vergaben

Wir setzen uns für eine transparente Ausschreibung aller maßgeblichen Beschaffungen der Landeshauptstadt Wiesbaden ein. Dabei treiben uns zwei Ziele an: Fehlerhafte Vergaben, wie bei ESWE Verkehr, dürfen nicht mehr passieren. Zudem sollen insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen von den Vergaben durch die öffentliche Hand profitieren. Deswegen sollen, unabhängig von Vergabegrenzen, die durch EU-Recht vorgegeben sind, alle Ausschreibungen der Stadtverwaltung und städtischer Gesellschaften über einer Grenze von 50.000 Euro netto gesammelt und auf der Homepage der Stadt mindestens vier Wochen lang veröffentlicht werden. Davon profitiert die Stadtkasse: mehr Wettbewerb bedeutet sinkende Preise. Davon profitiert die Wirtschaft: Sie erfährt von städtischen Aufträgen, die ihr bisher verborgen geblieben wären. Sachfremden Erwägungen, die darauf ausgerichtet sind, bestimmte Firmengruppen zu bevorzugen oder ideologische Vorstellungen durchzusetzen, sollen unserer Meinung nach nicht im Ausschreibungstext der Stadt auftauchen. Vergabeentscheidungen müssen besser als bisher dokumentiert werden, um Korruption und Vetternwirtschaft zu verhindern.

Schnellere Erteilung von Baugenehmigungen

Wie aus einer Anfrage der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hervorgeht, müssen Bauherren in Wiesbaden besonders lange auf ihre Baugenehmigung warten. Das schädigt die Bauwirtschaft ebenso wie die investitionswilligen Unternehmen. Mit der Einführung des digitalen Bauamts müssen die Bearbeitungszeiten deutlich gesenkt werden; insbesondere soll bereits bei Einreichen des Bauantrags bereits mittels KI-Anwendungen überprüft werden, ob weitere Unterlagen notwendig sein könnten und der Antragsteller oder die Antragstellerin sofort benachrichtigt werden.

Durch die Weiterentwicklung des Geoportals wollen wir einen digitalen Zwilling unserer Stadt schaffen, mit dem Stadtplanerinnen und -planer digital planen können. BIM-Verfahren sollen in wenigen Jahren die Regel bei öffentlichen und privaten Bauprojekten sein.

Verweis: Zu Baugenehmigungen beim Thema Wohnbau siehe auch Kapitel Stadtentwicklung/Mehr Wohnraum in Wiesbaden

Zahlungsmoral muss sich verbessern

Die Zahlungsmoral der städtischen Verwaltungen lassen bundesweit zu wünschen übrig. Häufig werden Rechnungen erst nach Zahlungserinnerungen oder "auf den letzten Drücker" bezahlt. Das belastet insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbständige unnötig.

Schnellstmöglich werden wir daher komplett auf die elektronische Kassenverwaltung umstellen, mit der Rechnungen vorrangig elektronisch empfangen und bearbeitet werden können.

Zertifizierung als mittelstandsfreundliche Kommune

Die Freien Demokraten wollen Wiesbaden als "mittelstandsfreundliche Kommune" zertifizieren lassen. Dabei verpflichtet sich die Stadtverwaltung u.a. dazu, Unternehmen bei Anträgen und Anfragen schnell zu antworten, Fristen einzuhalten und eine mittelstandsfreundliche Politik zu betreiben. Die Erfüllung dieser Ziele wird regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Wiesbaden wäre nicht nur die erste Kommune im Rhein-Main-Gebiet, die sich als "mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung" zertifizieren ließe, sondern auch die mit Abstand größte Stadt bundesweit.

Wiesbadens Stärken stärken - Konsequente Standortpolitik

Gesundheitsstadt Wiesbaden

Wiesbaden muss sich als Standort für Unternehmen und Institutionen aus der Gesundheits- und Medizinbranche offensiver positionieren. Wiesbaden verfügt nicht nur über eine gute medizinische Grundversorgung, sondern mit der Deutschen Klinik für Diagnostik (DKD) auch über eine Klinik mit Weltruf sowie zahlreichen erfolgreichen Unternehmen für Medizintechnik und der Pharmabranche. Sowohl an der Hochschule RheinMain als auch an der Hochschule Fresenius werden erstklassige Führungskräfte für die Gesundheitsbranche ausgebildet. Ziel muss es sein, ihnen hochwertige Arbeitsplätze vor Ort anzubieten und sie somit in unserer Stadt zu halten. Mit der Ansiedlung werden auch Ausbildungskapazitäten in der Gesundheits-, Pflege- und Pharmabranche geschaffen, die dabei helfen können, den Fachkräftebedarf in den Mangelberufen teilweise zu decken.

Handwerk

Das Handwerk hat in Wiesbaden zu selten goldenen Boden. Zu häufig werden die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe, die teilweise seit Generationen in Familienhand sind, durch Bürokratie, steuerliche Belastungen und die Verkehrspolitik gegängelt. Wir wollen durch den Abbau dieser Hemmnisse mehr Geld und Zeit für die notwendigen Investitionen geben. Durch die verbesserte Ausbildung von Fachkräften an unseren Berufsschulen und die Attraktivierung der beruflichen Ausbildung wollen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Für die Entscheidung des CDU-geführten Stadtentwicklungsdezernats, zukünftig auf fest bei der Stadt angestellte Handwerker zurückzugreifen und den Einsatz der Wiesbadener Handwerksbetriebe zu reduzieren, haben wir kein Verständnis. Die bisherige Lösung der externen Beauftragung war wirtschaftlich sinnvoll und hat die ansässigen Handwerksbetriebe unterstützt. Der neue Handwerkerhof sorgt sofort für höhere Personalkosten der Stadt und soll erst später (zweifelhafte) Einsparpotentiale bieten. Wir wollen die vom Handwerkerhof des Hochbauamtes zu erfüllenden Aufgaben auch weiterhin in die erfahrenen Hände der Wiesbadener Handwerksbetriebe geben.

Industrie

Entgegen seines Rufes als bekannte Kurstadt, ist Wiesbaden lange Zeit auch eine bedeutende Industriestadt gewesen. In den vergangenen Jahren sind viele Industrieunternehmen und damit auch Arbeitsplätze aus Wiesbaden abgewandert. Diese Abwanderungsbewegungen müssen gestoppt werden. Leider hat die Stadt aus der Industriestudie des Jahres 2016 nur wenige Schlüsse gezogen. Obwohl der Dienstleistungssektor in Wiesbaden wichtiger wird, bleibt die Industrie für Wiesbaden unverzichtbar.

Die städtische Wirtschaftsförderung und die Stadtplanungsbehörden müssen daher die bestehenden Industriegebiete zukunftsfähig aufstellen. Dazu gehört die aktive Anwerbung neuer Unternehmen, sollten alte Betriebe ihren Standort aufgeben und eine intensivere Nutzung der bestehenden Flächen. Die Abstandsregeln von Wohnbebauung zu potentiellen Erweiterungsflächen der Industrie müssen eingehalten werden.

Die Stadt muss den Wandel der Wiesbadener Industrieunternehmen zur Klimaneutralität begleiten. Deswegen lehnen wir das Shaming einzelner Unternehmen und Branchen ab. Die von Europa-, Bundes-, und Landesebene vorgegebenen Regeln sind der Rahmen, in dem sich die Stadt bewegen soll. Darüberhinausgehende Einschränkungen von städtischer Seite schaden dem Wirtschaftsstandort Wiesbaden und werden von uns abgelehnt.

Verweis: Zum Thema Flächenmanagement siehe Stadtentwicklung

Veranstaltungsbranche und Tourismus

Die Corona-Krise hat den Hotellerie- und Kongressstandort Wiesbaden ganz empfindlich getroffen. Eine vollständige Erholung ist derzeit nicht abzusehen. Wiesbaden darf die durch Corona und den technologiegetriebenen Strukturwandel entstehenden Veränderungen in der MICE-Branche (Meetings, Incentives, Conventions, Events) nicht verschlafen. Wir wollen, dass sich die Stadt auch im regionalen Standortmarketing stärker einbringt. Programme wie z.B. "Gast in der eigenen Stadt"/"Gast im eigenen Bundesland" können der gebeutelten Hotellerie helfen, das Wegbrechen von geschäftlichen Übernachtungen aber nicht kompensieren. Umso wichtiger ist ein erfolgreiches Marketing des RMCC, das in Nach-Pandemie-Zeiten bestehende Messen und Kongresse in Wiesbaden hält und Neukunden gewinnt. Dazu notwendige Investitionen, z.B. in AR- oder VR-Anwendungen unterstützen wir. Hier könnte auch die Zusammenarbeit mit internationalen Messen gestärkt werden, um Abhängigkeiten von Messen in Wiesbaden zu etablieren. Wir fordern darüber hinaus die Erarbeitung eines Konzeptes zur besseren Partizipation der Stadt Wiesbaden am Messestandort Frankfurt (insbesondere in den Bereichen Kultur, Gastro und Übernachtung).

Wiesbaden sollte sich bei der Vermarktung des Tourismus stärker mit dem Rheingau, dem Taunus und auch Mainz abstimmen, um zusätzliche Kundenpotentiale zu erschließen. Ausländischen und inländischen Touristinnen und Touristen wollen wir bessere und niedrigschwellige Angebote unterbreiten, z.B. über eine Wiesbaden-Rheingau-Card sowie eine Online-Buchungsmöglichkeit für Museumstickets und Kulturangebote. Das überregionale Standortmanagement soll dabei gerade im Hinblick auf Kulturereignisse wie die Internationalen Maifestspiele und das Rheingau Musik Festival weiter gestärkt werden. Private Initiativen und Angebote sollen dabei ausdrücklich eingeschlossen werden. Zur Stärkung der Tourismus-, Kongress- und Übernachtungsbranche wollen wir die Zusammenarbeit mit der DEHOGA und dem German Convention Bureau e.V. (GCB) weiter stärken.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor für Wiesbaden. Über das bestehende Netzwerk AAA (Access all Areas) hinaus, wollen wir die Unternehmen stärker mit den Hochschulen vernetzen und aktiv um die Ansiedlung neuer kreativwirtschaftlicher Unternehmen werben.

Wiesbaden als Standort für Wissensarbeiter und Wissensarbeiterinnen

In einer Zeit, in der die Erbringung von Arbeitsleistung immer stärker von Zeit und Ort unabhängig wird, muss sich Wiesbaden auch als Standort für mobile Wissensarbeiter und Wissensarbeiterinnen

positionieren. Die Stadt muss daher ein Interesse an einem Ausbau von Co-Working-Spaces und anderer kurzfristig nutzbaren Büroinfrastruktur haben.

Verweis: zum Ausbau der Breitbandversorgung siehe Abschnitt „Schnelle Netze“ in diesem Kapitel

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat in Wiesbaden nicht nur Tradition, sondern auch Zukunft. Wir werden die landwirtschaftlichen Betriebe weiter unterstützen, u.a. durch eine Wiederauffüllung des städtischen Entschädigungsfonds bei Wetterschäden und eine höhere Kontrolldichte der Stadtpolizei oder anderer städtischer Kräfte, um vor Ort den Obstdiebstahl einzudämmen.

Wir wollen die Wiesbadener Landwirte bei der Direktvermarktung ihrer Produkte unterstützen, z.B. über das Internet, auf den lokalen Wochenmärkten und auf dem zukünftigen Campus Mechthildshausen.

Den Wiesbadener Winzern wollen wir darüber hinaus mehr Möglichkeiten geben, ihre Produkte auch außerhalb der Rheingauer Weinwoche anzubieten. Daher setzen wir weiterhin auf den Ausbau der Weinstände in den Vororten, prüfen ob die bestehenden Weinstände auch ganzjährig betrieben werden können und wollen sie verstärkt in das Wiesbadener Marktfrühstück einbinden.

Unterstützung lassen wir dabei allen Landwirten zukommen, unabhängig davon, ob sie biologische oder konventionelle Landwirtschaft betreiben.

Wiesbaden als Wasserstoff-Vorbild

Wir wollen Wiesbaden zum Wasserstoff-Vorbild im Rhein-Main-Gebiet machen. Im ÖPNV geht Wiesbaden mit der Teilumstellung auf wasserstoffbetriebene Busse bereits mit gutem Beispiel voran. Durch eine Reaktivierung der Aartalbahn und eine Umstellung der Ländchesbahn auf Wasserstoffzüge wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Auch in der Industrie soll Wasserstoff stärker als bisher eingesetzt werden. Den dazu notwendigen Infrastrukturaufbau werden wir positiv begleiten. Auch die Herstellung von Wasserstoff kann ohne zusätzliche Emissionen als Nebenprodukt bspw. in Müllverbrennungsanlagen entstehen.

Wirtschaftlicher Erfolg lässt sich planen

Neue Gewerbeflächen

Die Freien Demokraten fordern nachdrücklich die Schaffung neuer Gewerbeflächen. Dabei sollen insbesondere kleinere Grundstücksparzellen geschaffen werden, um nicht nur flächenintensiven Betrieben Raum zu geben. Zusätzliche Flächen sind nicht nur für die Neuansiedlung von Betrieben erforderlich, sondern auch, um erweiterungswillige Wiesbadener Betriebe zu halten. Die verkehrliche Erschließung muss gewährleistet sein.

Nicht nur bei der Ausweisung, sondern auch bei der Zuweisung von Gewerbeflächen muss die Stadt ihre Serviceleistung gegenüber den suchenden Unternehmen deutlich verbessern und sich zu einem echten Partner weiterentwickeln.

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete sollen deutlich stärker als bisher "urbane Gebiete" ausgewiesen werden, in der Wohn- und Gewerbenutzung gleichberechtigt ermöglicht werden. Bestehende Gewerbeflächen sollen intensiver als bisher genutzt werden und somit die Unternutzung (z.B. als Parkfläche) reduziert werden. Um die Wirtschaftsstruktur des Stadtzentrums zu schützen, unnötige Wege zu vermeiden und die raren Gewerbeflächen besser zu nutzen, werden wir neue

Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevantem Sortiment in Gewerbegebieten nur sehr eingeschränkt zulassen.

Schnelle Netze

Hochgeschwindigkeitsnetze sind für den Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Die Bestrebungen der Gigabitregion FrankfurtRheinMain, bis 2025 alle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit glasfaserbasierten, gigabitfähigen Anschlüssen auszustatten, unterstützen wir mit allen Mitteln. Zudem werden wir den Telekommunikationsanbietern beim flächendeckenden Rollout des Mobilfunkstandards 5G helfen, indem wir Liegenschaften der Stadt und ihrer Gesellschaften für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur zur Verfügung stellen. Auf den großen Plätzen in der Innenstadt wollen wir flächendeckend schnelles WLAN – insbesondere für Gewerbetreibende – zur Verfügung stellen, um so bei Veranstaltungen und Märkten digitale Lösungen wie zum Beispiel EC-Kartenzahlung oder digitale Warenwirtschaft zu ermöglichen.

Urban Manufacturing

Nachdem die Industrie in den vergangenen Jahrzehnten aus den Stadtzentren nahezu vertrieben wurde, ermöglicht die Industrie 4.0 eine Rückkehr. Da wir eine "Stadt der kurzen Wege" anstreben, werden wir diese Entwicklung tatkräftig unterstützen. Kleinere Industriebetriebe ohne nennenswerte Schadstoff- und Lärmemissionen sollen wieder einen Platz in den Wiesbadener Quartieren haben. Daher wollen wir bei der Entwicklung des Ostfeldes mit Handwerkerhöfen auch Flächen für die verarbeitende Industrie schaffen.

Wirtschaftliche Strukturen vor Ort

In den Wiesbadener Randlagen und Vororten dünnt die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur immer stärker aus. Um die "Stadt der kurzen Wege" Realität werden zu lassen, muss die wohnortnahe Versorgung erhalten bleiben. Daher wollen wir, dass das Stadtplanungsamt und die Wirtschaftsförderung Hand in Hand arbeiten, um attraktive Ortsmitten zu schaffen, in denen die Bewohner auch in Zukunft ihren täglichen Bedarf decken können.

Solide Finanzen für eine stabile Zukunft

Solide Finanzen sind die Grundlage, um weiter in die Zukunft investieren zu können. Aus Respekt gegenüber nachfolgenden Generationen sollte die Stadt nur so viel ausgeben, wie sie einnimmt. Leider stattet das Land die Kommunen auch weiterhin nicht mit den notwendigen Mitteln aus, die für die Erfüllung aller gesetzlichen Pflichten erforderlich sind. Daher ist es für uns wichtig, nicht einfach nur jedes Jahr auf dem vergangenen Haushalt aufzubauen und die Personalkosten weiter aufzustocken, sondern stets städtische Ausgaben und Programme insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Nur so können die Mittel für Prioritätsprojekte beispielsweise in der Bildung, aber auch in allen anderen Bereichen frei werden. Zudem werden so Fehlanreize verhindert, eigentlich eingespartes Geld doch noch auszugeben, um zu verhindern, dass man es in Folgejahren nicht mehr zur Verfügung stehen hat.

In die Wiesbadener Stadtpolitik muss wieder gesunder finanzpolitischer Menschenverstand einziehen. In den letzten Jahren wurden Projekte zu häufig ohne Abwägung zwischen Nutzen und (Folge-)kosten begonnen, die sich dann durch Kostensteigerungen weiter verteuert haben. In Zeiten schlechterer Steuereinnahmen bedeutet das entweder Steuer- und Gebührenerhöhungen oder Einschnitte an anderer Stelle. Alle Großprojekte der Stadt und ihrer Gesellschaften müssen einer umfangreichen Kostenkontrolle unterliegen und von einem professionellen Projektmanagement gesteuert werden. Nicht alles kann die Stadt besser erledigen als ein privater Anbieter, deswegen bedarf es auch einer rigorosen und stetigen Aufgabenkritik. Für zukünftige Haushalte wollen wir zudem das sogenannte Zero-Based-Budgeting umsetzen, bei dem alle städtischen Budgets nicht von Jahr zu Jahr fortgeschrieben werden, sondern bei jeder Haushaltsaufstellung überprüft und evaluiert werden. So können Ausgaben, die nicht notwendig oder nicht zur Erreichung des erstrebten Ziels geeignet sind, identifiziert werden. Der Verschwendung von Steuergeldern kann so vorgebeugt werden, während wirksame städtische Maßnahmen höhere Budgets erhalten können.

Die Auswirkungen der Corona Pandemie stellen uns vor eine Aufgabe historischer Dimension. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung, der Höchststand an Kurzarbeit und die notwendigen Einschränkungen führen zu einem Rückgang der Steuereinnahmen. Diese einmalige Aufgabe zwingt alle staatlichen Ebenen zu einem entschlossenen Handeln, das nicht mit regulären Haushaltsmitteln bewältigt werden kann. Für uns ist es wichtig, geplante Investitionen in die Zukunft weiter durchzuführen, auch wenn es einen temporären Einbruch der Einnahmen gibt. In Zukunft wollen wir aber wieder Rücklagen bilden, um in schlechten Zeiten darauf zugreifen zu können.

Solide Haushaltspolitik heißt nicht nur in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen viel zu erreichen, sondern auch in mageren Zeiten Projekte verwirklichen zu können. Dazu ist eine klare Priorisierung von Aufgaben und Projekten notwendig, die umso schwieriger wird, je weniger Geld insgesamt zur Verfügung steht. Wir setzen uns deshalb für einen transparenten und verständlichen Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger ein, damit diese selbst einen Überblick darüber bekommen, welche politische Prioritätensetzung vorgenommen wurde.

Verweis: Zum Gewerbesteuerhebesatz siehe Kapitel Wirtschaft

Die Hundesteuer ist für die Stadt Wiesbaden eine zu vernachlässigende Einnahmenquelle, der relativ geringe tatsächliche Kosten gegenüberstehen. Wir halten es nicht für sinnvoll die vierbeinigen

Begleiter, die für viele Menschen nicht unerheblich zur Bekämpfung von Einsamkeit und zur Hilfe im Alltag beitragen noch zusätzlich zu besteuern und damit die Haltungskosten weiter zu erhöhen. Wir setzen uns deshalb für die Abschaffung der Hundesteuer in Wiesbaden ein.

Zu den nicht zu vernachlässigenden Kosten beim Kaufen und Mieten von Wohnungen gehört die Grundsteuer B. Hier wollen wir eine weitere Erhöhung verhindern, um Mieter nicht noch zusätzlich zu belasten. Wir haben in der Vergangenheit bereits dafür gesorgt, dass die Grundsteuerreform in Wiesbaden aufkommensneutral durchgeführt werden wird. Mit uns gibt es auch weiterhin keine Steuererhöhung durch die Hintertür.

Für uns sind Steuern kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Besonders kritisch stehen wir den Steuern gegenüber, die in ihrer Erhebung nahezu so viel kosten wie sie an Steuereinnahmen bringen und daher nichts zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Daher wollen wir die Zweitwohnungssteuer in Wiesbaden wieder abschaffen.

Verweis: Zum Thema Abgabemoratorium siehe Kapitel Stadtentwicklung/ Wohnen

Konzern Stadt ohne Korruption, sondern mit mehr Transparenz

Die Stadt Wiesbaden hatte in den vergangenen Jahren erhebliche Probleme mit Korruption, unsauberen sowie undurchsichtigen Vergaben an Unternehmen gehabt. Die sogenannte "Kuffler-Gerich-Affäre", Privatgeschäfte von Geschäftsführern Wiesbadener Gesellschaften und unsaubere Vergaben bei ESWE Verkehr haben das Bild der Stadt negativ geprägt. Wir wollen, dass der Ruf der Stadt nicht länger unter diesen Themen zu leiden hat und endlich Transparenz in die öffentliche Auftragsvergabe kommt.

Kompetenzzentrum für komplizierte und umfangreiche Ausschreibungen

Der von den Freien Demokraten geleitete Akteneinsichtsausschuss zur "Kuffler-Gerich-Affäre" hat aufgedeckt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden mehrere höchst komplizierte Vergaben fehlerhaft durchgeführt hat. Viele Vergaben sind dabei sehr speziell und binden die Stadt über viele Jahre, sodass es sich nicht lohnt, dass hierfür notwendige Spezialwissen in der Verwaltung vorzuhalten. Diese Vergaben sollen daher schon frühzeitig von externen Vergaberechterspezialisten begleitet werden, die in den frühen Phasen des Prozesses auch die Kommunikation mit den Interessenten übernehmen. Damit soll auch das Controlling von Vergabeprozessen in Wiesbaden verbessert und verdeckte Beihilfen oder die Umgehung von Vergaberegeln zu Gunsten konkreter Anbieter verhindert werden.

Alle Geschäftsführerausschreibungen transparent und öffentlich

Die parteipolitische Besetzung von Geschäftsführerposten ist in Wiesbaden leider die Regel. Die Freien Demokraten werden die Bestenauslese bei der Auswahl der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer städtischer Gesellschaften durchsetzen. Davon profitieren alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, die bessere Leistungen erhalten und die Stadtkasse durch eine höhere Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig können Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, die nicht aus Wiesbaden kommen, frischen Wind und neue Ideen einbringen. Zukünftige Besetzungen von Geschäftsführerpositionen werden daher bei allen relevanten Gesellschaften zukünftig mithilfe von Personalberatern durchgeführt, die über belastbare Netzwerke und die notwendige Expertise

verfügen. Der maßgeblich mit ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern besetzte Aufsichtsrat wird somit entlastet und die Parteibuchwirtschaft beendet.

Verkleinerung des Konzerns Stadt

Die Stadt Wiesbaden verfügt über ein umfangreiches und schwer durchschaubares Geflecht an Beteiligungen und städtischen Gesellschaften, was eine Überwachung durch die Stadtpolitik erschwert. Wir setzen uns daher für eine deutliche Reduzierung der städtischen Gesellschaften durch die Verschmelzung von Gesellschaften mit ähnlichem Aufgabenprofil ein. Darüber hinaus setzen wir uns im Rahmen einer Aufgabenkritik dafür ein, kritisch zu überprüfen für welche Tätigkeiten es überhaupt städtische Gesellschaften braucht und welche Aufgaben von privaten Anbietern oder der Kernverwaltung selbst übernommen werden können.

Verbesserter städtischer Beteiligungsbericht

Wie die Kernverwaltung sind auch die städtischen Gesellschaften inhärenter Teil des Wiesbadener Gemeinwesens. Dennoch bleiben häufig wichtige Entscheidungen den Augen der Öffentlichkeit vorenthalten. Unser Anspruch einer transparenten Stadt bezieht deswegen auch die kommunalen Unternehmen mit ein. Deswegen werden wir die Berichtspflichten der Gesellschaften im jährlich erscheinenden Beteiligungsbericht deutlich verschärfen. Der Beteiligungsbericht soll in Zukunft deutlich schneller nach Abschluss des Geschäftsjahrs erfolgen und durch ein digitales und öffentlich zugängliches Beteiligungs- und Transparenzportal, das auch unterjährige Entwicklungen berücksichtigt, ergänzt werden.

Neufassung Beteiligungskodex

Bei der anstehenden Novellierung des Beteiligungskodizes werden wir die Neufassung des bundesweiten Musterkodex zum Vorbild nehmen und die Lehren aus den Skandalen der letzten Jahre ziehen.

- o *Transparenz bei Sponsoring von Vereinen etc.*
Sponsoringverträge werden von Wiesbadener Kommunalunternehmen zu häufig nach Neigung und Netzwerk des Geschäftsführers oder der Geschäftsführerin bzw. Des oder der Aufsichtsratsvorsitzenden vergeben und zu selten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wir werden daher Transparenz über alle Sponsoringaktivitäten der städtischen Gesellschaften herstellen und diese im Beteiligungsportal veröffentlichen.
- o *Trennung von Prüfungs- und Beratungsleistungen bei städtischen Gesellschaften*
Wer eine Gesellschaft und ihre Spitze berät, kann diese nicht unvoreingenommen im Rahmen des Jahresabschlusses prüfen. Wir werden daher allen städtischen Gesellschaften untersagen, ihre Berater auch als Jahresabschlussprüfer zu beauftragen.
- o *Keine Vergabe von Berater- Werk- oder Dienstleistungsverträgen an Mitglieder des Aufsichtsorgans*
Nachfragen in der Stadtverordnetenversammlung haben aufgedeckt, dass es in der Vergangenheit zur Beauftragung von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Geschäftsführung gekommen ist. Dies widerspricht der Kontrollfunktion und führt zu Abhängigkeitsverhältnissen, die zukünftig nicht mehr vorkommen sollen. Sollte in Ausnahmefällen eine Vergabe notwendig erscheinen, ist diese vom Gesamt-Aufsichtsrat zu genehmigen. Auftragsinhalt und Bezahlung müssen unverzüglich im Beteiligungsportal veröffentlicht werden.
- o *“comply or explain“-Überprüfung durch das Revisionsamt*

Die erweiterten Erklärungen der Unternehmen, dass sie den Bestimmungen des Beteiligungskodex im abgelaufenen Geschäftsjahr entsprochen haben oder ihre Erklärung wieso eine Abweichung notwendig war („comply or explain“), sollen in Zukunft nicht mehr von den beauftragten Wirtschaftsprüfern geprüft werden, sondern durch das städtische Revisionsamt bzw. die Konzernrevision. Die Revision wird hierzu ausreichend personell ausgestattet werden.

- o *Vollständige Unterlagen für alle Aufsichtsratsmitglieder*
Bisher werden den Aufsichtsratsmitgliedern häufig nur unvollständige Beratungsunterlagen zugesendet und diese durch Tischvorlagen ergänzt. Eine sachgerechte Auseinandersetzung, insbesondere bei komplexen – Themen, fällt somit schwer. Wir werden den Beteiligungskodex dahingehend ergänzen, dass den Aufsichtsratsmitgliedern - außer in begründeten Ausnahmefällen und Personalvorlagen - sämtliche Beratungsunterlagen mit der Einladung zur Sitzung des Aufsichtsrates zugestellt werden müssen. Vorbereitende Sitzungen von Ausschüssen des Aufsichtsrates müssen spätestens eine Woche vor der Sitzung des Aufsichtsrates stattfinden und die getroffenen Beschlüsse dem gesamten Aufsichtsrat unverzüglich zugehen.
- o *Keine Nebentätigkeiten für Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen*
Insbesondere die Vorkommnisse bei der WVV im Herbst 2018 zeigen, wie wichtig es ist, dass Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen bei städtischen Gesellschaften künftig keinen bezahlten Nebentätigkeiten mehr nachgehen dürfen.
- o *Umfassendes Wettbewerbsverbot*
Mitglieder der Aufsichtsräte sollen während ihrer Tätigkeit für das Unternehmen künftig einem umfassenden Wettbewerbsverbot unterliegen. Kein Aufsichtsratsmitglied darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.
- o *Transparenz und Verpflichtung zu Open Data*
Alle städtischen Gesellschaften werden in die städtische Open Data-Strategie einbezogen. Über den Beteiligungskodex verpflichten wir die Unternehmen, am Datenportal der Stadt mitzuwirken und relevante Daten (sofern sie nicht personenbezogen sind oder Geschäftsgeheimnisse betreffen) zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen zukünftig sowohl im Beteiligungsportal der Stadt als auch auf den jeweiligen Homepages die „Stammdaten“ der Gesellschaften veröffentlicht werden. Diese umfassen nach dem PCG-Musterkodex u.a. den Gesellschaftsvertrag, Jahresabschlüsse, Geschäftsordnungen sowie die Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

Demokratie und Fachkompetenz verbinden

Die Freien Demokraten befürworten weiterhin die Entsendung von Stadtverordneten in die Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen. Nur so kann eine wirksame demokratische Kontrolle des Geschäftsgebarens der Gesellschaften sichergestellt werden. In den letzten Jahren sind jedoch die Grenzen und Nachteile dieses Systems aufgezeigt worden. Diesen Nachteilen wollen wir mit zwei Maßnahmen entgegenwirken: wir wollen von den Möglichkeiten des Beteiligungskodexes Gebrauch machen, dass in die Aufsichtsräte jeweils zwei externe Personen aufgenommen werden können, die durch ihre Fachkenntnis und/oder ihre berufliche Laufbahn mehr technische und betriebswirtschaftliche Expertise in den Aufsichtsrat bringen. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder ist entsprechend zu erhöhen.

Zudem sollen die Aufsichtsratsmitglieder, neben ihren allgemeinen Fort- und Weiterbildungen nach

Möglichkeit auch auf Kosten der jeweiligen städtischen Gesellschaft am „Exzellenzprogramm für Aufsichtsräte“ der Deutschen Börse teilnehmen.

Zukunft der Naspas

Die Nassauische Sparkasse ist ein wertvoller Teil der kommunalen Familie. Sie ist keine normale Bank, denn letztendlich haften die Stadt als Teil des Zweckverbandes Nassau (ZVN) und damit die Steuerzahler für eventuelle Verluste. Mit diesem Privileg müssen auch besondere Pflichten für die Naspas einhergehen. Dazu gehört, dass die Naspas trotz wirtschaftlichen Drucks ihr Angebot an Geldautomaten und Beratungsstellen auch in den Vororten aufrechterhält. Wirtschaftliche Anreize und das Verhalten privater Konkurrenten dürfen nicht dazu führen, dass die Naspas ihr Angebot in der Fläche ausdünnen.

Wir erwarten von einem öffentlich-rechtlichen Geldhaus, dass es gegenüber den kommunalen Gremien mehr Transparenz walten lässt. Sitzungen der öffentlichen Gremien des ZVN müssen transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch die Naspas müssen Rechenschaft ablegen. Ein Verstecken hinter dem Konstrukt des ZVN darf nicht mehr stattfinden. Wir wollen daher im Gespräch mit den anderen Kommunen im Zweckverband erreichen, dass die dahingehenden Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes aus der 215. Vergleichenden Prüfung vollständig umgesetzt werden.

Um die Kapitalausstattung der Naspas auch für die Zukunft zu sichern, werden wir bis zur Erreichung der strengeren Eigenkapitalgrenzen nach Basel IV auf Gewinnausschüttungen verzichten. Dazu gehört für uns aber auch, dass im Rahmen von Sponsoring oder sonstigen Zuschüssen keine verdeckten Mittel von der Naspas in politische Lieblingsprojekte Einzelner fließen. Erst nachdem die Naspas über eine zukunftssichere Eigenkapitaldecke verfügt, wollen wir überschüssige Gewinne über Ausschüttungen dem städtischen Haushalt zuführen.

Informationsfreiheitsgesetz beschließen

Nach dem Vorbild vieler hessischer Kommunen (u.a. der Stadt Kassel) werden wir ein Informationsfreiheitsgesetz für unsere Stadt beschließen. Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sollen zukünftig die Möglichkeit erhalten, auf Grundlage des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes, die Übersendung städtischer Informationen, Daten und Dokumente zu beantragen.

Empfänger von Fördermitteln stärker kontrollieren

Wir wollen, dass Empfänger von Fördermitteln im Rahmen der Förderverträge dem städtischen Revisionsamt Prüfungsbefugnisse für die Verwendung zweckgebundener Mittel einräumen. So wollen wir verhindern, dass der Stadthaushalt durch die unsachgemäße Verwendung von Fördermitteln geschädigt wird.

Stärkung des Revisionsamts - personell und in der Prüfungsberechtigung

Das städtische Revisionsamt übernimmt nicht nur Aufgaben im Bereich der Rechnungsprüfung, sondern ist auch Frühwarnsystem und Kontrolleur der Stadtverwaltung. Der engagierten und erfolgreichen Arbeit des Revisionsamtes ist es zu verdanken, dass die Aufarbeitung der vielen Skandale in der Stadtpolitik und den städtischen Gesellschaften vorangekommen ist. Dennoch wurde das Revisionsamt trotz entsprechender Anträge des Magistrats personell nicht ausreichend ausgestattet. Wir wollen dem Revisionsamt schnellstmöglich die benötigten Stellen genehmigen, zumal mehr

Kontrolle auch weniger Steuergeldverschwendung bedeutet. Die Besetzung soll dabei unabhängig von Parteibüchern erfolgen.

Gleichzeitig wollen wir die vor wenigen Jahren beschlossene Trennung von Revisionsamt (für die Stadtverwaltung) und Konzernrevision (für den Konzern Stadt) rückabwickeln. In der Praxis hat sich gezeigt, dass dieser Wiesbadener Sonderweg keinen Erfolg verspricht. Die Konzernrevision ist innerhalb des Konzerns Stadt weisungsgebunden und kann die Aufgaben daher nicht mit der gleichen Unabhängigkeit ausführen, wie es das Revisionsamt könnte.

Digitale Verwaltung

Digital aufs Amt – Virtuelles Bürgerbüro

Im digitalen Zeitalter sollten die Bürgerinnen und Bürger ihre Verwaltungsvorgänge zeitunabhängig und ohne Warteschlangen erledigen können. Leider hinkt Wiesbaden bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hinterher. Wir wollen den Umstieg beschleunigen und so möglichst alle Behördengänge digital ermöglichen: Das Amt kommt aufs eigene Sofa. Hierfür ist es auch notwendig, das Vorgehen "Einer für alle" auf den Prüfstand zu stellen, wenn nicht in näherer Zukunft Fortschritte erzielt werden. Notfalls muss Wiesbaden mit anderen Kommunen eigene Lösungen entwickeln.

Als Pilotprojekt für digitalen Bürgerservice wollen wir einen Chatbot umsetzen, der auf der Homepage www.wiesbaden.de und Messengerdiensten eingesetzt werden kann, um Bürgerinnen und Bürgern gängige Fragen schnell zu beantworten und so das Bürgerreferat sowie die Callcenter der Stadt, der ELW und anderer städtischer Gesellschaften zu entlasten.

Verwaltungsgebühren und Ordnungsgelder (z.B. Strafzettel) sollen zukünftig problemlos und einfach online bezahlt werden können. Die Stadt darf sich digitalen Zahlungsanbietern, wie z.B. PayPal, Apple Pay & GooglePay nicht länger verschließen.

Englisch als zweite Verwaltungssprache

Nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sprechen Deutsch auf einem Niveau, auf dem sie auch komplizierte Verwaltungsvorgänge verstehen können. Viele Fachkräfte, die Unternehmen und Institutionen aus dem Ausland anwerben, um den Arbeitsbedarf zu decken, verzweifeln bereits zu Beginn am Verwaltungsdeutsch und den nötigen Behördengängen. Wir werden daher Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen: In Zukunft können die wichtigsten Behördengänge (z.B. Ummeldung, Genehmigungen, etc.) auch in englischer Sprache durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für das virtuelle Bürgerbüro und Formulare. Aber auch vor Ort sollen geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstehen, die die Bürgerinnen und Bürger auf Englisch durch den Verwaltungsprozess lotsen.

Öffentliche Daten als öffentliche Güter

Seit mehreren Jahren kämpfen verschiedene Interessengruppen mit unterschiedlichen Interessen um den Zugang bzw. die Verfügungstellung von Daten. Wir werden diesen Kampf beenden. Für uns sind öffentliche Daten öffentliche Güter. Sie sollen allen interessierten Parteien kostenfrei und maschinenlesbar zur Verfügung gestellt werden. Wir werden die städtischen Gesellschaften dazu verpflichten, ihre Daten ebenfalls zur Verfügung zu stellen. So können Apps und Datenprojekte beispielsweise bald die Standorte und Fahrzeiten von Bussen von ESWE Verkehr auswerten und präsentieren. Davon profitieren alle Nutzer, z.B.: über bessere Apps. Wir werden eine zentrale Online-Präsenz in Form einer Datenplattform schaffen, auf der jeder die bereitgestellten Daten abrufen kann.

Dies bedeutet auch, dass Daten, die von Dritten im Auftrag oder mit Unterstützung der Stadt erhoben werden, grundsätzlich der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssen. Besonders im Bereich der Smart City werden derzeit Lösungen verfolgt, bei denen der Anbieter ein ausschließliches Nutzungsrecht der Daten erhält, z.B. im Bereich der Parksensoren. Ein solches Vorgehen lehnen wir strikt ab.

Datengetriebene Verwaltung

Zu häufig treffen Verwaltung und Stadtpolitik Entscheidungen, die sich auf Bauchgefühle, Gewohnheiten oder auf Beispiele aus anderen Städten stützen. Einmal getroffene Entscheidungen werden dann nur noch oberflächlich auf ihre Wirksamkeit und Effizienz geprüft. Wir wollen in Verwaltung und Politik eine datengetriebene Entscheidungskultur etablieren, die es der Stadtverwaltung ermöglicht, auf Grundlage hochwertiger Daten Entscheidungen zu fällen und politische Entscheidungen rigoros auf die Zielerfüllung überprüft. Eine solche Kultur kann und soll politische Entscheidungen nicht ersetzen, Entscheidungen durch eine erweiterte Informationsgrundlage jedoch verbessern.

Handlungsfelder für den Einsatz von KI in der Stadtverwaltung identifizieren und Pilotprojekte starten

Anwendungen mit künstlicher Intelligenz (KI) werden unser Leben in naher Zukunft revolutionieren. Die öffentliche Verwaltung kann im Besonderen von dieser Innovation profitieren. Hier ist eine schier unüberschaubare und daher bisher kaum nutzbare Datensammlung vorhanden. KI-Anwendungen können der Stadtverwaltung dabei helfen, in Zukunft Entscheidungen besser und schneller zu treffen. Die letzte Entscheidung muss jedoch in Zukunft immer noch der Mensch treffen, Algorithmen können hierbei immer nur eine unterstützende Funktion einnehmen. Gleichzeitig können KI-Systeme schon jetzt Anomalien in den Daten erkennen und wirken damit als Frühwarnsystem für unbeabsichtigte Folgen von Entscheidungen, Betrug oder Fehlern im Verwaltungshandeln. Wir werden in Wiesbaden die Chancen dieser Technologie mutig ergreifen und erste Handlungsfelder für künstliche Intelligenz schaffen.

Stadtlabor Wiesbaden

Digitale Lösungen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Verwaltung treffen. Um Verwaltung, Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft an einen Tisch zu bringen, wollen wir ein sogenanntes "Stadtlabor" initiieren, das als digitaler und physischer Ort die Möglichkeit bietet, sich auszutauschen und gemeinsame Ideen für eine nachhaltige, digitale Zukunft zu entwickeln. In diesen Prozess sollen auch die städtischen Gesellschaften sowie die Stabsstelle WIEB einbezogen werden, um einen ganzheitlichen Ansatz über die gesamte Stadt sicherzustellen.

Kluges IT-Management, das Technologiesouveränität, die Vermeidung von Lock-in-Effekten, funktionierende Systeme und Wirtschaftlichkeit verbindet

Die Corona-Pandemie hat ein weiteres Mal vor Augen geführt, wie unzureichend die IT-Ausstattung der Stadtverwaltung ist. Zusammengebrochene Telefonanlagen, gescheiterte Videokonferenzen und veraltete Software sind Realität in der Stadtverwaltung. Die digitalen Arbeitsbedingungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inakzeptabel, verschlechtern den Service für die Bürgerinnen und Bürger und sind überdies sehr teuer.

Die Rekommunalisierung des städtischen IT-Dienstleisters Wivertis kann nur zum Erfolg werden, wenn dieser zukünftig eine zeitgemäße Soft- und Hardwareausstattung zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellt. Das IT-Management als zentrale Steuereinheit soll beim Einkauf von Hard- und Software darauf achten, keine Lock-in-Effekte entstehen zu lassen, die einen Wechsel der Software deutlich erschweren oder verteuern.

Dort wo Eigenentwicklungen sinnvoll sind, wollen wir diese auch einsetzen, vorzugsweise im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Kreisen. Dabei gilt für uns der

Grundsatz “public money, public code”, der die entwickelten Lösungen unter einer möglichst offenen Lizenz zur Verfügung stellt.

Die Digitalisierung der Verwaltung zieht einen deutlich gesteigerten Bedarf an Server-Kapazitäten nach sich. Diese Kapazitäten sollen unter Beachtung der DSGVO und der geltenden Datenschutzgesetze auch extern zugekauft werden können.

Word-Dokument statt Papier-Dokument

Auch die Wiesbadener Stadtverwaltung bedruckt und verbraucht jedes Jahr viele Tonnen Papier, das nach kürzester Zeit in Regalen verstaubt oder sogar seinen schnellen Weg in die Mülltonne findet. Durch die konsequente Einführung von digitalen Akten auf allen Ebenen wollen wir die papierlose Verwaltung erreichen. So sparen wir nicht nur Geld, Papier und CO2 ein, sondern erleichtern und beschleunigen ämterübergreifendes Arbeiten.

Datenschutz

Die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass die Stadt mit den personenbezogenen Daten sorgsam umgeht. Den städtischen Datenschutz wollen wir deshalb verstärken, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufiger schulen und für das Thema Datenschutz sensibilisieren. Das Revisionsamt soll personell so aufgestellt werden, dass zukünftig auch der sorgsame Umgang mit Daten innerhalb der Verwaltung überprüft werden kann.

Arbeit 4.0 im öffentlichen Dienst

Die Veränderung der Arbeits- und Lebenswelt macht auch vor dem Arbeitgeber Stadt nicht halt. Innerhalb der bestehenden Grenzen des Beamtenrechts, der Tarifverträge und der Mitarbeiterstruktur wollen wir kommunaler Vorreiter für Arbeit 4.0 werden. Allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Back-Office soll das mobile Arbeiten ermöglicht werden. Dies kommt den Wünschen vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach, macht die Stadt als Arbeitgeber attraktiver und verringert den Pendeldruck in der Stadt.

Was die Politik während der Corona-Pandemie von den privaten Arbeitgebern und -nehmern nachdrücklich eingefordert hat, konnte sie dort, wo sie selbst Verantwortung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trägt, nur unzureichend umsetzen. Die Stadtverwaltung ist in einer mit Großunternehmen gesegneten Region einer der größten Arbeitgeber. Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der Corona-Pandemie zeitweise oder dauerhaft von zu Hause arbeiten konnten, ist auch im Vergleich mit Unternehmen, die sich durch eine ähnliche Mitarbeiterstruktur und einen vergleichbaren Anteil an nicht Home Office-fähigen Stellen auszeichnen, beschämend. Die staatlichen Stellen konnten nicht leisten, was sie von privaten Arbeitgebern forderten, weil die Stadt die Digitalisierungstendenzen der vergangenen Jahre verschlafen hatte und ihre Angestellten so einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt. Wir wollen den Rückstand, der sich über die letzten Monate eher noch erhöht hat, aufholen. So viele Stellen wie möglich sollen für das mobile Arbeiten fit gemacht werden. Dazu gehört mindestens die Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem portablen und mobilfunkfähigen Endgerät. Das kann - sofern richtig umgesetzt - nicht nur Produktivität und Zufriedenheit der Angestellten steigern; im harten Wettbewerb um Nachwuchskräfte ist es auch ein wichtiges Element zur Mitarbeitergewinnung. Zeitgleich wird der Pendeldruck in der Stadt Wiesbaden gesenkt.

Viele Menschen suchen schon heute keinen “Job fürs Leben” mehr. Die Stadt wird sich daher darauf einstellen müssen, dass der durchschnittliche Verbleib der Angestellten im Beschäftigungsverhältnis

bei der Stadt sinken wird. Der Wissenstransfer innerhalb der Stadtverwaltung wird damit zukünftig wichtiger und muss verstärkt berücksichtigt werden.

Viele projektbezogene Tätigkeiten bedürfen keiner dauerhaften Anstellung. Im Falle eines kurzfristigen und hochspezialisierten Bedarfs sollten daher verstärkt Freelancer und Freelancerinnen beauftragt werden.

Lebenslanges Lernen im öffentlichen Dienst

Die Digitalisierung und der daraus entstehende Wandel der Arbeitswelt lässt tradierte Berufsbilder im öffentlichen Dienst wanken. Das Weiterbildungsangebot der Stadt muss sich an diese veränderte Ausgangslage anpassen, u.a. über passgenaue Fortbildungsangebote, die auf benötigte Kompetenzen wie Data Science abstellen. Fortbildungen städtischer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollen zukünftig die Regel und nicht die Ausnahme sein. Dazu sollen Möglichkeiten wie Online-Kurse oder "blended learning" ausgebaut werden. Die Stadt sollte zudem vermehrt auf die Wiesbadener Hochschullandschaft zurückgreifen, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortzubilden, z.B. über berufsbegleitende Studiengänge an der Hochschule RheinMain, der Hochschule Fresenius und der EBS. So baut die Stadt Kompetenzen innerhalb der Verwaltung auf, die sie sonst extern einkaufen müsste, schafft eine höhere Arbeitnehmerloyalität und wird attraktiver für externe Bewerber und Bewerberinnen.

Personal- und Aufgabenentwicklung in der Stadtverwaltung

Durch den demographischen Wandel gehen der Stadtverwaltung wie vielen Arbeitgebern in der Wirtschaft über die nächsten Jahre viele Arbeitskräfte verloren. Damit das Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mit ihnen in die Rente geht, wollen wir den Wissenstransfer innerhalb der Verwaltung deutlich verstärken. Gleichzeitig bietet sich der Stadt die Möglichkeit, ihre Verwaltung zukunftsfit aufzustellen. Angesichts des Fachkräftemangels muss die Automatisierung vieler Tätigkeiten vorangetrieben werden. Laufmappen sollen der Vergangenheit angehören. Somit können sich die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Diverse Teams liefern nachweislich bessere Ergebnisse. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Diversität in der Stadtverwaltung fördern. Interkulturelle Kompetenzen der städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind in einer internationalen Stadt wie Wiesbaden dringend notwendig.

Verwaltung bietet Plätze für Abschlussarbeiten an

Viele Firmen bieten erfolgreichen Studenten und Studentinnen an, die Abschlussarbeit im Unternehmen zu schreiben. In diesem Fall arbeiten die Studenten und Studentinnen im Unternehmen in einem Bereich mit, der für ihre Abschlussarbeit relevant ist. Wir wollen dies in Zukunft auch in der Stadtverwaltung und den Gesellschaften verstärkt umsetzen. Das stärkt den Hochschulstandort Wiesbaden, bringt junge, frische Ideen in die Stadtverwaltung und macht den öffentlichen Dienst für die angehenden Absolventen und Absolventinnen lukrativ. Schon heute starten viele Akademiker und Akademikerinnen ihre Karriere in dem Unternehmen, in dem sie bereits ihre Abschlussarbeit geschrieben haben. Gleichzeitig wollen wir auch die Praktikumsmöglichkeiten für Studenten in der Stadtverwaltung ausbauen.

5G flächendeckend umsetzen

Leider müssen wir feststellen, dass auch gegen die 5G-Technologie unhaltbare Verschwörungstheorien ins Feld geführt werden. Für uns ist 5G der bestimmende Mobilfunkstandard der kommenden Jahre, ohne den Zukunftstechnologien wie z.B. das autonome Fahren nicht möglich

sind und der dadurch einen bedeutenden Standortfaktor darstellt. Wir werden die Telekommunikationsunternehmen bei ihrem Netzausbau unterstützen.

Städtisches WLAN – in allen städtischen Liegenschaften

Das städtische WLAN ist immer noch nicht an allen städtischen Standorten nutzbar, erfordert bei jeder Benutzung eine Einwahl und ist für die Stadt durch die Bindung an einen externen Anbieter recht teuer. Die Freien Demokraten bevorzugen weiterhin die Umsetzung öffentlichen WLAN-Netze an möglichst allen städtischen Liegenschaften über ein offenes System wie Freifunk. Insbesondere sollen zukünftig auch die Wiesbadener Freibäder zeitnah mit Hotspots ausgestattet werden.

Familie

Damit sich junge Familien in Wiesbaden wohlfühlen, muss die Stadt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Das fängt beim Thema Kinderbetreuung an und setzt sich in den Themenfeldern Freizeitgestaltung und Unterstützung bei Problemsituation fort, betrifft aber auch andere Felder wie beispielsweise die Wohnsituation. Wir wollen jungen Wiesbadener Familien ein Zuhause in Wiesbaden geben, in dem sie gerne leben und sich von der Politik nicht im Stich gelassen fühlen.

Die Wohneigentümerquote in Wiesbaden liegt mit unter 30% deutlich unter dem Bundesschnitt. Dies wollen wir durch die Einführung von Eigentümermodellen ändern, damit Familien aus der Mitte der Gesellschaft nicht zwischen sozialem Wohnungsbau und Hochpreisprojekten durch das Raster fallen und wegziehen müssen.

Kinderbetreuung

Kaum etwas ist heute für berufstätige Eltern so wichtig wie eine gut ausgebaute, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Das Ausbauziel von 48% für den Krippenbereich und 90% für den Elementarbereich ist konsequent weiter zu verfolgen. Dabei ist auf die Belange von Stadtteilen mit besonderer Bedarfslage zwar besonders zu achten, jedoch gilt der Betreuungsanspruch bei uns für jedes Kind, egal wo in Wiesbaden es wohnt. Einen Sozialindex, der darüber entscheidet, welches Kind ein Recht auf einen Betreuungsplatz hat und welches nicht, lehnen wir ab. Auch Fragen der Sanierung müssen sich am objektiven Bedarf der Bausubstanz orientieren und nicht an der Frage, welche Kinder aus welchen Familien dort betreut werden. Darüber hinaus wollen wir den Bedarf laufend überprüfen, ob die Ziele erhöht werden sollen.

Die Freien Demokraten Wiesbaden setzen sich für den Umbau der Online-Plattform "WIKITA" von einem reinen Online-Vormerk-System zu einem echten digitalen Vergabesystem ein. Momentan müssen Eltern trotzdem persönlich bei den Kitas "Klinken putzen" um überhaupt eine Chance auf einen Betreuungsplatz zu bekommen. Die zusätzliche Vormerkung bei WIKITA stellt dabei nur einen unnötigen zusätzlichen, rein bürokratischen Arbeitsschritt für Eltern dar, der keinen Mehrwert liefert. WIKITA muss deswegen zu einem echten und fairen Vergabesystem reformiert werden. Wir setzen uns außerdem für eine Erweiterung der eingerichteten Online-Plattform um eine Tageselternbörse ein, in der qualifizierte Fachkräfte freie Betreuungsplätze inserieren können. Mittelfristig halten wir die Option einer automatischen Zuteilung eines Platzangebotes, das die Eltern annehmen können, aber nicht müssen, für die beste Lösung. So entfällt für die Kitas und Eltern viel organisatorischer Aufwand bei gleichzeitiger Wahrung aller Optionen für die Eltern, die einen spezifischen Platzwunsch für ihr Kind haben.

Außerdem regen die Freien Demokraten Wiesbaden im Rahmen des Online-Systems WIKITA eine Abkehr vom Konzept des wohnortnahen Betreuungsplatzes als erste Priorität an. Eltern können selbst und eigenverantwortlich am besten entscheiden, ob für Ihre Familie in Ihrer Lebenssituation ein wohnort- oder doch eher ein arbeitsplatznaher Betreuungsplatz besser geeignet ist. Dabei wollen wir, dass Kinder von Erwerbstätigen, insbesondere von Alleinerziehenden, bei der Vergabe von Ganztagesplätzen bevorzugt berücksichtigt werden.

Verweis: Zum Thema Betreuung von Grundschulkindern siehe Abschnitt Bildung

Wiesbaden braucht Pluralität und einen Qualitätswettbewerb unter den Kindertagesstätten. Eine Vielzahl an verschiedenen Trägern garantiert eine Wettbewerbssituation, die innovative Konzepte hervorbringt und die Betreuungsqualität steigert. Die Gründung von privaten Kitas oder Krippen (z.B. Betriebskindergärten) halten wir für eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden öffentlichen Angebot. Die Stadt sollte daher Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen, die gemeinsam oder in Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftskammern eine Kita eröffnen wollen. Darüber hinaus unterstützen wir die Schaffung von Betreuungsplätzen in der Obhut der freien Träger.

Für ein familienfreundliches Wiesbaden ist es unbedingt notwendig, dass Ganztagsplätze für Eltern mit mehreren Kindern bezahlbar sind und bleiben. Daher werden wir auch den Geschwisterrabatt beibehalten. Um die staatliche Pflicht der Kinderbetreuung mit den Lebensrealitäten moderner Familien zu vereinbaren und insbesondere Frauen eine verbesserte Karriereplanung zu ermöglichen, setzen wir uns für eine Flexibilisierung der Betreuungszeiten ein.

Tagesmütter und -väter leisten einen wertvollen Beitrag zur Sicherstellung der Kinderbetreuung in Wiesbaden. Dieses Angebot wollen wir kontinuierlich ausbauen, sofern ein entsprechender Bedarf aus der Elternschaft besteht.

Die Vorgabe von Besserstellungsverböten in Leistungs- und Finanzierungsverträgen sehen wir kritisch. Zur Attraktivierung des Berufs sollten Träger die Möglichkeit haben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Konditionen auch auf Basis anderer Tarife bieten zu können.

Unterstützung für Eltern

Die FDP Wiesbaden setzt sich für abwechslungsreiche und sichere Spielplätze im gesamten Stadtgebiet ein, die zum Spielen unter freiem Himmel einladen. Deswegen wollen wir die Sanierung der bestehenden Spielplätze vorantreiben und uns dem fortschreitenden Rückbau von Spielgeräten auf den Spielplätzen entgegenstellen.

Verweis: Zum Thema Sauberkeit auf Spielplätzen siehe Kapitel Sauberes Wiesbaden

Die Freien Demokraten wollen die städtischen Angebote für Familien und Kinder auch örtlich zusammenfassen, um diese für Familien erreichbarer zu machen. Hier bietet sich das Modell von Familienzentren an, die an Kindertagesstätten gekoppelt werden können. Diese bündeln Beratungs- und Hilfsangebote für Familien, können Tagespflegepersonen vermitteln und qualifizieren und bieten Sprachfördermaßnahmen auch für Kinder an, die keine reguläre Einrichtung besuchen.

Die Freien Demokraten Wiesbaden fordern zudem die Fortsetzung und den Ausbau des Projekts zur Begrüßung und Begleitung junger Eltern in der Stadt Wiesbaden. Die Neugeborenen in allen Stadtteilen Wiesbadens sollen mit einem „Willkommenspaket“ begrüßt und die Eltern – bei Bedarf auch in einem persönlichen Termin vor Ort - über die umfassenden Programme und Angebote informiert werden und Antwort auf ihre Fragen erhalten. Wir sehen hier zudem eine Chance zur Einrichtung eines zugangöffnenden und niedrigschwelligen Angebots, z.B. durch ein kostenloses, aufsuchendes Beratungsgespräch nach Geburt des ersten Kindes.

Die Corona-Pandemie hat Familien vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Insbesondere Schul- und Kitaschließungen sowie der damit verbundene Distanzunterricht bzw. Homeschooling haben hier zu besonderen Härten geführt. Wir setzen uns dafür ein, dass bei zukünftigen Pandemiemaßnahmen oder ähnlichen Situationen die Belange der Familien dahingehend berücksichtigt werden, dass Schließungen von Bildungseinrichtungen immer nur das letzte Mittel sein können und eine Notbetreuung zur Verfügung gestellt werden muss.

Gleichberechtigung

Das Thema Gleichberechtigung geht deutlich über das Thema der Frauenpolitik hinaus. Vielfältige Diskriminierungen und Benachteiligungen, die neben dem Geschlecht von Personen auch auf Hautfarbe, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischen Merkmalen, Sprache, Religion oder Glauben, politischen oder sonstigen Überzeugungen, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Vermögen, Geburt, Behinderung, Alter, sexueller Ausrichtung oder sozioökonomischem Status beruhen, sind bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Daher fordern die Freien Demokraten Wiesbaden, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen als Querschnittsaufgabe und Herausforderung in allen Politikbereichen zu begreifen. Wir fordern die Weiterentwicklung des Frauenreferats zu einem Gleichberechtigungsreferat. Dabei soll das Referat der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig über ihre Arbeit berichten und über Erfolge und Herausforderungen informieren. Ebenso soll sie Auskunftsrechte gegenüber städtischen Stellen in Fragen der Gleichberechtigung erhalten.

Die politische Arbeit für Frauen hat in Wiesbaden in den vergangenen Jahren viel erreicht. Die Organisationen leisten wertvolle Arbeit im Bereich von Arbeitsmarktperspektiven, Gesundheitsfürsorge und persönlichen Hilfen sowie Beratung. Das funktionierende Netzwerk der Initiativen sowie die Initiativen selbst müssen erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Die hochqualifizierte Arbeit und das Engagement sollen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten abgesichert werden.

Auch wenn erste Erkenntnisse aus der Wissenschaft zeigen, dass Männer in der Corona-Pandemie – vor allem in der Zeit der Schul- und Kitaschließungen verstärkt Verantwortung in den Familien übernommen haben, tragen Frauen nach wie vor den Großteil der Care-Arbeit. Es bedarf daher weiterhin gezielter Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen, aber auch eine Debatte über den Wert und die Wichtigkeit von Vätern für die Familie. Gleichzeitig arbeiten Frauen mehrheitlich in systemrelevanten Berufen, z. B. in der Pflege, Kinderbetreuung u.ä. deren Attraktivität insgesamt verbessert werden muss.

Zum Thema Frauenhäuser siehe Kapitel "Soziales"

Jugend

Die Freien Demokraten unterstützen die Arbeit des Wiesbadener Jugendparlaments. Die hier erlernten demokratischen Werte und Kompetenzen sind für junge Menschen von besonderer Bedeutung. Junge Menschen, die in Wiesbaden zur Schule gehen, allerdings nicht in Wiesbaden wohnen, sind von der Wahl zum Jugendparlament ausgeschlossen. Die FDP Fraktion unterstützt das Wiesbadener Jugendparlament und die Bestrebungen Partnerparlamente in umliegenden Gegenden zu etablieren. Damit Jugendliche Einblicke in die für sie oft unbekannt Kommunalpolitik erhalten, gilt es, Veranstaltungen wie den „Tag der Jugend im Rathaus“ und das Projekt „Jugend im Rathaus“ zu fördern und fortzuführen. Um das Verständnis für Kommunalpolitik weiter zu vertiefen, ist ein Konzept für die Oberstufe bzw. Berufsschule zu entwickeln.

Das Budget des Jugendparlaments soll sich zukünftig an den Verfügungsmitteln der Wiesbadener Ortsbeiräte orientieren. Hierzu erhält das Jugendparlament für jeden Wahlberechtigten die Pauschale, die auch die Ortsbeiräte erhalten. Die Kosten für die pädagogische Begleitung werden zusätzlich bereitgestellt. Langfristig soll das Ziel verfolgt werden, die programmatischen Kompetenzen des Jugendparlaments zu stärken.

Wiesbaden bietet viele Möglichkeiten zur politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Dieses Instrument wird jedoch mangels Bekanntheit bei Betroffenen und fehlender Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger und -trägerinnen zu selten genutzt. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und den politischen Interessensvertretungen von Jugendlichen verbessern, um so mehr Jugendliche zu erreichen. Bei weitreichenden Entscheidungen, die vorrangig Kinder, Jugendliche und/oder SchülerInnen betreffen, sollen alle diesbezüglichen Maßnahmen vor Beschlussfassung dem Jugendparlament mit der Möglichkeit zur Abgabe einer eigenen Stellungnahme zugeleitet werden. Informell soll auch der Stadtschüler*innenrat beteiligt werden.

Die Stadtteiljugendbeauftragten sollten regelmäßig über ihre Arbeit in den Ortsbeiräten berichten, um deren Arbeit auch auf Ortsbeiratsebene wieder in den Fokus zu rücken. Diese Berichte sollten auch auf der Homepage der Stadt Wiesbaden einzusehen sein. Auch Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für Jugendliche bei besonderen Problemlagen sollten auf der Homepage der Stadt angegeben werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass jugendliche Interessen bei der Konzeption der in Wiesbaden veranstalteten Feste und Veranstaltungen besser als bisher berücksichtigt werden. Bürokratische und finanzielle Hürden für die Veranstalter sollen abgebaut werden, soweit dadurch Sicherheit und Hygiene nicht beeinträchtigt werden.

Die beliebte Club-Meile auf dem Wilhelmstraßenfest soll wiedereingerichtet und die Alkoholverbotszone auf dem Warmen Damm aufgehoben werden. In Problemsituationen sollten Stadtpolizei und Polizei gezielt eingreifen und deeskalierend wirken. Wir setzen uns für die Erhaltung des Festivals Youth Culture 65xxx auf dem Marktplatz ein.

Das Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“ soll wie geplant umgesetzt werden. Bei der Evaluation und Fortschreibung des Konzeptes sind die Jugendlichen zwingend einzubinden. Ihren Wünschen muss eine hohe Priorität eingeräumt werden, nachdem bei der Erarbeitung des jetzt umzusetzenden Konzeptes die Wünsche der Fachverwaltung häufig stärker berücksichtigt wurden als die der eigentlichen Zielgruppe.

Soziales

Liberaler Sozialpolitik reduziert Menschen nicht auf die Eigenschaft Hilfeempfänger bzw. Hilfeempfängerin, sondern möchte es den Menschen ermöglichen und sie darin unterstützen, sich Chancen zu erarbeiten und dann auch wahrnehmen zu können. Bei allen Maßnahmen muss stets das Individuum im Zentrum der Überlegungen stehen. Für die Freien Demokraten hat die Organisation von Gemeinschaftsaufgaben und -angeboten durch freie Träger, Selbsthilfegruppen, Vereine und Bürger Vorrang vor städtischen Einrichtungen.

Die Freien Demokraten Wiesbaden unterstützen die humanitäre Sprechstunde. Dabei handelt es sich um ein niedrigschwelliges und kostenfreies Angebot der medizinischen Beratung sowie um Hilfe für Migrantinnen und Migranten in unsicheren Lebenslagen und ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz.

Verweis: Zum Sozialen Wohnungsbau siehe Kapitel "Wohnen"

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Kinderarmut ist mehr als nur ein temporärer Mangel, sondern wirkt sich deutlich negativ auf die Zukunftschancen jedes einzelnen Kindes aus. Sie muss unbedingt bekämpft werden, um jedem jungen Menschen eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft möglich zu machen.

Die Stadt Wiesbaden bietet betroffenen Kindern bereits jetzt schon eine Vielzahl an Hilfen. So können bedürftige Kinder die Kindertagesstätten kostenlos nutzen und werden mit kostenlosem Mittagessen versorgt. Hilfsbedürftige Schulkinder erhalten bei Bedarf eine kostenlose Busfahrkarte und kostenloses Mittagessen. Die Familienkarte bietet zusätzlich Ermäßigungen in Schwimmbädern, für Kurse der VHS etc. Auch die Ferienkarte oder die öffentlichen Bibliotheken tragen zu einem Mehr an Möglichkeiten bei. Diese Angebote müssen ständig überprüft werden und seitens der Stadt noch mehr auf die Bedürfnisse der Kinder zugeschnitten werden. Ein erster wichtiger Schritt ist es, Hilfsbedürftigen einen transparenten Überblick über alle Angebote zu verschaffen.

Ein weiterer Ausbau kommunaler Sachleistungen kann nur schrittweise erfolgen und sollte nach unserer Auffassung vorzugsweise kulturelle Angebote (Musikschule, Theater- und Museumsbesuche) sowie den Zugang zu weiterer Unterstützung im schulischen Bereich umfassen.

Wiesbaden stellt sich gegen häusliche Gewalt

Die Freien Demokraten Wiesbaden wenden sich gegen jede Art der körperlichen oder psychischen Gewaltausübung, ganz besonders in Partnerschaften und Familien, wo häufig auch Kinder betroffen sind. Wir fordern, die Arbeit der Frauenhäuser und weiteren Beratungs- und Schutzeinrichtungen auch für andere Personen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu unterstützen und das Thema häusliche Gewalt zu enttabuisieren. Das Ziel sollte sein, einen breiten sowie handlungsfähigen Kooperationsverbund aller Stellen aufzubauen, die mit der Intervention bei häuslicher Gewalt befasst sind. Dazu gehören v.a. Polizei, Zivil- und Strafgerichte, Jugend- und Sozialämter und Anti-Gewaltprojekte.

Hilfsangebote für Jugendliche

Die mobile Jugendarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich aus Sicht der Freien Demokraten Wiesbaden in den vergangenen Jahren sehr bewährt und ist ein unabdingbarer Bestandteil der

sozialen Infrastruktur dieser Stadt. Die Freien Demokraten fordern, dieses Projekt weiterhin zu unterstützen und im Rahmen der Möglichkeiten weiter auszubauen

Der Start in ein geregeltes Arbeitsleben fällt Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien oftmals schwerer als ihren Altersgenossen und -genossinnen. In der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren aus diesem Grund viele Hilfs- und Beratungsangebote, durch die eine erste Orientierung und auch Qualifizierung in der Arbeitswelt erreicht wird. Die trägerübergreifenden Angebote sollten besser vernetzt werden, um den Jugendlichen ein optimales Angebot zu bieten und Überschneidungen von Veranstaltungen zu verhindern. Die Freien Demokraten wollen, dass die erfolgreichen Projekte fortgesetzt werden und das Netz an Hilfsangeboten für Jugendliche kontinuierlich ausgebaut und für die Betroffenen einfach zugänglich gemacht wird. Die Bildungsberatung beim Hessencampus im Berufsschulzentrum kann zur dringend notwendigen Vernetzung und Transparenz beitragen.

Die Freien Demokraten setzen sich für das sogenannte "betreute Wohnen für Jugendliche" ein. Das Projekt „Jugendwohnen“ seitens BauHaus Wiesbaden soll weiterverfolgt und ausgebaut werden, da solche Angebote für betroffene Jugendliche existentiell notwendig sind.

Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sollen eng und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dort, wo es keine kommunale Pflichtaufgabe ist, sollen vorrangig Jugendarbeit der Verbände und freie Träger unterstützt werden. Die Freien Demokraten setzen für eine gleichberechtigte Gesellschaft ohne Vorurteile ein. Mädchen aus sozial schwächeren Familien können sich nicht immer Hygieneartikel wie Binden und Tampons leisten. Initiativen, wie die Bereitstellung von Hygieneartikeln an Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden, unterstützen wir.

Potentiale von Seniorinnen und Senioren nutzen

Die Freien Demokraten Wiesbaden treten dafür ein, dass sich berufs- und lebenserfahrene Senioren und Seniorinnen aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens der Stadt und damit an der Gestaltung der Zukunft beteiligen und dort ihren Erfahrungsschatz einbringen können. So soll beispielsweise innerhalb städtischer Einrichtungen und Institutionen (wie z.B. Pflegeheimen, geriatrischen Krankenstationen, Kindertagesstätten, Schulen etc.) eine intensivere Zusammenarbeit und ein Austausch der Generationen angeregt und sichergestellt werden. Initiativen gibt es bereits, die auch einen „Dialog der Generationen“ zum Inhalt haben (z.B. Lesepatenschaften). Unser Ziel ist, möglichst vielen die Teilnahme an diesem Dialog zu ermöglichen. Entsprechendes gilt für die Schaffung generationenübergreifende Freizeitangebote (z.B. Bewegungsfelder und Begegnungsstätten).

Physische und mentale Fitness sind wichtig für die Vorbeugung altersbedingter Krankheiten, insbesondere kognitiver Einschränkungen wie demenzieller Erkrankungen. Die demographische Entwicklung in Wiesbaden fordert von uns daher besondere Angebote, um die Gesundheit und Vitalität der Bürgerinnen und Bürger bis in das hohe Alter zu erhalten.

Die Freien Demokraten treten für den Erhalt und den Ausbau der Akademie für Ältere ein. Diese Einrichtung ist durch einen angemessenen städtischen Zuschuss zu unterstützen und sollte auch entsprechende Online-Angebote sowie den Umgang mit Online-Portalen und gängigen Social-Media Anwendungen miteinschließen.

Menschen mit Behinderungen: Gegen Barrieren auf dem Weg und Schranken in den Köpfen

Die Freien Demokraten wollen die Bedürfnisse und Probleme von Menschen mit Behinderung stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken und eine Stärkung der Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ermöglichen. Kommunale Politik

für Menschen mit Behinderung muss vor allem auf Fortschritte bei der persönlichen Mobilität, Wohnraum und Kommunikation setzen.

Die Freien Demokraten fordern daher eine bessere Mobilitätsteilhabe für Mitmenschen mit Behinderung. Dabei kommt gerade diese Schrankenfreiheit auch älteren Mitmenschen, Schwangeren und Familien zugute. Aber nicht nur die öffentliche Hand steht hier in der Pflicht. Gerade Arztpraxen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Nahversorger sind noch zu häufig nur eingeschränkt für Rollstühle, Kinderwagen oder Rollatoren zugänglich.

Wir wollen städtische Dokumente in einer Form anbieten, die von Vorleseprogrammen verarbeitet werden kann und möglichst viele Dokumente nach den Richtlinien für einfache Sprache überarbeiten. So wird jedem Bürger das Verständnis von behördlichen Dokumenten erleichtert und digitale Inhalte der Stadt werden möglichst barrierefrei zur Verfügung gestellt.

Wir möchten die gute Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitskreis der Behindertenorganisationen und den städtischen Gremien fortsetzen.

Integration

Die Integrationsvereinbarung, bei deren Entstehung die Freien Demokraten initiativ mitgewirkt haben, war die erste dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland und ist somit beispielhaft. Auf dieser Vereinbarung soll aufgebaut und neuen Herausforderungen begegnet werden. Dazu sind die Integrationskonzepte Wiesbadens kontinuierlich weiterzuentwickeln. Maßgeblich für uns ist dabei, dass Integration keine einseitige Serviceleistung, sondern ein von Respekt und Achtung geleiteter, beiderseitiger Prozess ist. Grundsätzlich ist interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung auszubauen. Bei Behördengängen soll eine Kommunikation in der Muttersprache des Kunden möglich sein, sofern entsprechende Sprachkenntnisse auf Verwaltungsseite verfügbar sind.

Verweis: zum Thema Englisch als Verwaltungssprache siehe Kapitel Digitale Verwaltung

Wir wünschen uns für ausländische Bürger mit Erstwohnsitz in Wiesbaden die Möglichkeit, auch ohne EU-Staatsangehörigkeit an Bürgerentscheiden nach §8b HGO teilnehmen zu können.

Die Freien Demokraten fordern, dass die Stadt Wiesbaden als Arbeitgeber nicht nur generell den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund erhöht, sondern dies vor allem auch in gehobenen Besoldungsgruppen ermöglicht. Dieses Ziel soll ausdrücklich nicht über eine Quote erreicht werden, sondern über die Schaffung eines Bewusstseins für die Vorbildwirkung bei den Personalverantwortlichen städtischer Stellen, zum Beispiel durch Mentoring-Programme und gezielte Werbemaßnahmen.

Eine stärkere Nutzung des Potenzials und der Vorbildfunktion von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund für die Heranführung von Jugendlichen an Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Kooperationsprogramme zwischen Schulen und Privaten ist notwendig. Insbesondere sind hier die Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer gefordert, durch spezielle Programme und Kampagnen zur Erhöhung der Ausbildungsquote in jenen Unternehmen beizutragen.

In Sportvereinen wird regelmäßig ein wichtiger Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendlichen geleistet. Folgerichtig werden finanzielle Hilfen für die Integrationsarbeit in den Kinder- und Jugendabteilungen der Wiesbadener Sportvereine bereitgestellt. Hier fordert die FDP einen Verteilungsschlüssel, der die tatsächlichen Integrationsbemühungen bei den Zuwendungen angemessen berücksichtigt.

Die Freien Demokraten wollen erreichen, dass städtische Mittel nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn auch von Seiten der Vereine/Vereinigungen sichergestellt ist, dass der Wunsch nach Offenheit und Kooperation gegenseitig ist. Die Vereine/ Vereinigungen sind verpflichtet, der Stadt entsprechende Unterlagen vorzulegen. Nur so kann verhindert werden, dass Vereinigungen finanziell unterstützt werden, deren Zielsetzungen dem Geist und den Maßgaben des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung zuwiderlaufen. Diese Regelungen sollen auch für die Vergabe von Mitteln durch den Ausländerbeirat gelten.

Die Freien Demokraten setzen sich für eine möglichst dezentrale Unterbringung der nach Wiesbaden kommenden Flüchtlinge ein. In diesem Zusammenhang wird angeregt, auch vermehrt bei privaten Wohnungseigentümern, um die Zurverfügungstellung von Wohnraum zu werben. Gemeinschaftsunterkünfte sollen dabei nur kurzfristige Zwischenstationen und keine dauerhafte

Lösung darstellen. Auch in Zukunft sollen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von Beginn an dezentral untergebracht werden

Wir setzen uns dafür ein, dass bereits vor Abschluss des Asylverfahrens ein Zugang zu Integrations- und Deutschkursen möglich ist. Zwar muss diese Kosten zunächst die Stadt tragen, wir setzen uns jedoch für eine Übernahme durch Land und Bund – wie bereits bei regulären Integrationskursen -ein. Ergänzt werden kann dieses Angebot durch die Bereitstellung von oft kostenlosen, digitalen Lernprogrammen.

Es soll Zugewanderten und Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, Schwimmen zu lernen, auch wenn sie schon das Alter für den Schulschwimmunterricht überschritten haben.

Gesundheit

Wiesbaden muss seinen Ruf als "Stadt der Gesundheit" mit einer langen Kurtradition und einer Vielzahl an hochmodernen Kliniken pflegen und ausbauen, um im Wettbewerb mit anderen Gesundheitszentren bestehen zu können. Die Ausgangsbedingungen dafür sind gut, denn Wiesbaden verfügt über zahlreiche Akutkrankenhäuser sowie mehrere Fach- und Kurkliniken mit hervorragender Reputation. Gemeinsam mit der TriWiCon wollen wir hier eine Gesamtkonzeption entwickeln, um Wiesbaden als Medizinstandort zu stärken. Die Freien Demokraten setzen sich für die Stärkung der Rheumatologie und der medizinischen Rehabilitation in Wiesbaden ein; dabei gilt es vor allem, durch geeignete Marketingmaßnahmen Gäste anzusprechen und nach Wiesbaden zu ziehen. Weiterhin setzen wir uns für die Etablierung des „Runden Tisch Gesundheit“ ein, einem Thinktank, in welchem die Expertise des Wiesbadener Gesundheitswesens sektorübergreifend für die Entwicklung neuer, zukunftsfähiger Konzepte nutzbar gemacht wird.

Für die Freien Demokraten stehen Aktionen zur Aufklärung über gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung, Hygiene, Impfungen, Zahngesundheit usw. im Mittelpunkt der kommunalen Gesundheitsprävention. Diese Aktivitäten haben zum Ziel, die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung zu verdeutlichen und zielgerichtet Menschen aufzuklären und zu aktivieren. Deshalb unterstützen wir die Arbeit des Forums für Prävention und Gesundheitsförderung. Das Angebot von zielgruppenorientierten Aufklärungsveranstaltungen wie zum Beispiel "Treppe statt Aufzug", "Händewaschen" oder die "Wiesbadener Gesundheitstage" sollen beibehalten werden. In Schulen und Kindertagesbetreuungseinrichtungen steht die Stadt Wiesbaden besonders in der Pflicht. Hierzu gehört für uns die flächendeckende, ausgewogene und gesunde Verpflegung der Kinder und Jugendlichen in Schulen und Kindertagesstätten.

Die Corona Pandemie hat die Bedeutung des Themas Impfen noch einmal weiter erhöht. Wir wollen grundsätzlich die Impfquote in der Bevölkerung erhöhen und die Bereitschaft zur Covid-19-Impfung durch sachliche Aufklärung fördern.

Die Freien Demokraten Wiesbaden fordern stärkere Kontrollen der Ordnungsbehörden in Verkaufsstätten, die altersbeschränkte Waren verkaufen. Hier ist auch die Arbeit des Präventionsrates besonders in den Blick zu nehmen. Besonders Jugendliche, die durch Alkoholmissbrauch auffallen, benötigen Hilfe von Seiten der Gesellschaft und der Stadt. Wir unterstützen weiterhin Projekte wie "HaLT", welche spezifische Hilfsangebote für Kinder- und Jugendliche, die nach exzessivem Trinken mit einer Alkoholvergiftung in einer Klinik aufgenommen werden müssen, bereitstellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung der Suchtpräventionsstellen in Wiesbaden ein.

Suchbekämpfung soll stärker in das Konzept der Wiesbadener Gesundheitstage eingebunden werden. Es sollten Informationsveranstaltungen, fachspezifische Vorträge, Informationsbroschüren und individuelle Projektarbeiten für Schulen und Eltern zum Thema Computersucht angeboten werden. An jeder Schule sollte eine Lehrkraft die Funktion eines Jugendmedienschutzbeauftragten wahrnehmen.

Die Stadt Wiesbaden soll sich an der Arbeit der Selbsthilfegruppen mit einem festen, angemessenen jährlichen Zuschuss beteiligen. Wir setzen uns weiter für das Selbsthilfezentrum sowie den Treffpunkt Gesundheit ein, zusätzlich sollen Instrumente entwickelt werden, mit denen die Angebote von Selbsthilfegruppen einen höheren Verbreitungsgrad erreichen.

Unserer Ansicht nach muss die mobile, beziehungsweise ambulante Pflege noch stärker ausgebaut werden. Um weiche Übergänge von ambulanter zu stationärer Versorgung zu schaffen, und somit dem Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ Rechnung zu tragen, sind insbesondere innovative Konzepte neuer Wohnformen mit Versorgungsangeboten, sozialraumorientierte Ansätze, Quartierslösungen und Hausgemeinschaftsmodelle im Rahmen der kommunalen Pflegestrukturplanung zu fördern. Die Freien Demokraten fordern ein spezielles Angebot zum längst möglichen Verbleib in eigener Häuslichkeit. Daher sollen von den städtischen Wohnbaugesellschaften – in Zusammenarbeit mit Trägern von Pflegeeinrichtungen – bedarfsorientierte Wohnformen, wie Pflegewohnen oder ambulant betreute Wohngruppen (z.B. spezielle Dementiellen-WGs) umsetzen. Die Freien Demokraten setzen sich für eine Verbesserung der wohnortnahen Versorgung mit klassischen Hausärzten insbesondere in den ländlich geprägten Vororten ein. Dies kann beispielsweise durch ein kommunales Förderprogramm der Übernahme von Praxen am gleichen Ort durch Nachfolger oder durch die Unterstützung von Arztzentren vor Ort geschehen.

Das Potential von medAQ, das stadt-eigene Gesundheitsportal, ist bestmöglich auszuschöpfen. Das Portal soll sich mittelfristig finanziell selbst tragen. Ansonsten ist ein Verkauf oder eine Einstellung des Projekts zwingend.

Die Stadt Wiesbaden ist Mehrheitsgesellschafter der HSK ohne Stimmenmehrheit. Daher hat sie keinen Einfluss auf das operative Geschäft der HSK. Das ist auch grundsätzlich in Ordnung, da die Stadt bereits einmal erfolglos den Betrieb der HSK versucht hat. Dennoch muss die Stadt im Rahmen ihrer Daseinsfürsorge stets den Anspruch deutlich machen, der von einem Krankenhaus der Maximalversorgung erwartet werden darf. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Personalsituation, insbesondere in der Pflege. Auch der Abwanderung ärztlicher Kompetenz ist nachhaltig entgegenzuwirken. Die Freien Demokraten stehen fest zu unserer HSK und lehnen eine Rekommunalisierung ab. Wir fördern und unterstützen die Entwicklung und den Ausbau lokaler Versorgungsverbände in Wiesbaden.

Gesellschaft



Ehrenamt

Gesellschaft gestalten, Vereine stärken.

Bürgerschaftliches Engagement.

Fast jeder Dritte der Wiesbadener Bürger und Bürgerinnen engagiert sich in seiner oder ihrer Freizeit ehrenamtlich und freiwillig – in Vereinen, in Verbänden, bei der Feuerwehr oder in Parteien, aber auch in vielen Initiativen und Projekten. Dieses Ehrenamt und dieses Bürgerengagement in Wiesbaden wollen wir aktiv fördern.

Das Ehrenamt ist eine unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft. Das Bedürfnis, anderen Menschen zu helfen oder unser Zusammenleben zu verbessern, treibt viele Bürgerinnen und Bürger täglich an, sich zusätzlich zu beruflichen und familiären Aufgaben für das Gemeinwohl einzusetzen. Oft füllen Ehrenamtliche durch ihr Engagement auch Lücken in der Versorgung unserer Gesellschaft. Wir Freie Demokraten sehen die Chancen in einer funktionierenden Stadtgesellschaft, in der neben Ehrenamt, Vereinswesen und Nachbarschaftshilfe auch eine gegenseitige Achtsamkeit hilft, dass diejenigen Verantwortung übernehmen für diejenigen, die Unterstützung benötigen. Gerade in Zeiten knapper Kassen sind die Kommunen mehr denn je auf ehrenamtliche Unterstützung angewiesen. Wir Freie Demokraten wollen dieses private Engagement unterstützen, soweit es uns möglich ist. Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen zu stärken, treten wir dafür ein, dass gerade dort, wo ehrenamtliche Arbeit stattfindet, dieses Engagement gefördert und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften und Bürokratie erschwert wird. Wir wollen eine Anerkennungskultur für das Ehrenamt weiter bestärken.

Mit den Leitlinien zur Förderung des Bürgerengagements und der Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung ist die Stadt in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Doch müssen beide Instrumente nicht nur noch stärker in der Verwaltung verinnerlicht, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv betrieben werden. Diesen Weg wollen wir besonders unterstützen.

Um den Herausforderungen für das Bürgerengagement dauerhaft und zukunftsorientiert zu entsprechen, werden wir einen regelmäßigen und intensiven Kommunikationsprozess in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützen, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und Maßnahmen und Prioritäten für das Bürgerengagement unserer Stadt festzulegen. Dabei wollen wir Einrichtungen, die sich als zentrale Stelle für das freiwillige Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen (beispielsweise das Freiwilligen-Zentrum oder die Wiesbaden Stiftung) weiter fördern. Viele Vereine leben vom Engagement ihrer häufig älteren Mitglieder. Der Umstieg auf digitale Arbeiten in Pandemiezeiten fällt hier schwerer als in anderen Umfeldern. Sollte das Land sein Förderprogramm "Digitales Ehrenamt" nicht weiterführen, wollen wir daher als Stadt mit ähnlichen Förderungen einspringen. An der VHS sollen zudem häufiger Kurse zur digitalen Führung im Ehrenamt (Kommunikation, Buchhaltung, etc.) angeboten werden.

Wir fordern die Einrichtung einer Servicestelle für Vereine, Initiativen und Projekte als zentrale Beratungs- und Anlaufstelle in allen Fragen der Führung eines Vereins bzw. der fachlichen Begleitung von Initiativen und Projekten. Diese sollen ehrenamtliche Kinder- und Jugendbetreuer in Vereinen auch dann unterstützen, wenn es um Themen der Gesundheits- und Gewaltprävention oder -erkennung geht. Zusätzlich wollen wir einen Anerkennungsfonds zur Wertschätzung von

freiwillig Engagierten schaffen und das Instrument der Ehrenamtskarte weiter stärken. Auch die Preise der Stadt Wiesbaden für besonderes bürgerschaftliches Engagement, wie z.B. die Wiesbadener Lilie, begrüßen wir weiterhin.

Ehrenamt braucht jedoch auch Orte zur Entfaltung. Daher wollen wir die bestehenden Bürgerhäuser erhalten, neue planen, wo dies aufgrund des Bedarfs oder der Bevölkerungsentwicklung nötig ist und diese Vereinen und Initiativen kostenfrei zur Verfügung stellen. Insbesondere bei der Bebauung des Ostfeldes ist auf die Errichtung eines Bürgersaales zu achten. Um die für die Stadt personalintensive und die Nutzer komplizierte Reservierung der Bürgerhäuser zu vereinfachen, soll dies künftig über ein Online-Tool der Stadt möglich sein, auf dem auch freie Zeitfenster angezeigt werden. Zur zeitgemäßen Ausstattung von Bürgerhäusern gehört darüber hinaus ein leistungsstarkes und stabiles WLAN-Netz, dass wir schnellstmöglich in allen Bürgerhäusern umsetzen wollen.

Um die ehrenamtlich Engagierten, gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit besser zu unterstützen und zu vernetzen wollen wir den Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember auch für eine städtische Veranstaltung zum Austausch und zur Weiterbildung nutzen.

Eine Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement ist, dass die Menschen sich darüber informieren können, was in der Stadt passiert. Dazu gehören unserer Ansicht nach auch die Debatten der Stadtverordnetenversammlung. Wir setzen uns dafür ein die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und über einen Live-Stream von den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen deutlich mehr Menschen als bisher zu ermöglichen, die Debatten zu verfolgen. Die Fahrt zum Rathaus, um dann die Sitzung von der Besuchertribüne aus zu verfolgen stellt unseres Erachtens nach für viele Bürger eine zu hohe Hürde dar. Diese wollen wir mit dem Livestream senken.



Wiesbaden ist die Heimat von vielen Vereinen in der Spitzenliga. Die Volleyball-Frauen des VCW spielen seit über 15 Jahren in der 1. Bundesliga, der SV Wehen Wiesbaden spielt in der 3. Liga Fußball und die Rhine River Rhinos treten in der ersten Rollstuhlbasketballbundesliga an. Darüber hinaus locken zahlreiche Großevents Sportlerinnen, Sportler und Zuschauer nach Wiesbaden. Die Freien Demokraten Wiesbaden möchten den Profisport und sportliche Großereignisse in der Stadt weiterhin unterstützen und möglich machen.

Verweis: zur Transparenz im städtischen Sponsoring siehe Abschnitt Konzern Stadt / Transparenz, zum möglichen Sportinternat in der Elly-Heuss-Schule siehe Abschnitt Schule und Bildung

Die Wiesbadener Sportvereine bieten umfangreiche Programme im Breiten- und Leistungssport an und sind deshalb in unserer Stadt von großer strategischer Bedeutung. Aus diesem Grund setzen sich die Freien Demokraten Wiesbaden auch zukünftig für die Wiesbadener Sportvereine ein. Die Themen Digitalisierung in der Mitgliederverwaltung, Kooperationen mit anderen Vereinen und Schulen und Unterstützung des Ehrenamts sind für uns wichtig. Besondere Unterstützung wollen wir den Vereinen darüber hinaus bei der Sanierung und Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen, bei den Energiekostenzuschüssen für Beleuchtungsanlagen, bei der Aus- und Weiterbildung von Übungsleitern und der Förderung der Jugend- und Integrationsarbeit geben.

Dort wo es möglich ist, wollen wir die Flächen von Schulen zur Freizeitgestaltung auch außerhalb der Unterrichtszeiten öffnen.

Das Wiesbadener Sportbudget im städtischen Haushalt ist insbesondere für die Unterstützung der Amateurvereine sowie des Breitensports gedacht. Der Profisport, insbesondere wenn er als Kapitalgesellschaft organisiert ist, muss sich jedoch zukünftig aus eigener Wirtschaftskraft ohne städtische Mittel finanzieren. Die Wiesbadener Sportförderung WiSpo wollen wir weiter unterstützen, um Spitzensportlern eine erfolgreiche Karriere zu ermöglichen.

Verweis: Zur Kooperation von Schulen mit Vereinen in der Nachmittagsbetreuung siehe auch Abschnitt Schule und Bildung

Die Freien Demokraten machen sich auch in Zukunft für den vereinsunabhängigen Sport stark. In anderen Städten haben sich Formate wie „Sport im Park“, bei denen es ein niederschwelliges sportliches Angebot für Menschen ohne Vereinsbindung gibt, bereits erfolgreich etabliert. Wir wollen diese Konzepte für Wiesbaden prüfen, um in unseren Parkanlagen für noch mehr Menschen Angebote zu schaffen, wobei es auch gezielt Angebote für Seniorinnen und Senioren geben soll.

Multifunktionale Sportflächen wie am Schlachthof haben sich als Treffpunkt für Sportler etabliert und tragen zur positiven Entwicklung der Flächen bei. Wir setzen uns für den Erhalt und bei entsprechendem Bedarf den Ausbau der Flächen ein.

Umwelt und Sport sind keine Gegensätze. Nur durch ein gezieltes Angebot an Sportflächen und für den Sport ausgewiesene Wege durch die Stadt kann verhindert werden, dass durch die Nutzung ungeeigneter Flächen Schäden entstehen. Wir setzen uns deshalb für die Erhaltung der Trimm-, Wander-, Rad- und Reitwege sowie der Mountainbikestrecke Gravity Trail am Schläferskopf ein. Auch Bolzplätze dürfen im Sinne der Kinder und Jugendlichen nicht zu kurz kommen. Gleichzeitig kann auch durch eine vorausschauende Sportpolitik ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. So haben

wir die Initiative unterstützt bei den zukünftigen Sanierungen von Kunstrasenplätzen in Wiesbaden auf Plastikgranulat zu verzichten und auf alternatives Verfüllmaterial, wie etwa eine Quarzsand-Kork-Mischung, zurückzugreifen. Dies kann den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt senken. In diesem Zusammenhang ist für die Freien Demokraten allerdings wichtig, dass eine möglichst hohe Nutzqualität für die Vereine gewährleistet bleibt und, dass bereits mit Granulat verfüllte Kunstrasenplätze bis zur nächsten Sanierung erhalten bleiben. Wir werden diese Umstellung weiter konstruktiv-kritisch begleiten.

Grünflächen sind für uns keine Freilichtmuseen, sondern Orte der aktiven Zusammenkunft und des Stadtlebens. Nutzungsverbote können deshalb immer nur das letzte Mittel der Wahl sein, um gefährdete Flächen insbesondere im Innenstadtgebiet zu schützen. Sport, picknicken und andere gesellschaftliche Aktivitäten müssen auch auf Grünflächen möglich sein, sofern der Denkmal- und Umweltschutz sowie die Anwohner nicht über Gebühr beeinträchtigt werden. In diesem Zusammenhang ist auf eine Sensibilisierung der Nutzer bei der Beseitigung von entstehendem Abfall hinzuwirken. Wir setzen uns darüber hinaus für einen Erhalt der bestehenden Grillplätze und Feuerstellen ein, um den Bürgerinnen und Bürger das legale und sichere Grillen in der Natur zu ermöglichen.

Die öffentlichen Plätze und Grünflächen müssen eine hohe Aufenthaltsqualität auch für junge Menschen bieten. Dazu gehört die Sicherstellung der Sauberkeit durch die Aufstellung von genügend Abfallbehältern und ein entsprechender Säuberungsrhythmus durch die Mitarbeiter der ELW, aber auch ein schlüssiges Beleuchtungskonzept. Bei Eventflächen ist auf eine klare Trennung von Kinderspielplätzen zu achten, damit diese auch wirklich den Kindern vorbehalten bleiben.

Die Freien Demokraten Wiesbaden unterstützen den Erhalt der Schwimmbäder und damit der Wasserflächen in der Stadt zum Wohle der Vereine, Schulen und Hobbyschwimmer. Dem Neubau des Sportparks Rheinhöhe stehen wir deshalb grundsätzlich positiv gegenüber. Von einer Überdimensionierung des Schwimmbads - gerade im Hinblick auf Extras, wie Saunalandschaften - raten wir vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dringend ab. Angesichts der bereits sprunghaft angestiegenen Baukosten haben die weitere Kostenkontrolle durch kluge Planung und die Schaffung zusätzlicher Schwimmflächen für Vereine und Schulen oberste Priorität.

Der Bäderbetrieb wird auch in den nächsten Jahren auf Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt angewiesen bleiben. Da die Schwimmflächen einen Teil der städtischen Daseinsvorsorge darstellen, unterstützen die Freien Demokraten eine angemessene Finanzierung aus Steuermitteln. Die extern durchgeführte Organisationsuntersuchung der städtischen Bäder hat ein hohes Verbesserungspotential bei Struktur und Angebot der städtischen Bäder identifiziert. Die noch offenen Punkte aus dem Maßnahmenkatalog sollen daher schnellstmöglich umgesetzt werden.

Erschreckend ist jedoch, dass selbst die Premiumangebote, wie das Opelbad und die Kaiser-Friedrich-Therme ein jährliches Zuschussgeschäft sind. Beide Angebote wollen wir (unter Berücksichtigung ihres Status als Baudenkmäler und den damit einhergehenden erhöhten Erhaltungs- und Betriebskosten) zukünftig ohne Defizite im laufenden Geschäft betreiben.

Im Falle des "Lufti" am Standort Unter den Eichen wollen wir neue Wege gehen und dieses Gelände zukünftig auch als Open-Air-Co-Working-Space vermarkten und hierfür mit WLAN, passenden Tischen und der notwendigen Infrastruktur ausstatten.

Im laufenden Betrieb aller Bäder möchten wir einen größeren Schwerpunkt auf die Finanzierung durch den Vor-Ort-Konsum statt auf die Eintrittsgelder legen. So können Eintrittspreise und städtische Zuschüsse niedrig gehalten werden. Bei der Neuverpachtung von Gastronomieflächen ist mit den

Pächtern daher ein Leistungskatalog und eine Umsatzbeteiligung zu vereinbaren, der auf hochwertigere Angebote und höhere Einnahmen setzt.

Mit den wärmer werdenden und länger andauernden Sommern muss auch eine Überprüfung der Öffnungs- und Saisonzeiten einhergehen. Wir wünschen uns insbesondere für die landschaftlich besonders ansprechenden Freibäder Opelbad und Maarau in den Sommermonaten längere Öffnungszeiten und (unter Beachtung des Lärmschutzes) auch vermehrt abendliche Events.

Die Freien Demokraten Wiesbaden setzen sich auch weiterhin dafür ein, dass Großveranstaltungen wie zum Beispiel der Ball des Sportes, das Pfingst-Reitturnier oder der City-Biathlon in Wiesbaden stattfinden. Die Veranstaltungen beleben die Stadt und sind ein wichtiges Marketinginstrument. Es ist jedoch darauf zu achten, dass die Veranstalter ihr unternehmerisches Risiko nicht auf die Stadt abwälzen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiluftveranstaltungen auf ausgewiesenen Grünflächen stattfinden. Besonderer Fokus liegt auf den Grünflächen des Schlachthofgeländes. Diese soll sich im Sommer als Ort des Zusammenkommens verstehen. Dafür soll es möglich sein, Partys auch draußen einfacher veranstalten zu können. Wiesbaden versteht sich als Kulturstadt, die die Freizeitaktivitäten junger Erwachsener fördern möchte.

Die Eiszeit hat sich in den letzten Jahren in Wiesbaden zu einer Institution und zu einem Treffpunkt für Familien in der Winterzeit entwickelt. Wir bedauern es sehr, dass die Fläche hinter dem Staatstheater für die Durchführung der Eiszeit in Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht. Der neue Standort an den Kurhauskolonnaden ist aus Sicht der Freien Demokraten Wiesbaden kein guter Ersatz, da hier die Aufstellmöglichkeiten für Essens- und Getränkestände deutlich reduziert sind. Von Seiten der Ortsbeiräte hat es viele überlegenswerte Vorschläge für einen neuen Standort gegeben, so z.B. den Kranzplatz oder den Bahnhofsvorplatz. Wir wollen daher, dass sich drei bis vier geeignete Standorte für die Wiesbadener Eiszeit ab 2021 jährlich abwechseln.

Verweis: Zum Thema Belebung der Innenstadt siehe auch Kapitel Wirtschaft / Innenstadt

Der Rhein mit seinen Auen ist eines der schönsten Wiesbadener Naherholungsgebiete. Es bedarf allerdings insbesondere am Wochenende einer kürzeren Taktung der Busverbindungen von und zum Schiersteiner Hafen und an das Biebricher Schloss. Der Erhalt und der Zugang zur Rettbergsaue als wichtige Freizeiteinrichtung müssen weiterhin gewährleistet sein.

Verweis: Zum Thema Rheinpromenade siehe Kapitel Stadtentwicklung, zum Thema Rheinwiesen siehe Kapitel Umwelt

Sicherheit & Sauberkeit

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit und Entfaltung, aber auch konsequenten Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Wiesbaden an allen Orten und zu jeder Zeit sicher fühlen dürfen. Sowohl die objektive Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger muss daher gestärkt werden.

Die Waffenverbotszone in der Innenstadt hat sich genau wie die Alkoholverbotszone am Platz der deutschen Einheit in der praktischen Erprobung als regelrechter Papiertiger erwiesen. Gemäß einer Umfrage hat sich das Sicherheitsgefühl von jungen Menschen nicht verbessert. Wie befürchtet, wurden die Kontrollen häufig dazu genutzt, Bürgerinnen und Bürger auf andere kleinere Vergehen wie beispielsweise den Besitz geringer Mengen an Drogen zu kontrollieren. Wir wollen daher Angsträume und problematische Plätze durch gezielte stadtplanerische und soziale Maßnahmen reduzieren. Hierfür gibt es mehrere Ansätze, wie z.B. die Schaffung von überschaubaren und hellen öffentlichen Räumen, eine erhöhte Polizeipräsenz (gemeinsame Patrouillen von Landes- und Stadtpolizei) gerade in den Nachtstunden und den gezielten Einsatz von Sozialarbeitern und -arbeiterinnen bei den verschiedenen Problemgruppen.

Die Aufspaltung in Stadt- und Verkehrspolizei ist auf ganzer Linie gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger sind nach wie vor unsicher, ob sie sich an die eine oder andere Polizeiorganisation wenden sollen. Statt von städtischer Seite sofort zu helfen, werden die Bürgerinnen und Bürger trotz massivem Personalaufbau in beiden Ämtern oftmals an die jeweils andere verwiesen. Unterschiedliche Erreichbarkeiten insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende machen das Chaos perfekt. Das ist ein inakzeptabler Zustand und widerspricht dem Servicegedanken der Stadt. Wir wollen daher Stadt- und Verkehrspolizei wiedervereinigen und eine einheitliche Wiesbadener Sicherheits- und Servicezentrale einrichten, bei der sich die Bürgerinnen und Bürger melden können und die bei Problemen schnelle Abhilfe schafft. In diesem Zusammenhang soll auch ein Beschwerdemanagement eingerichtet werden, um die hohe Service- und Dienstleistungsqualität sicherzustellen.

Die neue Wache der Stadtpolizei in der Mauritiusgalerie hat sich grundsätzlich bewährt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kurze Wege zu ihren Einsatzorten ermöglicht. Die äußere Gestaltung der Wache (schwere Stahltüren, zugehängte Fenster, mangelnde Außenbeleuchtung) lädt jedoch Bürger nicht dazu ein, mit ihren Problemen auf die Wache zu kommen. Wir setzen uns dementsprechend für eine einladende und leicht zugänglichere Gestaltung der Wache ein, um diese insbesondere am Abend zu einer echten Anlaufstation für Bürgerinnen und Bürger in Sorge oder Not weiterzuentwickeln.

Eine Bewaffnung der Stadtpolizei mit Schusswaffen lehnen wir auch weiterhin strikt ab.

Ein Brennpunkt in Bezug auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger sind weiterhin die Haltestellen des ÖPNV. Wir wollen die Sicherheit von Haltestellen durch intelligente Beleuchtungskonzepte sowie die Einrichtung von Notrufschaltern an Hotspot-Haltestellen verbessern. Einer Ausweitung der Videoüberwachung an Haltestellen und öffentlichen Plätzen stehen wir insgesamt skeptisch gegenüber, da sie Straftaten, die häufig im Affekt geschehen, nicht verhindern.

An besonderen Gefahrenpunkten, wie bspw. dem Bahnhofsvorplatz, kann in Einzelfällen eine gezielte Videoüberwachung geboten sein. Darüber hinaus wollen wir nach dem Vorbild der S-Bahnen in den Abendstunden verstärkt Sicherheitspersonal im ÖPNV und an den Haltestellen einsetzen.

Wiesbaden ist mit dem Ortsbezirk Westend/Bleichstraße Modellkommune des KOMPASS Projektes des Landes. KOMPASS steht dabei für das KOMmunalProgrAmm SicherheitsSiegel und ist insbesondere auf Prävention ausgerichtetes Sicherheitskonzept, das gemeinsam mit Beraterinnen und Beratern der Landespolizei erstellt wird. Teil des Konzeptes ist auch die Einrichtung eines Schutzmanns bzw. einer Schutzfrau vor Ort. Diese nehmen selbständig und eigenverantwortlich präventive Aufgaben wahr und sind Ansprechpartner der lokalen Bevölkerung. Wir wollen das Konzept in Zukunft noch auf andere Stadtteile in Wiesbaden ausweiten und werden uns dafür beim Land einsetzen. Sofern die Landespolizei dafür keine weiteren Kräfte zur Verfügung stellen kann, setzen wir uns für die Durchführung mit Kräften der Stadtpolizei ein.

Verweis: Zu den Zufahrtsbeschränkungen in der Wiesbadener Innenstadt siehe Kapitel Innenstadt.

Sauberes Wiesbaden

Altglascontainer sind an vielen Stellen in unserer Stadt regelrechte Sammelbecken für Müll und Verschmutzung im direkten Umfeld. Wir wollen nicht nur in Neubaugebieten die Versenkung dieser Containeranlagen im Boden (Unterflurcontainer). Dazu sollen den kommenden fünf Jahren schrittweise auch bestehende Standorte umgerüstet werden. Die Erfahrung zeigt, dass das Umfeld der Unterflurcontainer sauberer und leiser ist und diese zudem einen barrierefreien Zugang zur Entsorgung von Glas bieten.

Früher nahmen Apotheken abgelaufene Medikamente an und sorgten für eine ordnungsgemäße Entsorgung der Substanzen. Wir wollen – ähnlich der Batterieentsorgung – einen zentralen Behälter zur Entsorgung von Medikamenten aller Art aufstellen.

In vielen Parkanlagen Wiesbadens stehen offene Müllbehälter aus Holz. Hier kommen Tauben und Nilgänse ohne Probleme an Essensreste heran und verteilen den Müll im gesamten Park. Auch bei starkem Wind und Unwetter passiert es, dass Müll aus den Eimern geweht wird und sich großflächig verbreitet. Das vermüllt nicht nur den Park, sondern lockt auch Tiere an. Darüber hinaus sehen die alten Holzbehälter mittlerweile marode und heruntergekommen aus. Es wird dringend Zeit, dass sich hier etwas tut. Die Freien Demokraten setzen sich daher für den Austausch der alten Mülleimer ein und fordern die Installation neuer Abfallbehälter mit entsprechendem Deckel- oder Einwurfsystem. Dank dieser Erneuerung soll verhindert werden, dass Tiere weiterhin an die Essensreste gelangen und Müll bei starkem Wind im Park verteilt wird. Das erleichtert nicht nur die anschließende Müllentsorgung durch die ELW, sondern leistet auch einen wertvollen Beitrag zur Sauberkeit in unseren Wiesbadener Parks.

Insbesondere im Sommer sollen Grünflächen und Plätze der Landeshauptstadt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ELW begangen werden, um durch gezielte Gefährderansprachen einer Vermüllung direkt vorzubeugen.

Pfandflaschen sollten nicht in die Abfallbehälter geworfen werden, um sie weiterhin dem Recyclingkreislauf zuführen zu können. Um den Bürgerinnen und Bürgern trotzdem die Möglichkeit zu geben, Pfandflaschen an öffentlichen Orten zu entsorgen, setzen wir uns dafür ein nach dem Vorbild der Stadt Frankfurt an öffentlichen Mülleimern Pfandringe anzubringen.

Um der wilden Ablagerung von Sperrmüll Einhalt zu gebieten, sollen insbesondere in den besonders betroffenen Gebieten wie dem Inneren Westend seitens der Stadtpolizei verstärkte Kontrollen durchgeführt und Sanktionen umgesetzt werden. Das gilt auch für die zu Werbezwecken in der Fußgängerzone oder am Bahnhof aufgestellten Fahrräder.

Die App „Sauberes Wiesbaden“ wollen wir als niederschwelliges Angebot an die Bürgerinnen und Bürger weiter unterstützen und zu einer Full-Service-App mit weiteren Themen wie Energiesauberkeit, Vandalismus, kaputte Laternen, schlechter Zustand der Straßen und Gehwege, notwendige Pflege von Grünflächen und Lichtverschmutzung ausbauen.

Mittelfristig wollen wir ein System des Smart Waste Managements in der Stadt etablieren. Durch den Einsatz von Sensoren wird der Füllstand der Container automatisch überwacht und an ein Computersystem zurückgespielt. Im Ergebnis lässt sich dadurch Zeit, Geld und CO₂ einsparen, da nur die gefüllten Container angefahren werden müssen. Außerdem erhält die Stadt schneller Informationen, wo ggf. mehr Container oder kürzere Leerungszyklen notwendig sind, weil die vorhandenen Container sich innerhalb kürzester Zeit füllen.

Die hohe Taubenpopulation in Wiesbaden ist in den letzten Jahren immer mehr zum Problem geworden. Die Stadt selbst betreibt mehrere Taubenschläge zur Populationskontrolle, in denen die Tiere auch gefüttert werden. Die Evaluation hat gezeigt, dass die Taubenschläge nicht zu einer Reduktion der Population geführt haben. Daher setzen wir uns zumindest für eine Abschaffung des zusätzlichen Nahrungsangebots ein, um die Situation nicht weiter zu verschlimmern. Bauliche Mittel zur Taubenabwehr (bspw. Metallspitzen sowie neuartige vergleichbare Lösungen und Netze) sollen insbesondere an denkmalgeschützten Objekten vermehrt zum Einsatz kommen, um Beschädigungen durch Taubenkot vorzubeugen.

Das Füttern von Wildtieren ist im Gebiet der Stadt Wiesbaden zu Recht untersagt. Wir setzen uns dafür ein, dieses Verbot – insbesondere auf öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen - stärker durchzusetzen. In den letzten Jahren kam es im Gebiet der Stadt Wiesbaden, bspw. in Sonnenberg, vermehrt zu Schäden durch Wildschweine. Wir setzen uns für einen engen Dialog mit der zuständigen Forstbehörde ein, um das Problem zum Wohle und zur Sicherheit der Anwohner zu lösen.



Wir Freien Demokraten sehen Umwelt- und Klimaschutz als eine Kernaufgabe von Staat und Gesellschaft an. Unser politisches Handeln verfolgt das Ziel, dass auch nachfolgende Generationen in einer intakten Umwelt bei stabilem Klima zusammenleben können. Dies kann nur durch gesamtgesellschaftliches Handeln und technologische Innovation gelingen. Der menschengemachte Klimawandel muss vor allem auf globaler Ebene bekämpft werden. Dennoch können wir auch auf kommunaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten und ein Bewusstsein schaffen. Bei Klimaschutzmaßnahmen muss darauf geachtet werden, dass sie unter breiter Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet und getroffen werden. Nur so erhalten sie die notwendige Akzeptanz. Sie sollten wirtschaftlich angemessen, sozialverträglich, effektiv und effizient sein. Andere europäische Städte wie zum Beispiel Helsinki oder Wien gehen mit Innovationswettbewerben (Helsinki Energy Challenge) oder klugen Anreizsystemen (Kulturtoken - CO₂ Reduktion für Kultur) zur Verringerung des CO₂-Fußabdrucks voran. Für Wiesbaden kann das eine Blaupause sein.

Bei einer notwendigen Flächenversiegelung müssen Ersatzflächen geschaffen werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine bestmögliche Naherholung zu ermöglichen. Horizontale Wandgestaltung und Dachbepflanzung zum Schutze der Umwelt und zur Verbesserung des Mikroklimas sollen unkompliziert möglich sein. Bei städtischen Neubauten wollen wir auch die Themen Solaranlagen und Photovoltaik mitdenken und prüfen, ob eine Solarnutzung unter Abwägung der örtlichen Gegebenheiten Sinn ergibt. Die Freien Demokraten setzen sich für den Erhalt der Grün- und Ackerflächen ein. Damit werden nicht nur die Frischluftschneisen der Stadt erhalten; sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität.

Verweis: Zum Thema Flächenversiegelung, Dachbegrünung und CO₂-sparende Bauweise siehe auch das Kapitel Stadtentwicklung

Wiesbaden muss bei allen seinen Anstrengungen zur notwendigen Reduzierung seines CO₂-Ausstoßes evidenzbasiert vorgehen. Zu oft wurden bisher teure und prestigeträchtige Maßnahmen eingesetzt, ohne dass es sich dabei um eine effiziente Lösung zur Erreichung der Klimaziele handelt. Für die Zukunft wollen wir die ergriffenen Maßnahmen danach bewerten, welche Wirkung sie auf die Reduktion des CO₂-Ausstoßes haben. Hierbei geben wir solchen Maßnahmen den Vorrang, die pro investierten Euro den CO₂-Ausstoß am stärksten senken.

Zur Umsetzung dieser Strategie werden wir die Einführung des digitalen Ressourcenmanagements forcieren. Durch die digitale Erfassung von Gebäuden, Energieverbräuchen und weiteren Ressourcen über das Computer Aided Facility Management (CAFM) wird es uns in Zukunft möglich sein, auf der Basis dieser Daten zum Beispiel Sanierungen gezielt und unter den Anforderungen des Klimaschutzes zu planen und umzusetzen.

Beim Umweltschutz muss die Wiesbadener Stadtverwaltung Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger sein und von ihnen nichts verlangen, was sie nicht auch für sich selbst umsetzen wollte. Die schnellstmögliche Umrüstung des städtischen Fuhrparks gehört ebenso dazu wie die papierlose Verwaltung, die gleichzeitig CO₂ und Kosten einspart.

Die Veränderung des Stadtklimas stellt Wiesbaden vor neue Herausforderungen. Die Gesundheit der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener und die allgemeine Lebensqualität leiden unter Hitzewellen im Sommer, die sich durch die Kessellage mit wenig Luftzirkulation besonders belastend auswirken.

Leider erschöpft sich die städtische Umweltpolitik derzeit in Einschränkungen des Autoverkehrs. Dieses Vorgehen ignoriert, dass ein beträchtlicher Anteil der CO₂-Emissionen und anderer Luftschadstoffe auf die Beheizung von Wohn- und Gewerbeimmobilien entfällt. Insbesondere die zahlreichen Altbauten in der erweiterten Wiesbadener Innenstadt sind durch mangelnde Dämmung und die Deckenhöhen für viele Emissionen verantwortlich. Hier bedarf es Anreize und einer Vorbildwirkung der öffentlichen Hand, um energetische Sanierungen im Bestand attraktiver zu gestalten. Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas:

1. Instandsetzung und Ausbau von Brunnen und weiteren Wasserbecken, um durch Verdunstungseffekte Abkühlung zu bewirken
2. Verwendung heller Fahrbahnbeläge bzw. Fahrbahnbeläge die entstehenden Gummiabrieb nicht als Feinstaub an die Luft abgeben bei Erneuerungen und dem Neubau von Straßen. Dadurch werden die starken Aufheizungseffekte vermieden. Auch die Beschattung durch Straßenbäume kann hierzu beitragen
3. Bessere Hitzeisolation von Gebäuden. Städtische Gebäude sollen zunehmend mit hellen Fassaden ausgestattet und Wandbeschattungen eingesetzt werden. Auch bei der Begrünung von Fassaden sollte die Stadt bei ihren Liegenschaften mit gutem Beispiel vorangehen.
4. Bessere Verschattung von öffentlichen Plätzen und Spielplätzen durch Bäume.

Neben städtischen Initiativen können auch private Haushalte auf innovativem Wege zur Einsparung von CO₂ beitragen. Hier sei zum Beispiel das Thema Balkonkraftwerke – also Photovoltaikanlagen für den heimischen Balkon genannt, die wir zusammen mit anderen Maßnahmen bekannter machen wollen.

Wir fordern eine insektenfreundliche Bepflanzung von öffentlichen Grünflächen. Grünflächen haben – zusätzlich zu Frischluftschneisen – einen kühlenden Effekt, der mehrere hundert Meter in Wohngebiete hineinwirkt. Zudem sinkt die Schadstoffkonzentration in der Luft. Die Veränderungen des Klimas – insbesondere die heißen und trockenen Sommer – haben auch vor den Bäumen im Stadtgebiet nicht Halt gemacht. Im Rahmen von Neupflanzungen sollte hier deshalb insbesondere Wert auf hitze- und trockenheitsresistente Sorten gelegt werden, um auch in Zukunft lebendige Grünanlagen zu erhalten.

Viele Bürger schaffen durch kreative Bepflanzungen von öffentlichen Flächen (beispielsweise rund um Straßenbäume herum) neue Erholungsräume und tragen so zur Verbesserung des öffentlichen Klimas bei (sogenanntes Urban Gardening). Diese Bepflanzungen sollen – solange sie niemandem schaden – auch von der Stadt geduldet werden. Die Förderung von Begrünung privater Flächen im Rahmen des Projektes Stadtgrün soll möglichst unbürokratisch fortgesetzt werden.

Wir fordern einen besseren Schutz der Kanalisation durch Erweiterung und Ertüchtigung der Notüberläufe. Bei der Neuanlage von Parkplätzen sollte immer auf eine Durchlässigkeit des Belags geachtet werden. Grundsätzlich setzen wir uns für die Entsiegelung von Flächen ein, um mehr natürliche Abflussmöglichkeiten zu schaffen. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob sich insbesondere in regenreichen Monaten oder bei Starkregen das Regenwasser auffangen und dann in trockenen Monaten zur Bewässerung von Grünanlagen einsetzen lässt.

Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen erhebliche negative gesundheitliche Auswirkungen durch LED-Beleuchtung mit einem hohen Blaulichtanteil auf. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig neue elektrische Straßenlaternen ausschließlich mit 32 LED-Beleuchtung mit warmweißer Lichtfarbe aufgestellt werden sollen. Bestehende Leuchten sollen schnellstmöglich entsprechend umgerüstet werden.

Die Freien Demokraten unterstreichen die Bedeutung von sauberer Luft für die Gesundheit der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger. Atemwegserkrankungen können wir minimieren. Deshalb setzen wir uns auch für eine ideologiefreie Technologieoffensive ein, die das Ziel der Immissionsreduzierung erfüllt. Eine einseitige Förderung einzelner Technologien lehnen wir ab. Als einen ersten Schritt wollen wir den städtischen Fuhrpark nach Möglichkeit auf emissionsfreie Antriebe umstellen. Weiterhin ist zu prüfen, ob die verpflichtende Aktivierung der Elektromotoren in Hybridfahrzeugen im Stadtgebiet – wie sie in einigen Städten bereits umgesetzt wird - eine Option zur weiteren Verbesserung der Luftqualität ist. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität sind der konsequente Einbau von innovativen Luftfilteranlagen bei Holzöfen oder Anreize für deren Stilllegung, die in besonderem Maße zur Verschlechterung der Luftqualität in kalten Monaten beitragen. An besonders belasteten Straßenzügen wollen wir darüber hinaus den Einbau von Luftfilteranlagen zur Herausfilterung von Stickoxiden prüfen. Auch andere innovative Lösungen wie beispielsweise CityTrees - spezielle Konstruktionen mit Moosen - kommen zur Feinstaubfilterung und Kühlung der Luft in Betracht.

Die Rheinwiesen in Biebrich bieten großes Potential, um ein attraktives Freizeitgelände für die Menschen vor Ort und ganz Wiesbaden zu schaffen. Dazu bedarf es aber einer verbesserten Infrastruktur und vor allem der Entgiftung der arsenbelasteten Stellen. Wir fordern, dass die Abtragung der belasteten Stellen mit Priorität vorangetrieben wird.

Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Wiesbadener Trinkwasser sind eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen diese in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Mengen sichern. Dies ist nur dann möglich, wenn insbesondere das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Deshalb müssen Einträge (z. B. aus Landwirtschaft oder durch Medikamente) reduziert werden, wenn eine Gefährdung vorliegt.

Verweis: Zur Entsorgung von Medikamenten siehe auch Kapitel Sicherheit & Sauberkeit

Vor dem Hintergrund des Trinkwasserschutzes sehen die Freien Demokraten die Planungen von Windrädern auf dem Taunuskamm weiterhin kritisch. Die Qualität des Trinkwassers hat für uns oberste Priorität. Wir werden uns daher in der Regionalversammlung Südhessen und in den Wiesbadener Gremien weiterhin dafür einsetzen, dass dem berechtigten Interesse der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener an sauberem Trinkwasser der Vorrang eingeräumt wird. Darüber hinaus stehen wir diesem Projekt aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Naherholungsgebietes (weiterhin) ablehnend gegenüber.

Obwohl sowohl das Regierungspräsidium Darmstadt als auch der allergrößte Teil der betroffenen städtischen Ämter sich kritisch gegenüber dem Festhalten am Errichten der Windräder auf dem Taunuskamm geäußert haben, hält der Magistrat durch seine Beteiligung an der ESWE Taunuswind an dem Projekt fest. Dies lässt auch den mühsam ausgehandelt Kompromiss mit unseren Nachbargemeinden außer Acht, die sich ebenfalls gegen das Projekt wehren. Im letzten Entwurf des Teilplans Erneuerbare Energien Südhessen sind aus diesen guten Gründen die Flächen von der Bebauung mit Windkraftanlagen ausgenommen worden. Wir Freie Demokraten setzen uns daher in Übereinstimmung mit den Nachbarkommunen, Umweltverbänden und dem Regierungspräsidium für einen Entwicklungsstopp der Windräder auf dem Taunuskamm ein. Um den Anteil der erneuerbaren Energien am Wiesbadener Strommix weiter zu erhöhen, soll zum Ausgleich geprüft werden, inwieweit die ESWE Versorgung ihre Beteiligungen an Offshore-Windparks und der Erzeugung anderer erneuerbarer Energien aufstocken kann.

Zum Thema Umweltschutz gehört für uns auch das Thema Müllvermeidung. Wir wollen bei den Bürgerinnen und Bürger konsequent für dieses Thema werben. Bei öffentlichen Veranstaltungen und Festivitäten wollen wir darauf hinwirken möglichst nur recycelbare Verpackungsmaterialien und Geschirr einzusetzen, auch bei privaten Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen wollen wir bei den Betreibern für den Einsatz von Recyclingprodukten werben. Wir setzen uns dafür ein nach dem Vorbild der Stadt Mainz einen Spülwagen anzuschaffen, der an die Veranstalter kleiner Straßenfeste vermietet werden kann und neben Spülinfrastruktur auch spülbares Geschirr (=Geschirrpooling) enthält.

Verweis: Zur Erweiterung der App „Sauberes Wiesbaden“ siehe Kapitel Sicherheit und Sauberkeit

Verweis: Zum Thema Mikroplastik in Kunstrasenplätzen siehe Kapitel Sport und Freizeit

Die Freien Demokraten treten für die Stärkung der Wiesbadener Wälder ein. Diese stellen nicht nur wertvolle Naherholungsgebiete dar, die in der Corona-Krise von mehr Menschen als je zuvor zur Zerstreuung und körperlichen Betätigung genutzt wurden; sie können auch ein Beitrag Wiesbadens zur Bekämpfung des Klimawandel sein, da sie schädliches CO₂ binden und als Sauerstoffquelle dienen. Wir haben daher schon in den vergangenen Haushaltsberatungen mehr Mittel für Aufforstungsmaßnahmen gefordert und wollen diesen Weg fortsetzen.

Der Klimawandel und die steigenden Temperaturen werden auch unsere Wälder verändern. Die Stadt muss sich schon jetzt darauf einstellen, dass bisher hier beheimatete Baumarten keine optimalen Klimabedingungen mehr vorfinden werden. An ihre Stelle werden Baumarten treten, die bisher eher in südlicheren Gefilden zu finden sind oder temperatur- und niederschlagsunabhängiger gedeihen. Der städtische Forst sollte diese Klimaanpassung des Waldes durch eine proaktive Ansiedlung unterstützen.

Kultur

Kultur bringt Menschen zusammen, erhöht die Lebensqualität unserer Stadt und erzeugt den notwendigen Rahmen für den gesellschaftlichen Diskurs.

Eine vielseitige und moderne Kunst- und Kulturszene ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden und für die Rhein-Main-Region unverzichtbar. Ziel der Freien Demokraten ist die kulturelle Vielfalt in Wiesbaden auf hohem Niveau zu erhalten und den Kulturstandort Wiesbaden für Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste weiter auszubauen. Die Freien Demokraten in Wiesbaden setzen sich dafür ein, dass in Wiesbaden jeder ein Kulturangebot findet, mit dem er sich identifizieren kann.

Im Mittelpunkt liberaler Kulturpolitik stehen Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung. Behördliche Regulierungseingriffe in das Eigenleben kultureller Institutionen lehnen die Freien Demokraten ab. Liberale Kulturpolitik soll in Wiesbaden daher immer offen für neue Wege und neue Ideen sein.

Museen

Gegenwart und Vergangenheit prägen gleichermaßen die Identität einer Stadt. Als Landeshauptstadt mit römischer Tradition muss die Geschichte Wiesbadens angemessen präsentiert werden. Die Freien Demokraten setzen sich für die Pflege und Förderung aller Museen in Wiesbaden und in den Vororten ein. Die Realisierung eines echten Stadtmuseums für Wiesbaden wird weiterverfolgt. Nichtsdestoweniger begrüßen wir den Bau des Ernst-Museums an der Wilhelmstraße als gelungenes Beispiel einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt und einem privaten Stifter.

Theater

Das Hessische Staatstheater ist ein wichtiges Aushängeschild für unsere Stadt und gehört zu den am stärksten frequentierten Bühnen in Deutschland. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass das Hessische Staatstheater in seiner Unabhängigkeit bei der Programmgestaltung und der Auswahl der Anbieter künstlerischer Leistungen in den Bereichen Klassik, Oper, Ballett, Unterhaltung und der Familien-, Kinder- und Jugendprogramme vorbehaltlos erhalten bleiben. Stadtparlament und Magistrat müssen sich dafür einsetzen, dass die Aufwendungen der Stadt Wiesbaden für Bühnen und Theater in entsprechender Höhe stets berücksichtigt werden. Die Internationalen Maifestspiele und die Theaterbiennale sollen weiter gefördert werden.

Die privaten Bühnen und Theater ergänzen in reichem Maß das Theaterleben, besonders auch in den jeweiligen Stadtteilen. Die Stadt sollte bei Raumproblemen unterstützend tätig werden. Die Bemühung um Sponsoren sind zu aktivieren.

Freie Kulturträger

Freie Kulturträger in Wiesbaden sind eine wesentliche Säule für Qualität und Vielfalt von Kunst und Kultur. Sie finanzieren sich hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Sponsoring (in Vereinen) oder durch Eintrittsgelder und Werbung (in Kulturbetrieben). Die wirtschaftlichen Risiken von Kulturangeboten und -vermittlung tragen sie dabei selbst und wurden zuletzt durch die Corona-Krise in ihrer Existenz bedroht. Gerade für diese Kulturträger wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und eine Kulturpolitik für die Freie Szene auf Augenhöhe mit öffentlichen Kulturträgern aufbauen. Oft haben zeitgenössische Kunstformen wie Graffiti oder Poetry-Slam noch keine oder nur

unzureichende Räumlichkeiten, von Proberäumen bis Aufführungsorten. Diese gelten auch für Künstler der bildenden und darstellenden Künste sowie Musiker und Tänzer.

Die Ausstellungen von Kunstwerken im öffentlichen Raum sollen weiterhin erhalten bzw. ausgebaut werden, z.B. Kunstsommer, etc.

Mit dem Kulturentwicklungsplan erhalten die Wiesbadener Kulturschaffenden über die Laufzeit der Förderperiode Planungssicherheit.

Jugendkultur: Bekenntnis zur Folklore-Nachfolge/ Jugendkultur

Die Freien Demokraten setzen sich weiterhin für ein Jugendkulturfestival in der Tradition des Folklore-Festivals ein und wollen die notwendigen Förderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden dafür erhalten. Konzept und Organisation müssen jedoch mit der Community erfolgen. Ein von oben aufgestülptes und extern organisiertes Festival, das aus städtischen Geldern gefördert wird, lehnen wir ab.

Freiluftveranstaltungen und die Pflege von Brauchtum sind Bestandteile der Lebensqualität und kulturellen Vielfalt in Wiesbaden. Sie sind allerdings mit Geräuschemissionen verbunden. Beliebte Veranstaltungen wie ehemals Folklore und dessen Nachfolge, Konzerte und Straßenfeste sollen nicht durch Beschwerden einzelner Anwohnerinnen und Anwohner in ihrem Bestand gefährdet werden. Die Realisierung von Veranstaltungen im Freien für Kunst und Kultur muss unbürokratischer als bisher möglich werden. Wir fordern, die Notwendigkeit von Verwaltungsaufgaben zu überprüfen und die teilweise prohibitiven Abgabegebühren für Kulturträger zu senken. Gerade das bürgerschaftliche Engagement von Initiativen der Freien Szene darf nicht auf diese Weise untergraben werden

Verweis: Zum Thema Nachtbürgermeister siehe Kapitel Wirtschaft

Erinnerungskultur (Alte Synagoge, Rampe Schlachthof, Sinti-und-Roma-Denkmal, Stolpersteine)

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die Erinnerungskultur in Wiesbaden weiter zu stärken. Auch wenn die Zeitzeugen weniger werden, dürfen die Erinnerungen an die Gewaltherrschaft und die Verbrechen im Nationalsozialismus nicht verblasen. Den Wiesbadener Schulen sollen geeignete digitale Unterrichtsmaterialien über Wiesbaden und seine Bewohnerinnen und Bewohner im Dritten Reich zur Verfügung gestellt werden. Besuche Wiesbadener Schulen an den Erinnerungsstätten unserer Stadt sollen die Regel werden.

Die Stadt Wiesbaden hat den Auftrag, die Orte des Erinnerns und die Mahnmale zu pflegen und in Ordnung zu halten. Insbesondere das Namentliche Gedenken am Michelsberg ist häufig verschmutzt, mit Mülltonnen zugestellt oder vermoost.

Zukunft Kulturbeirat

Den Kulturbeirat wollen die Freien Demokraten nach dem Ablauf seiner zweiten Amtszeit gründlich evaluieren lassen. In seiner ersten Wahlperiode hat der Kulturbeirat erfolgreich gearbeitet und die Position der Kulturschaffenden öffentlichkeitswirksam nach außen vertreten. Leider bleibt die Beteiligung an der Kulturbeiratswahl auf sehr niedrigem Niveau. Sollte sich dies bei der nächsten Kulturbeiratswahl fortsetzen, muss die Stadt eine Umstellung auf ein Benennungsverfahren offen prüfen. Kritisch sehen wir die parteipolitische Durchdringung des Kulturbeirates, hier insbesondere durch die Entsendung von stimmberechtigten Stadtverordneten.

Die Coronakrise hat gezeigt, dass die Digitalisierung auch für die Kultur ein Partner zur Entwicklung neuer Kulturformate und Geschäftsmodelle sein kann. Wir wollen eine Digitalisierungsoffensive der kulturellen Angebote in Wiesbaden. Dazu gehören sowohl eine digitalisierte Verwaltung als auch eine

Digitalisierung von existierenden Veranstaltungen (zum Beispiel durch Livestreams) sowie die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen.

Umgang mit problematischen Namenspaten

Am Namensstreit um die Pfitznerstraße hat sich eine Diskussion über problematische Namenspaten für Wiesbadener Straßen und Einrichtungen entzündet. Wir freuen uns, dass der Magistrat im Falle der Pfitznerstraße dem Neubennungsanschlag des Ortsbeirates Nordost gefolgt ist. Auch der bereits länger andauernde Streit über die Rudolf-Dietz-Schule konnte beigelegt werden. Wir wissen jedoch, dass es weitere Namenspaten gibt, deren Ehrung aus heutiger Sicht und angesichts ihres Lebens und Wirkens unangemessen erscheint. Die Mehrheit im Stadtparlament hat daher den Vorschlag der Freien Demokraten unterstützt, eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen, um die Jahrzehnte oder Jahrhunderte zurückreichende Benennungen zu überprüfen. Eine Umbenennung kann auch am Ende dieses Prozesses nur die ultima ratio sein. Dem Bildersturm einiger Parteien und Fraktionen im Stadtparlament stellen wir uns entgegen. Bei problematischen Lebensläufen von Namenspaten bevorzugen wir die Anwendung des Wiener Modells, die an geeigneter Stelle (z.B. Straßenschildern, Türplaketten) auf das Wirken der Personen hinweist. Wiesbadens Entwicklung zur Großstadt und die Benennungspolitik der Vergangenheit ist zudem untrennbar mit dem Aufstieg und der anschließenden Hegemonie Preussens verbunden. Dieses historische Erbe muss in der nach Vorlage des Berichts fortzusetzenden Debatte berücksichtigt werden.

Das Stadtarchiv - zurück in die Zukunft

Das Stadtarchiv ist Stadttor in die Vergangenheit Wiesbadens, Als solches ist es zu erhalten und zu fördern. Zukünftig sollen möglichst alle Archivalien auch online abrufbar sein und unter einer möglichst offenen Lizenz und im Falle von Schriftdokumenten maschinenlesbar zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist es nicht nur, dass gesammelte Wissen der Stadt allen einfach zugänglich zu machen, sondern auch mehr Forscherinnen und Forscher für die Vergangenheit Wiesbadens zu interessieren.

Das Projekt der ehrenamtlichen Stadtteilhistoriker möchten wir stärker fördern. Parallel hierzu wollen wir auch Historiker, die an Universitäten, Forschungsinstituten o.ä. arbeiten bei Wiesbaden-spezifischer Geschichtsforschung stärker unterstützen, z.B. über ein einjähriges Forschungsstipendium.

Das Füllen des Archivs und die Erfassung neuhinzukommender Archivgüter ist darüberhinaus das Erfüllen unserer Verantwortung gegenüber kommender Generationen, die die Lebens- und Verhaltensweise unserer Stadt nachvollziehen können. Die Möglichkeit der digitalen Erfassung und Speicherung befreit uns verstärkt vom Platzmangel der Vergangenheit. Umso ambitionierter sollte der zukünftige Sammelanspruch des Archivs sein.

Mit der von den Freien Demokraten geforderten datengetriebenen Verwaltung werden in Zukunft in der Stadtverwaltung deutlich mehr Datenpunkte entstehen, die in ihrer Gesamtheit dem Stadtarchiv zur Verfügung gestellt werden müssen.

Stadtteile.

Die Wiesbadener Stadtteile sind sehr individuell in ihren Bedürfnissen, Chancen und Problemen. Diese können sowohl die Verkehrssituation, das Vereinsleben, die Nahversorgung durch Supermärkte, Ärzte und Ärztinnen und Banken oder die Situation auf öffentlichen Plätzen sein. In den Ortsbeiräten setzen wir uns daher dafür ein, maßgeschneiderte Lösungen zu finden, die auf die konkrete Situation vor Ort passen. Insbesondere ist dafür aber ein respektvoller Umgang auf Augenhöhe seitens der Verantwortlichen in der Stadtpolitik notwendig.

Mitte / Westend / Rheingauviertel-Hollerborn

Als Innenstadtbezirke sind in Mitte, im Westend und im Rheingauviertel-Hollerborn viele Themen relevant, die die allgemeine Stadtentwicklung prägen. Hierbei sei insbesondere auf die Themen Innerstädtische Plätze und Grünanlagen (Kapitel Sauberes Wiesbaden), den Elsässer Platz (Kapitel Stadtentwicklung), die Fußgängerzone Wellritzstraße (Kapitel Stadtentwicklung), die angespannte Parkplatzsituation (Kapitel Verkehr), die Taubenproblematik (Kapitel Sauberes Wiesbaden), das Namentliche Gedenken am Michelsberg (Kapitel Kultur) und die Verkehrsberuhigung Bergkirchenviertel (Kapitel Stadtentwicklung) verwiesen.

In der dicht bebauten Wiesbadener Innenstadt ist eine Nachverdichtung von Wohnraum meistens nur in der Höhe möglich. Daher unterstützen wir die Aufstockung von Gebäuden sowie den Ausbau von Dachstühlen.

Insbesondere im inneren Westend ist das Thema Müllablagerungen im öffentlichen Raum ein großes Problem. Wir wollen durch verstärkte Kontrollen und Ansprachen der Bewohner weiter bei diesem Thema sensibilisieren und Verstöße konsequent ahnden. Der App "sauberes Wiesbaden" kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Wo es entsprechende Bedarfslagen gibt, setzen wir uns weiterhin für den Bau von öffentlichen Toilettenanlagen an.

Nachdem es am Kureck zu Verzögerungen im Bau kam, setzen wir uns hier für einen zügigen Fertigbau des genehmigten Bauverfahrens ein, um die Entwicklung dieses weithin sichtbaren und wichtigen Punktes der Innenstadt abschließen zu können.

Das Römertor und die Römermauer sind besondere Zeugnisse der Römerzeit in Wiesbaden, die wir erhalten und schützen wollen.

Biebrich

Für den Stadtteil Biebrich ist insbesondere die bessere Nutzung des Rheinufer ein großes Thema. Hier muss das Thema Dekontaminierung der Rheinwiesen (siehe auch Kapitel Umwelt) angegangen werden, aber auch eine Anlegestelle für Ausflugsschiffe und ein konsequentes Vorgehen gegen Lärmbelästigung und Autoposer am Rheinufer sind wichtig. Beim Thema Zollspeicher wollen wir den jahrelangen unbefriedigenden Stillstand beenden und für einen zügigen Start der Bauarbeiten sorgen. Die jetzige Situation ist in jedem Fall untragbar.

Dem Thema „knapper“ Parkraum kommt gerade vor dem Hintergrund des Einzelhandels in Biebrich große Bedeutung zu. Hier gilt es, kluge Lösungen zu finden, um die einkaufenden Menschen nicht ins Umland zu verdrängen. Die sog. Brötchentaste soll beibehalten werden. Einnahmen der Biebricher Parkgebühren sollten nach Möglichkeit für Straßensanierungen und Instandhaltungsmaßnahmen aufgewendet werden. Wir begrüßen zudem einen neuen Bürgersaal mit entsprechend ausreichenden Parkmöglichkeiten und einer Tiefgarage.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Unterführung zwischen Erich-Ollenhauer-Straße und Äppelallee realisiert wird, um die Gibb und die Kreuzung am Herzogsplatz zu entlasten. Die beiden Biebricher Bahnhöfe sollen besser ins Busnetz integriert werden und moderne Fahrradboxen erhalten. Gräselberg und Waldstraße sollen ebenso eine bessere Anbindung ans Biebricher Zentrum erhalten. Wo notwendig und möglich, sollten Anwohner- und Pendlerparkplätze geschaffen werden, um den Parkdruck zu reduzieren.

Für mehr Sicherheit und Sauberkeit fordern die Freien Demokraten für Biebrich eine Außenstelle des Ordnungsamtes. Dadurch können Stadtpolizei, Verkehrspolizei, etc. schneller auf Anzeigen, Verstöße, Falschparker und Müllablagerungen, etc. reagieren und durch regelmäßige Streifendienste hier präventiv wirken.

Kinderbetreuungs- und Freizeitangebote wie der Biberbau, das Kinder- und Jugendzentrum Bunsenstraße, etc. wollen wir stärken. Weiter wollen wir zur Freizeitgestaltung für Jung und Alt sowie für Familien die Rheinweisen für Veranstaltungen unter freiem Himmel erschließen und nutzen. Damit Kinder auch bei schlechtem Wetter und in den Wintermonaten die Möglichkeit zum Spielen in Gruppen haben und Kindergeburtstage feiern können, setzen sich die Freien Demokraten für die Ansiedlung einer Indoor-Spielhalle in Biebrich ein.

Das Mosburgfest und das Biebricher Höfefest sind wichtige und beliebte Veranstaltungen – auch für ansässige Künstler und Vereine, die wir sichern und weiter fördern wollen.

Nordost

Die Neugestaltung des Neroberg zusammen mit der Monopterosanlage ist für die Freien Demokraten ein wichtiges Thema. Hier müssen insbesondere die Ideen und Anregungen der Bürger miteinbezogen werden, um einen Ausgleich zwischen historischem Denkmal und Naherholungsgebiet zu schaffen. Gleichzeitig muss die Parkplatzsituation am Neroberg im Auge behalten werden, da die bestehenden Plätze gerade im Sommer häufig überlastet sind.

Auch die Fläche unterhalb der Nerobergbahn hat in unseren Augen eine Aufwertung verdient. Hier könnte beispielsweise durch einen Weinstand ein weiteres Highlight am Ende des Parks entstehen, der auch mehr Leute anschließend in die Nerobergbahn lockt.

Zu einer lebendigen Parkfläche gehören auch entsprechende gastronomische Angebote. Die Gastronomie im Kurpark hat in der Vergangenheit den Ansprüchen nicht immer gerecht werden können. Wir werden die neuen Betreiber deswegen konstruktiv kritisch begleiten, damit auch hier in Zukunft ein lebendig genutzter Platz im Kurpark entsteht.

Zum Thema Fahrradwege (bspw. in der Sonnenberger Straße) und dem allgemeinen Zustand der Straßen sei auf das Kapitel Verkehr verwiesen.

Südost

Wir begrüßen die Weiterentwicklung von Südost über die Bebauung des ehemaligen American Arms Geländes sowie in den neuen Baugebieten oberhalb der Hasengartenstraße. Insbesondere beim Thema Parken kommen dem Parkhaus/Mobility Hub an der Berliner Straße und dem von uns geforderten Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof (siehe auch Kapitel Verkehr) eine besondere Bedeutung zu.

Zum Thema Jugendkultur und Veranstaltungen in Wiesbaden, insbesondere auf dem Schlachthofgelände sowie in der BRITA-Arena, sei auf die Kapitel Jugend, Freizeit und Sport sowie Kultur verwiesen.

Der Umbau des St. Josefs Hospitals ist aus unserer Sicht ein gelungenes Beispiel für den Umbau einer Klinik im laufenden Betrieb und in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat.

Schierstein / Frauenstein

Auch Schierstein kann über eine verstärkte Nutzbarkeit der Uferpromenade am Rhein – insbesondere am Schiersteiner Hafen - profitieren. Hierzu sei auf das Kapitel Stadtentwicklung verwiesen.

Uns ist bewusst, dass die - auch von den Freien Demokraten mitgetragene Entscheidung zugunsten der Osthafen-Bebauung, bei Teilen der Schiersteiner Bevölkerung Unverständnis ausgelöst hat. Gerade deswegen muss jetzt gezeigt werden, dass der Erweiterungsbau der Schufa kein städtebaulicher Solitär bleiben soll, sondern Teil eines Gesamtkonzeptes für eine prosperierende und lebenswerte Zukunft des Stadtteils ist. Den Schiersteinern wurden seitens der rot-schwarz-grünen Kooperation große Versprechen gemacht. Wir fordern, dass die Menschen vor Ort, in die Zukunft des Osthafen-Areals und des Stadtteils selbst einzubinden sind.

Der Obstdiebstahl auf den Streuobstwiesen hat sich in der Vergangenheit zu einem immer größeren Problem entwickelt. Hier wollen wir konsequent Kontrollen durchführen, um dem Problem Herr zu werden.

AKK

Die Belebung und bessere Nutzung des Rheinufer sind auch für die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim von großer Bedeutung. Hier sei auf die Kapitel Umwelt und Stadtentwicklung verwiesen. Wir wollen darüber hinaus die Verbindung der Städte Wiesbaden und Mainz weiter stärken - unter anderem durch eine neue Brücke über den Rhein sowie den Ausbau der Radverkehrsverbindungen.

Wir werden uns außerdem für einen S-Bahn Halt in Mainz-Kostheim einsetzen, um Kostheim noch besser an den ÖPNV auch in Richtung Frankfurt anzubinden. Der Ausbau der Boelckestraße soll zügig abgeschlossen werden.

Verweis: Siehe auch Kapitel Verkehr

Dotzheim

Wir wollen auf der Ludwig-Erhard-Straße die Tempo-70-Regelung wieder einführen, um dort den Verkehrsfluss zu beschleunigen. Die bestehenden Verschönerungsinitiativen in Alt-Dotzheim unterstützen wir ausdrücklich und wollen uns dafür einsetzen, dass auch die Nahversorger im Ortskern erhalten bleiben.

Die Entwicklung und soziale Durchmischung des Schelmengrabens müssen mit den bestehenden Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt weiter vorangetrieben werden. Hier soll auch geprüft werden, ob die Einwerbung von weiteren Fördermitteln möglich ist.

Verweis: Zum Thema HSK sei auf das Kapitel Gesundheit verwiesen

Sonnenberg

In Sonnenberg liegt für uns ein besonderer Schwerpunkt auf der Sanierung des Burggeländes und der Nutzung des Burggartens. Die Burg Sonnenberg soll ein besonderes Aushängeschild für Wiesbaden werden. Aus diesem Grund unterstützen wir eine möglichst umfassende Sanierung und den entworfenen Masterplan zur Burg. Damit verbunden ist auch der Burggarten. Hier bedarf es eines zweiten Rettungsweges zur Nutzung des Kapellenturms. Die entsprechenden Mittel hatten wir in den Haushaltsverhandlungen jeweils beantragt. Diese wurden aber leider von CDU, SPD und Grünen auf städtischer Ebene abgelehnt. Wir werden hier in Zukunft weiterarbeiten, um eine Nutzung des Kapellenturms endlich zu ermöglichen.

Insbesondere beschäftigt uns die Parkplatzproblematik am Hofgartenplatz. Durch den Neubau der Ortsverwaltung sind weitere Stellplätze weggefallen, was sich am zunehmenden Parksuchverkehr deutlich zeigt. Für die Freien Demokraten ist hier ein Parkraumkonzept notwendig, das insbesondere auch die Schaffung von Pendlerparkplätzen im Wiesbadener Osten enthält, um den Parkdruck auch im Sonnenberger Ortskern zu dämpfen und so mehr Platz für Anwohner zu schaffen.

Ein Problem ist auch der geschaffene Radweg in der Sonnenberger Straße. Durch die dort weggefallenen Parkplätze wurden weitere Personen dazu gedrängt im Sonnenberger Gebiet zu parken. Auch wir Freie Demokraten finden es richtig, dass ein durchgehender Radweg von Sonnenberg in die Innenstadt geschaffen wird. Allerdings hätte es hier sinnvollere Lösungen gegeben, wie etwa die Führung des Radverkehrs durch die Parkstraße oder eine mögliche Radspur durchgängig durch den Kurpark. Beides wurde leider von CDU, SPD und Grünen abgelehnt, so dass der Parksuchverkehr in Sonnenberg weiter zugenommen hat. Eine Rückabwicklung dieser Maßnahme muss unter Kosten-Nutzen-Aspekten geprüft werden.

Im Zuge der notwendigen Brandschutzsanierung des Bürgerhauses hat die dortige Restaurantpächterin den Standort verlassen. Dies bedauern wir sehr. Das kulinarische Angebot in Sonnenberg sollte aus Sicht der Freien Demokraten ein Restaurant im Bürgerhaus beinhalten. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass im Bürgerhaus nach der Sanierung wieder ein Restaurant betrieben werden kann.

Einen besonderen Fokus setzen wir außerdem auf die Unterstützung der Konrad-Duden-Schule. Aus Sicht der Freien Demokraten bedarf es hier einer stärkeren Förderung durch die Politik. Gerade die Flächen- und Raumvoraussetzungen der Schule sind begrenzt und es besteht Bedarf für mehr Flächen

– vor allem für die Pausen. Dafür werden wir uns in Zukunft einsetzen, damit die Schulkinder in Sonnenberg noch bessere Schulbedingungen vorfinden. Ebenso fordern wir eine zeitnahe Sanierung der Sanitäreinrichtungen, die schon lange notwendig sind. Die Freien Demokraten werden für eine noch stärkere Unterstützung der Schule arbeiten, um die marode Bausubstanz zu verbessern und auch die Digitalisierung schneller voran zu treiben, damit der Unterricht unserer Kinder für den Fall einer weiteren Krise gesichert wird. Mit den genannten Punkten wollen die Freien Demokraten auch den Weg der Konrad-Duden-Schule hin zu einem echten Ganztagsangebot ebnen. Entsprechende Schritte sollen zeitnah unternommen werden.

Klarenthal

Die Parkplatzsituation ist auch in Klarenthal angespannt, hier entstehen insbesondere Probleme durch das Zuparken von Ausfahrten, Feuerwehrezufahrten und Hydranten. Wir fordern hier eine verstärkte Kontrolle durch die Verkehrspolizei, um solche Missstände in Zukunft zu vermeiden.

Auch für den erhöhten Durchgangsverkehr durch Pendler aus der Richtung Taunusstein müssen Lösungen gefunden werden. Hier sei auf den Ausbau des ÖPNV im Kapitel Verkehr verwiesen.

Rambach / Medenbach / Naurod/Igstadt / Breckenheim / Auringen / Hessloch / Kloppenheim / Östliche Vororte

Der Obstdiebstahl auf den Streuobstwiesen hat sich in der Vergangenheit zu einem immer größeren Problem entwickelt. Hier wollen wir konsequent Kontrollen durchführen, um dem Problem Herr zu werden.

Die östlichen Vororte leiden insbesondere unter einem hohen Durchgangsverkehr der Pendler von außerhalb. Hier wollen wir durch einen Ausbau der ÖPNV-Angebote (Ländchesbahn) sowie der Park&Ride Parkplätze eine Entlastung der Anwohner erreichen. Sofern eine entsprechende Nachfrage besteht, wollen wir (wo nicht bereits vorhanden) eine direkte Busverbindung zwischen den Vororten schaffen.

Die bestehenden Nahversorger wollen wir in den Ortszentren halten, damit die Bürgerinnen und Bürger weiterhin insbesondere bei Lebensmitteln kurze Wege haben.

In Rambach kommt dem Hochwasserschutz eine besondere Priorität zu. In Bezug auf das Baugebiet Erbenheim Süd und das Ostfeld sei auf das Kapitel Stadtentwicklung/Neue Baugebiete verwiesen.

Das Thema Poser vor Shishabars wollen wir über konsequente Kontrollen eindämmen.

Bierstadt

Wir begrüßen das neue Baugebiet Bierstadt Nord östlich der B455. Hierbei sei auf das Kapitel Stadtentwicklung und neue Baugebiete verwiesen, wie wir uns die Entwicklung lebendiger gemischt genutzter Gebiete vorstellen, die nicht zu reinen Schlafstätten werden. Uns ist wichtig, dass auch die öffentliche Versorgung zeitgerecht mitgedacht und angelegt wird. Das fängt bei der digitalen Infrastruktur an, geht über Bildungseinrichtungen bis hin zur Ansiedlung von Ärzten und Nahversorgern.

Die Klinikruine in der Leibnizstraße ist uns wie den Bewohnern in den umliegenden Gebieten seit vielen Jahren ein Dorn im Auge. Wir fordern, dass die Verhandlungen mit dem Eigentümer zügig zum Abschluss gebracht werden, um die angestrebte Neugestaltung inklusive Wohnbebauung zu erreichen.

Verweis: Das Gelände liegt im Bereich des Ortsbeirats Bierstadt an der Grenze zum Ortsbezirk Sonnenberg. Die andere Seite der Leibnizstraße gehört zu Sonnenberg.

Nordenstadt / Delkenheim

Der Delkenheimer Ortskern leidet unter der hohen Verkehrsbelastung, insbesondere durch den Durchgangsverkehr. Beim Bau der „Wallauer Spange“, als Haltepunkt für Züge, der eine schnelle Anbindung nach Frankfurt am Main und zum Fernverkehr ermöglichen soll, fordern wir eine Umgehungsstraße, um den Ortskern zu entlasten. Die Umgehungsstraße muss durchgängig sein, eine Anbindung des Haltepunkts lediglich durch zwei Stichstraßen würde nur einen langsamen Verkehrsfluss in diesem auch als Park&Ride Parkplatz zu nutzenden Areal gestatten. Die Reduzierung auf diese Stichstraßen wäre für den Durchgangsverkehr keine Alternative zur derzeitigen Route durch den Ortskern. Die Freien Demokraten unterstützen zudem die geplante Sanierung der Landwehrstraße, wobei diese Maßnahme nur in Verbindung mit der Umgehungsstraße die Aufenthaltsqualität verbessern kann. Um die Einzelhandelsgeschäfte im Ortskern zu beleben, halten wir die Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten für erforderlich. Weitere Maßnahmen in der Verkehrspolitik sind die Verlängerung der Lärmschutzwand an der L 3028, die Sanierung maroder Straßen sowie verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ortseingang Soonwaldstraße.

Um den Ortskern attraktiver zu machen, ist neben Erhalt und Stärkung des Einzelhandels und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auch ein verbessertes gastronomisches Angebot von Nutzen. So würde beispielsweise ein Café den Bereich deutlich aufwerten. Äußerst bedauerlich und insbesondere für ältere Menschen von Nachteil ist der Wegfall der beiden Bankfilialen. Als Ersatz sollte daher ein Bankautomat an zentraler Stelle zur Verfügung stehen.

Die Umgebung von Delkenheim bietet gute Voraussetzungen für Freizeitaktivitäten wie Radfahren oder Spaziergehen. Leider sind manche Wege schon seit Jahren nicht mehr instand gesetzt worden und bei Regen stellenweise kaum passierbar. Betroffen sind unter anderem der Fußweg Elisabethenpark und der Weg zwischen Römerstraße und Golfplatz. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Mit der abgeschlossenen Sanierung des Bürgerhauses stehen dort geeignete Räume für kulturelle Aktivitäten aller Art zur Verfügung. Diese Möglichkeiten sollten nach der Corona-Pandemie ausgiebig genutzt werden.

Das „neue“ Bürgerhaus ist ein geeigneter Ort für Konzerte, Tanzveranstaltungen, für Lesungen oder für Flohmärkte. Unterstützen wollen wir auch die Arbeit der Delkenheimer Vereine, die von großer Bedeutung für die Lebensqualität in unserem Stadtteil ist.

Erbenheim

Ein zukunftsfähiges und gerechtes Erbenheim braucht die beste Bildung in allen Altersstufen. Erbenheim konnte in den letzten Jahren viele Flüchtlinge willkommen heißen und sie als Teil in die

Gemeinschaft aufnehmen. Die Schulen in Erbenheim zählen deshalb allerdings zu den Hauptleistungsträgern der Integrationsaufgabe und sind extrem gefordert. Wir setzen uns deshalb für eine bessere Unterstützung seitens der Stadt, damit jeder Schüler, ob am Wäschbach geboren oder noch im Ankommen begriffen, in seiner Individualität gefördert wird und jeder seine Kinder gerne in Erbenheim zur Schule schickt.

Im Rahmen dessen ist gerade im Zuge der Corona-Pandemie noch einmal zu Tage getreten, wie wichtig die Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts ist. Das Ziel, jedem Kind ein digitales Endgerät seitens der Stadt zur Verfügung zu stellen, ist deshalb gerade für die Schülerinnen und Schüler in Erbenheim besonders wichtig und sollte Priorität genießen.

Ostfeld

Für das Ostfeld ist die Ansiedlung des Zentralcampus des BKA von großer Bedeutung, den wir fördern und ermöglichen wollen. Diese Zusammenführung der verschiedenen BKA-Standorte bietet die Chance, dass die bisher genutzten Standorte im Wiesbadener Stadtgebiet einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Ebenso können dadurch die verschiedenen Verkehrsströme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA besser gebündelt werden und so den Verkehr in der Stadt grundsätzlich entlasten. Zusätzlich stehen im Ostfeld noch weitere Gewerbeflächen zur Verfügung, auf denen Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Freien Demokraten Wiesbaden sehen im Projekt Ostfeld eine große Chance, einen neuen lebendigen und urbanen Lebensraum zu schaffen. Der Stadtteil soll dabei als Modellgebiet für modernen, klimafreundlichen Bau mit einem hohen Grünflächenanteil bspw. durch intelligente Baubegrünung dienen. In diesem Zusammenhang ist für uns wichtig, dass die Eingriffe in die vorhandene Natur möglichst gering bleiben. Auch moderne Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser können hier realisiert werden und führen Wiesbaden so in die Zukunft des Städtebaus. Über Quartiersgaragen kann dafür gesorgt werden, dass möglichst wenig Flächen versiegelt werden und Parkplatzprobleme gar nicht erst entstehen.